

# Monatsbericht des BMF September 2012





Monatsbericht des BMF September 2012

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung				
-	nichts vorhanden				
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts				
	Zahlenwert unbekannt				
X	Wert nicht sinnvoll				

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Forum Finanzpolitik	6
Dr. Peter Praet, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank: Die Bedeutung einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion	6
Analysen und Berichte	17
Sparen und Investieren vor dem Hintergrund des demografischen Wandels	26
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	45
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2012	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis August 2012	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes Termine, Publikationen	
Statistiken und Dokumentationen	68
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104

# **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

sowohl der Fiskalvertrag als auch der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sind wichtige Bausteine bei der Krisenbewältigung im Euroraum: Solidarische Hilfe wird mit klaren Auflagen verknüpft und geht Hand in Hand mit eigenverantwortlichen Anstrengungen zur Verbesserung von Haushaltsdisziplin und Wettbewerbsfähigkeit. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit beider Regelwerke bestätigt die Position der Bundesregierung. Es ist ein klares Signal für Europa und zugleich eine gute Entscheidung für unser Land.

Der ESM-Vertrag stellt fest, dass die Haftung Deutschlands unter allen Umständen auf die vom Deutschen Bundestag beschlossene Höhe begrenzt ist. Diese Regelung ist unter allen Euro-Staaten unstrittig; das haben die Beratungen der Eurogruppe auf Zypern am 14. und 15. September 2012 erneut gezeigt. Die Bundesregierung wird im weiteren Ratifikationsverfahren des ESM-Vertrags völkerrechtlich sicherstellen, dass die vertraglich fixierte deutsche Haftungsobergrenze nicht ohne Zustimmung Deutschlands erhöht werden darf.

Die im Rahmen des Fiskalvertrags vorgeschriebene Einführung verbindlicher und dauerhafter nationaler Schuldenbremsen sichert eine glaubwürdige und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik in Europa institutionell ab. In Deutschland hat die verfassungsrechtliche Schuldenbremse bereits einen wichtigen Beitrag geleistet, rasch zu soliden öffentlichen Haushalten



zurückzukehren. Auch in Zukunft müssen wir unserer finanzpolitischen Vorbildfunktion in Europa gerecht werden. Daher sind alle staatlichen Ebenen in Deutschland gefordert, am Kurs strikter Ausgabendisziplin festzuhalten und die innerstaatliche Umsetzung der Vorgaben des Fiskalvertrags konsequent voranzutreiben.

Die Bedeutung solider Staatsfinanzen für die Stabilität des Euroraums unterstreicht auch der Gastbeitrag von EZB-Direktoriumsmitglied Dr. Peter Praet. Dieser Beitrag bildet den Auftakt für die neue Rubrik "Forum Finanzpolitik" im Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen. In loser Folge wollen wir künftig Experten aus dem In- und Ausland ein Forum bieten, um ihre Erkenntnisse zur Sicherung langfristig tragfähiger Finanzpolitik darzulegen.

- 112. J

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Industrieindikatoren zeigen einen überraschend guten Einstieg in das 3. Quartal 2012. Die deutsche Außenhandelstätigkeit zeigt sich trotz der spürbaren Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos im Sommer 2012 in einer guten Verfassung.
- Nachlassendes Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Aktivität spiegelt sich in einem deutlich verlangsamten Beschäftigungsanstieg wider.
- Vor dem Hintergrund der Beruhigung des Preisklimas auf den vorgelagerten Preisstufen dürfte auch im weiteren Verlauf mit einer moderaten Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland zu rechnen sein.

#### Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) lagen im August 2012 um 12,8 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das gesamte Steueraufkommen erhöhte sich im Vorjahresvergleich für den Zeitraum Januar bis August insgesamt um 5,8 %.
- Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum entwickelten sich die Einnahmen und Ausgaben des Bundes bis einschließlich August 2012 weiterhin positiv (Einnahmen + 3,1%, Ausgaben - 0,7%). Es lässt sich jedoch weder aus einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 29,7 Mrd. € eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahresverlauf ableiten.
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende Juli 2012 rund 4,6 Mrd. € und unterschreitet den Vorjahreswert um fast 2 Mrd. €. Während die Ausgaben der Länder insgesamt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,2 % anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen um 2.4 %.
- Ende August erreichte die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe 1,36 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich gemessen am Euribor beliefen sich auf 0,28 %.

#### Europa

- Am 15. September 2012 fand auf Einladung der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft der ECOFIN-Rat in Nikosia statt. Ziel dieser informellen Sitzung war ein Gedankenaustausch zu aktuellen Themen. Der informelle ECOFIN-Rat ist kein beschlussfähiges EU-Organ nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Entscheidungen wurden daher nicht getroffen.
- Im Mittelpunkt der Diskussionen stand zum einen die wirtschaftliche Lage. Die Zwischenstände aus den Programmländern zeigen, dass die betroffenen Mitgliedstaaten die notwendigen Reformschritte eingeleitet haben und sich Verbesserungen abzeichnen.
- Ein weiteres Hauptthema waren die Vorschläge der Kommission für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht. Die Minister begrüßten die Vorschläge als gute Grundlage für die weiteren Arbeiten.

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

Dr. Peter Praet

# Die Bedeutung einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

# **Einleitung**

Europa steht vor großen Herausforderungen. Wir beobachten heute eine Vertrauenskrise erheblichen Ausmaßes, die es so schnell wie möglich in den Griff zu bekommen gilt, um die Vorteile einer gemeinsamen Währung wieder voll nutzen zu können. Dabei ist der Euro selbst nicht in der Krise. Im Eurogebiet herrscht Preisstabilität, und die langfristigen Inflationserwartungen sind fest auf einem Niveau verankert, das mit Preisstabilität vereinbar ist.

Die heutige Vertrauenskrise in Europa hat viele Facetten und Ursachen. Von Land zu Land unterschiedlich liegen die Ursachen entweder in wirtschaftspolitischen Fehlern – z. B. einer laxen Finanzpolitik und verschleppten Strukturreformen – oder in Ungleichgewichten im Privatsektor begründet. Der Aufbau von Ungleichgewichten im Privatsektor wiederum kann letztlich zumindest zum Teil auf wirtschaftspolitische Unterlassungen zurückgeführt werden, wie z. B. in Form einer unzureichenden Bankenaufsicht und -regulierung.

Unabhängig davon, welche Ursache im Einzelfall überwiegt, lässt sich feststellen, dass mit Ausbruch der Finanzkrise, nachfolgend teuren Bankenrettungen und dem sich daran anschließenden wirtschaftlichen Einbruch die Staatsfinanzen in einigen Mitgliedsländern in eine Schieflage geraten sind. So liegt die Staatsschuldenquote mittlerweile in zwölf Ländern des Euroraums oberhalb des Referenzwertes und überschreitet bereits in vier Ländern die 100-Prozent-Marke. Dies hat in einigen Ländern Zweifel an der langfristigen Tragfähigkeit ihrer öffentlichen Finanzen aufkommen lassen. Zugleich haben sich infolge rasant steigender Risikoaufschläge die Refinanzierungskosten einiger Regierungen auf ein auf Dauer nicht tragfähiges Niveau hochgeschraubt. Infolgedessen waren Griechenland, Irland und Portugal plötzlich auf externe Hilfe im Rahmen eines IWF-bzw. EU-Anpassungsprogramms angewiesen. Doch trotz dieser Hilfsprogramme und der Schaffung eines Europäischen Krisenmechanismus konnte bislang nicht verhindert werden, dass die Staatsschuldenkrise seit spätestens Mitte 2011 nicht mehr nur die Peripherieländer betraf, sondern auch den Kern des Euroraums erfasst hat.

Die Zukunft Europas steht heute an einem Scheideweg. Zur Stabilisierung der Lage scheint es unerlässlich, die negativen Rückkopplungseffekte



#### **Der Autor**

Dr. Peter Praet ist seit Juni 2011 Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Seit Jahresbeginn ist er für die Generaldirektion Volkswirtschaft zuständig.

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

zwischen unsoliden Staatsfinanzen und der Stabilität des Bankensystems in den Griff zu bekommen. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass in den vergangenen Jahren bereits enorme Anpassungen, insbesondere auf fiskalischer, aber auch struktureller Ebene, vorgenommen worden sind. Diese Medizin wirkt nicht unmittelbar, aber im Laufe der Zeit werden die unternommenen Anpassungen Früchte tragen. Zugleich muss das institutionelle Rahmenwerk der EU und der Währungsunion inhaltlich gestärkt werden und insbesondere auf seiner Umsetzung der Akzent liegen. Die Umsetzung des Rahmenwerks in den Vorkrisenjahren kann bestenfalls als halbherzig bezeichnet werden.

Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, dass eine Rückkehr zum Status quo für Europa heute keine wirkliche Option mehr darstellt. Die heutige Situation sollte demnach als Chance angesehen werden. Denn es geht nicht nur mehr darum, die heutigen Probleme in den Griff zu bekommen, was an sich ja schon einer Herkulesaufgabe gleichkommt, sondern fast noch wichtiger ist es, Europa auf ein dauerhaftes und stabiles Fundament zu stellen, das eine Wiederholung der heutigen Krise glaubwürdig verhindern kann. Damit stehen vor allem das institutionelle fiskalische Regelwerk und dessen konsequente Durchsetzung auf dem Prüfstand.

# Warum solide Staatsfinanzen so wichtig sind

Für das reibungslose Funktionieren der Währungsunion und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Mitgliedstaaten ist eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik unverzichtbar. Nicht zuletzt durch die heutige - teils erhebliche - Schieflage der Staatsfinanzen in etlichen Mitgliedsländern des Euroraums ist uns wieder schmerzhaft ins Bewusstsein gebracht worden, wie wichtig solide Staatsfinanzen sind. Grundsätzlich gilt, dass solide Staatsfinanzen ein zentrales Element gesamtwirtschaftlicher Stabilität darstellen. Die Finanzpolitik vermag über die Höhe des Haushaltsdefizits und der öffentlichen Verschuldung sowie die Zusammensetzung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben das Wirtschaftswachstum maßgeblich zu beeinflussen.

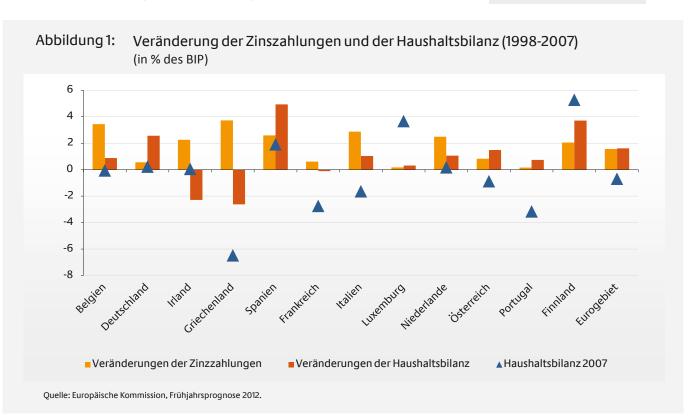
Im Zusammenspiel mit einer stabilitätsorientierten Geldpolitik tragen solide öffentliche Haushalte wesentlich dazu bei, dass sich bei den Wirtschaftsakteuren Erwartungen über niedrige Inflation und günstige Finanzierungsbedingungen bilden, die sie im Gegenzug zu langfristigen Plänen und Investitionen ermuntern. Die Erfahrung zeigt, dass in Zeiten unsolider Staatsfinanzen der Druck auf die Zentralbank steigt, Staatsschulden zu monetisieren. Damit kann bei einer unsoliden Finanzpolitik das Vertrauen in eine stabilitätsorientierte Geldpolitik untergraben werden. Der Maastrichter Vertrag hat aus der historischen Evidenz die richtigen Lehren gezogen, indem er der Europäischen Zentralbank verbietet, auf dem Primärmarkt für Staatsanleihen zu intervenieren. Unsolide Staatsfinanzen reduzieren darüber hinaus den Spielraum für die Mitgliedsländer, mithilfe automatischer fiskalischer

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

Stabilisatoren Konjunkturschwankungen abmildern zu können. Dies erfordert mittelfristig angemessene Haushaltspositionen, d. h. einen strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalt oder gegebenenfalls sogar einen Haushaltsüberschuss. Dies ist ein wichtiger Beitrag für ein reibungsloses Funktionieren der Währungsunion, zumal andere Politikbereiche, wie die Geld- und Währungspolitik auf der nationalen Ebene, nicht mehr zur Verfügung stehen.

In der Europäischen Währungsunion sind solide Staatsfinanzen noch aus einem weiteren Grund wichtig. Dadurch, dass die haushaltspolitischen Kompetenzen weiterhin auf nationaler Ebene verankert sind, besteht grundsätzlich die Gefahr, dass einige Mitgliedstaaten ihre Haushaltspolitik aufgrund kurzfristiger politischer Überlegungen lockern, während die Kosten in Form höherer Zinsen von allen Mitgliedsländern getragen werden müssen. Die sich daraus ergebenden falschen Anreizstrukturen können, wie sich gezeigt hat, zu erheblichen fiskalischen Verwerfungen führen. Die wichtige Indikatorfunktion der Märkte hat hier nicht gewirkt. Im Gegenteil: Wie sich im Vorfeld der Krise gezeigt hat, wurden Mitgliedsländer mit einer unsoliden Haushaltspolitik infolge des "Euro-Bonus" nicht hinreichend und in jedem Fall zu langsam von den Finanzmärkten durch höhere Risikoprämien sanktioniert.

Infolge rückläufiger Zinsaufschläge zusammen mit einem hohen Wirtschaftswachstum lag das durchschnittliche Haushaltsdefizit 2007 im Eurogebiet mit 0,7% des BIP auf seinem niedrigsten Stand seit Beginn der Währungsunion (siehe Abbildung 1). Allerdings zeigt sich deutlich, dass



Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

nicht alle Länder den "Euro-Bonus" zu einer äquivalenten Reduzierung ihrer Budgetdefizite genutzt haben, sondern einige Länder ihn vielmehr für zusätzliche Ausgaben und/oder Abgabenreduzierung eingesetzt haben. Damit ist eine einmalige Gelegenheit zur Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte verpasst worden.

Zudem hat uns die jüngste Staatsschuldenkrise noch eine weitere Dimension für die Notwendigkeit solider Staatsfinanzen vor Augen geführt, die zu Beginn der Währungsunion sicherlich zu sehr unterschätzt worden war. Infolge der zunehmenden Integration der Finanzmärkte innerhalb Europas kam es nach Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zu negativen Rückkopplungseffekten zwischen dem europäischen Bankensystem und den Staatsfinanzen der Mitgliedstaaten. Dies liegt darin begründet, dass sich vor Ausbruch der Krise Banken in Europa mit Staatsanleihen anderer Mitgliedstaaten, vor allem aus der Peripheriezone, eingedeckt hatten. Europäische Staatsanleihen wurden nahezu unabhängig vom Emittenten und der zugrunde liegenden Haushaltsdisziplin von den meisten Finanzteilnehmern als risikolose Papiere eingestuft, und das trotz der "No-bail-Out"-Klausel (siehe Abbildung 2). Infolge der Krise kam es jedoch zu einer Neubewertung von europäischen

Abbildung 2: Zinsspreads und S&P Ratings (5-jährige Staatsschuldtitel, im Vergleich zu Deutschland, 2007 und 2010) Zinsspreads 600 500 400 300 200 100 AAA AA+ Α BBB ВВ В S&P Ratings ×2007 2012 Quelle: EZB, S&P.

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

Staatsanleihen, die für einige Banken zu Verlusten geführt haben, was wiederum ernstzunehmende Risiken für die finanzielle Stabilität der Währungsunion mit sich brachte. Darüber hinaus waren einige der europäischen Banken durch das Platzen der Immobilienblase in einigen Ländern ohnehin angeschlagen und mussten mithilfe teurer Rettungspakete gerettet werden. In einigen Ländern, wie z. B. in Irland, hat sich die Bankenrettung deutlich negativ für die öffentlichen Finanzen ausgewirkt.

Auch wenn die Größenordnung der heutigen Krise zu Beginn der Währungsunion nur von den Wenigsten als ernstzunehmende Möglichkeit angesehen worden ist, hatten bereits die Gründungsväter der Europäischen Währungsunion die enorme Bedeutung solider Haushaltspolitik erkannt. Sie hatten deshalb eine Reihe institutioneller Vorkehrungen geschaffen, die in der Währungsunion eine angemessene mittelfristige Ausrichtung der nationalen Finanzpolitik und tragfähige Staatsfinanzen gewährleisten sollte. Neben der Festlegung der Referenzwerte für das öffentliche Defizit (3 % des BIP) und den öffentlichen Schuldenstand (60 % des BIP) wurde insbesondere der Stabilitäts- und Wachstumspakt geschaffen, der mithilfe multilateraler Überwachungen eine solide und tragfähige Finanzpolitik gewährleisten soll. Der präventive Teil des Paktes sieht vor, dass die Mitgliedstaaten des Euroraums sich verpflichten, einmal jährlich im Rahmen ihres sogenannten Stabilitätsprogramms einen Überblick über die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Entwicklungen ihres Landes, ihr mittelfristiges Haushaltsziel sowie den Anpassungspfad zur Erreichung dieses mittelfristigen Haushaltsziels vorzulegen. Diese regelmäßige Berichtspflicht soll verhindern helfen, dass sich übermäßige fiskalische Defizite aufbauen. Sollten in einem Mitgliedsland allerdings dennoch die Obergrenzen für das öffentliche Defizit und den Schuldenstand überschritten worden sein, so sieht der korrektive Teil des Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzelne Schritte und einen genauen Zeitplan vor, um das übermäßige Defizit zügig zu beseitigen. Letztlich kann das Verfahren finanzielle Sanktionen nach sich ziehen.

Allerdings war das ursprüngliche institutionelle Rahmenwerk der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion unvollständig. Wie wir heute wissen, lagen die Ursachen der heutigen Vertrauenskrise auch in Ungleichgewichten im Privatsektor begründet. Infolge mangelnder Wettbewerbsfähigkeit durch zu hohe Lohnstückkosten, einer nicht tragfähigen Binnennachfrage, zunehmender Leistungsbilanzdefizite sowie übermäßiger Verschuldung, nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Sektor, hatten sich vor Ausbruch der Krise in einigen Mitgliedsländern beträchtliche makroökonomische Ungleichgewichte aufgebaut. Auch wenn auf die sich daraus ergebenden potentiellen Risiken wiederholt hingewiesen worden ist, auch von Seiten der EZB, sah das institutionelle Regelwerk kein Verfahren vor, das darauf ausgerichtet gewesen wäre, diese Ungleichgewichte wieder zurückzuführen. Diese institutionelle Lücke wurde erst letztes Jahr mit dem Verfahren bei übermäßigen Ungleichgewichten geschlossen.

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

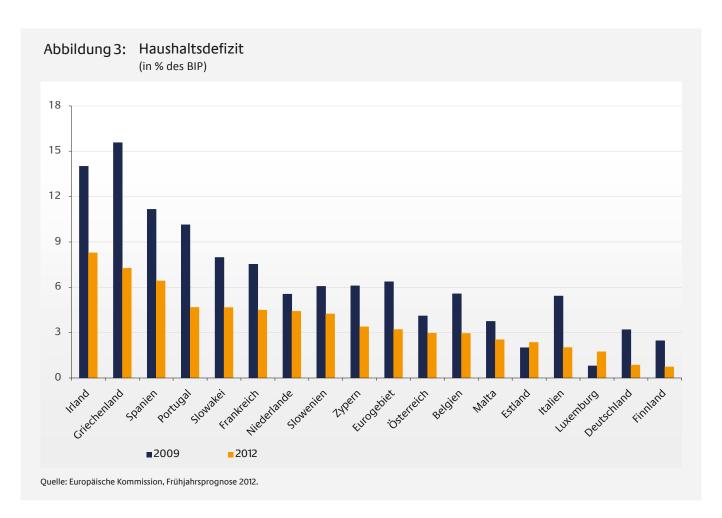
# Grundlegende Schwächen des institutionellen Regelwerks

Das institutionelle Rahmenwerk und insbesondere der Stabilitätsund Wachstumspakt konnten nicht verhindern, dass in einigen Mitgliedstaaten eine teils unangemessene Haushaltspolitik zu beobachten war. Obwohl die Defizitquoten in den ersten Jahren nach Gründung der Währungsunion erst einmal rückläufig waren, war dies in vielen Ländern weniger auf Konsolidierungsbemühungen, sondern vor allem auf eine niedrige Zinslast und ein günstiges konjunkturelles Umfeld zurückzuführen. Bedauerlicherweise sind die Zeiten starken Wirtschaftswachstums nicht hinreichend genutzt worden, um die öffentlichen Haushalte auf einen stabilitätsorientierten Kurs zu führen beziehungsweise dort zu halten. In einigen Ländern wurden kaum nennenswerte strukturelle Anpassungen vorgenommen, die notwendig gewesen wären, um das mittelfristige Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts zu erreichen. Aber nur so kann gewährleistet sein, dass im Fall einer konjunkturellen Abschwächung ein Land über ein ausreichendes Polster zur Abfederung verfügt. Auch die Schuldenstandsquote, die Mitte 2000 bei nahezu 70 % des BIP im gesamten Eurogebiet lag, wurde nicht nennenswert zurückgeführt. In einigen Ländern, wie z.B. Irland und Spanien, waren es jedoch vor allem strukturelle Probleme, wie zum Beispiel zu hohe Lohnstückkosten oder rasant steigende Immobilienpreise, die zum Entstehen makroökonomischer Ungleichgewichte geführt hatten. Aufgrund des robusten Wachstums wurden jedoch die strukturellen Versäumnisse zunächst deutlich unterschätzt und die Lage der öffentlichen Finanzen zu günstig eingeschätzt.

Erst mit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und dem wirtschaftlichen Einbruch traten die Konsequenzen einer über Jahre verschleppten Haushaltskonsolidierung und ausbleibender Strukturreformen mit voller Wucht zutage. Zwar sind seitdem insbesondere auf fiskalischer Seite erhebliche Anpassungen vorgenommen worden. Infolge verstärkter Konsolidierungsbemühungen ist es gelungen, die Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten des Euroraums nahezu zu halbieren; laut Berechnungen der Europäischen Kommission sank die Defizitquote im Durchschnitt von ihrem Höchststand von 6,4% des BIP 2009 auf geschätzte 3,2% im Jahr 2012 (siehe Abbildung 3). Dabei waren die Konsolidierungsfortschritte vor allem in den Ländern mit IWF-/EU Anpassungsprogrammen besonders groß, insbesondere wenn man die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bedenkt. Doch trotz dieser Fortschritte ist die Notwendigkeit haushaltspolitischer und struktureller Anpassungen im Eurogebiet weiterhin sehr groß.

Der ursprüngliche institutionelle Rahmen und seine konsequente Umsetzung haben grundlegende Schwächen aufgewiesen, die infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise offengelegt wurden. Mehreinnahmen infolge – wie wir heute wissen nicht nachhaltigen –

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion



starken Wirtschaftswachstums wurden für Ausgaben verwendet und nicht zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt, Verstöße gegen das Defizitkriterium wurden nur langsam korrigiert, und die Obergrenze für die Staatsverschuldung wurde weitgehend ignoriert. Darüber hinaus fand die Beseitigung struktureller Versäumnisse und makroökonomischer Ungleichgewichte, wie bereits zuvor erwähnt, im ursprünglichen institutionellen Regelwerk nicht genügend Beachtung.

In Hinblick auf die Finanzpolitik hat sich gezeigt, dass die multilaterale Überwachung vor allem aufgrund einer zu starken Politisierung nicht glaubwürdig funktionieren konnte. Innerhalb des EU-Ministerrats schien man sich nicht gegenseitig an den Pranger stellen zu wollen, so dass das Regelwerk nur unzureichend umgesetzt wurde, obwohl die Liste der Regelverstöße lang war. Wegen zu großer Ermessensspielräume wurden Haushaltssünder nicht wirklich zur Rechenschaft herangezogen, und es wurden auch nie finanzielle Sanktionen verhängt. Dieser laxe Ansatz wurde dann mit der Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Jahr 2005, die vor allem auf Betreiben von Seiten Deutschlands und Frankreichs zurückging, weiter zementiert. Danach wurde eine noch größere Flexibilität der Verfahren toleriert, indem beispielsweise der

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

Ermessensspielraum bei der Bestimmung eines übermäßigen Defizits erweitert wurde und die Verfahrensfristen verlängert wurden.

# Jüngste Reformvorstöße

Nachdem die volle Breite der finanzpolitischen Verfehlungen während des ersten Jahrzehnts seit Bestehen der Europäischen Wirtschaftsund Währungsunion ans Tageslicht gekommen ist, hat sich bei den politisch Verantwortlichen in Europa die Einsicht breitgemacht, Anstrengungen zu unternehmen, um die Haushaltsdisziplin unter den Mitgliedsländern zu stärken. Wenngleich der große Wurf bislang ausgeblieben ist, so ist die Liste neuer Regulierungen doch beachtlich. Insbesondere die sechs Gesetzesänderungen zur Stärkung des wirtschaftspolitischen Rahmenwerkes (üblicherweise als "Six Pack" bekannt) zielen darauf ab, die multilaterale Überwachung stärker zu entpolitisieren.¹ In Bezug auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt sehen die neuen Regeln, die bereits Mitte Dezember 2011 in Kraft getreten sind, insbesondere einen stärkeren Automatismus bei der Durchsetzung der Regeln und einen früher greifenden, graduell ansteigenden Sanktionsmechanismus vor. Zudem soll die Obergrenze für die Staatsverschuldung stärker berücksichtigt werden, und man hat sich auf einen stärkeren Fokus bei der Ausgabendynamik in den Mitgliedsländern geeinigt. Das neue Regelpaket sieht auch Mindestanforderungen für die nationalen Haushaltsrahmen vor, die bis Ende 2013 umgesetzt werden müssen.

Darüber hinaus wurden mit der Einführung des neuen Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten wichtige Lehren aus der Krise gezogen. Das Verfahren, das sich an den Stabilitäts- und Wachstumspakt anlehnt, soll sicherstellen, dass ein Mitgliedsland Maßnahmen ergreift, um das Auftreten makroökonomischer Ungleichgewichte zu verhindern. Im Fall übermäßiger Ungleichgewichte ist das betroffene Land aufgefordert, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu beseitigen.

Wenngleich einige Elemente des "Six Pack" grundsätzlich zu begrüßen sind, bleibt abzuwarten, ob der politische Wille letztlich groß genug ist, den gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt und das Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten strikt zur Anwendung zu bringen. Einige Skepsis scheint hier durchaus angebracht zu sein,

<sup>1</sup>Das "Six Pack" umfasst die Reform der präventiven und der korrektiven Komponente des SWP, die neuen Mindestanforderungen an die nationalen Haushaltsrahmen, das neue Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht, und einen stärkeren Durchsetzungsmechanismus mittels neuer finanzieller Sanktionen, sowohl in Bezug auf den SWP als auch das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht.

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

zumal das Gesetzespaket weiterhin viele Ausnahmetatbestände enthält und nach wie vor erheblichen Raum für politisches Ermessen bietet. Die ersten Erfahrungen mit der Anwendung des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten sind nicht unbedingt ermutigend, da der Europäische Rat im Frühjahr 2012 in keinem einzigen Mitgliedsland – trotz offensichtlicher schwerwiegender Ungleichgewichte in einigen Fällen – übermäßige Ungleichgewichte festgestellt hat. Insbesondere der Kommission kommt eine entscheidende Rolle zu, wenn es um die Beurteilung geht, ob ein übermäßiges Defizit beziehungsweise ein übermäßiges Ungleichgewicht vorliegt oder ein Mitgliedstaat wirksame Maßnahmen zu dessen Korrektur ergriffen hat.

Um ein deutliches Zeichen von Seiten der europäischen Regierungschefs zu setzen, für wie bedeutsam sie solide Staatsfinanzen halten, haben sich die EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Tschechischen Republik auf den sogenannten Fiskalpakt geeinigt. Dieser wurde im Rahmen des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion am 2. März 2012 unterzeichnet und ist zwischenzeitlich von etwa einem Drittel der Mitgliedsländer ratifiziert worden. Der Fiskalpakt beinhaltet eine fiskalische Regel über strukturell ausgeglichene nationale Haushalte für die Mitgliedstaaten des Euroraums, die auf Verfassungsebene oder vergleichbarer Ebene verankert werden soll. Die fiskalische Regel gilt als erfüllt, sofern das strukturelle Defizit 0,5 % des BIP nicht überschreitet und mit dem länderspezifischen mittelfristigen Ziel übereinstimmt. Abweichungen von der Regel oder vom Anpassungspfad zur Erreichung des mittelfristigen Ziels sollen automatisch über einen angemessenen Zeitraum korrigiert werden. Darüber hinaus sieht der Fiskalpakt eine Stärkung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit vor, indem der Automatismus der vorgesehenen Verfahren bei Nichteinhaltung gestärkt wird.

Um die Haushaltsüberwachung weiter zu stärken, hat die Europäische Kommission im November 2011 Vorschläge für zwei weitere Verordnungen vorgelegt (das sogenannte "Two Pack"). Diese Verordnungen, die derzeitig noch zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem EU Rat verhandelt werden, zielen zum einen darauf ab, die Kommission mit neuen Befugnissen bei den nationalen Haushaltsplanungen auszustatten und die Korrektur übermäßiger Defizite besser gewährleisten zu können. Zum anderen ist eine stärkere wirtschaftliche und haushaltspolitische Überwachung von Mitgliedsländern mit gravierenden Schwierigkeiten vorgesehen, die dazu beitragen soll, die finanzielle Stabilität des Eurogebietes zu sichern.

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

# Wie könnte eine Fiskalunion aussehen? Ein vorläufiger Ausblick

Die Krise der Staatsfinanzen hat eine intensive Debatte über die Zukunft der Europäischen Währungsunion in Gang gesetzt. Wichtige Reformen sind inzwischen auf den Weg gebracht worden, mit Hilfe derer die Haushaltsdisziplin innerhalb des Eurogebietes gestärkt werden soll. Auch wenn diese Maßnahmen für sich genommen sehr zu begrüßen sind, werden sie wohl nicht hinreichend sein, um das angeschlagene Vertrauen in die Handlungsfähigkeit Europas wieder schnell und dauerhaft herstellen zu können. Überdies braucht Europa nicht notwendigerweise nur ein Mehr an Regeln.

Das Haus Europas ist in seinem Konstrukt einzigartig: unter dem Dach einer gemeinsamen Geldpolitik befinden sich viele nationale Haushaltspolitiken, die einer stabilitätsorientierten "Hausordnung" verpflichtet sind. Angesichts der heutigen Krise stellt sich jedoch die Frage, ob dieses Modell an seine Grenzen gestoßen ist. Möglicherweise kann die Verantwortung für solide Finanzpolitik nicht vollständig in den Händen der Nationalstaaten verbleiben. Viel spricht dafür, dass die Wirtschafts- und Währungsunion weiter vertieft und die nationalstaatliche Souveränität stärker gebündelt werden muss. Doch welche konkreten Optionen gibt es für Europa, und wie weit sollte die Vertiefung letztlich gehen? Um die potentiellen Möglichkeiten besser auszuleuchten, wurden die Präsidenten des Europäischen Rats, der EZB, der Europäischen Kommission und der Eurogruppe aufgefordert, bis Ende des Jahres einen Fahrplan für die Zukunft der Währungsunion vorzulegen. Auch wenn an der konkreten Ausgestaltung eines Fahrplans noch einige Zeit gefeilt werden dürfte, so gibt es doch bereits bestimmte Grundpfeiler, auf die sich die vier Präsidenten einigen konnten. Diese wurden Ende Juni 2012 erstmals in einem gemeinsamen Überblickspapier vorgestellt. Einer dieser Grundpfeiler betrifft die Finanzpolitik und die Aussichten auf die Schaffung einer Fiskalunion.

Oberstes Ziel einer Fiskalunion muss es sein zu verhindern, dass haushaltspolitische Fehlentscheidungen in einzelnen Mitgliedstaaten andere Mitgliedstaaten oder die Währungsunion als Ganzes belasten. Das gegenwärtige institutionelle Regelwerk enthält eigentlich bereits genaue Vorgaben, die haushaltspolitisches Fehlverhalten ausschließen sollten. Es geht also vor allem um die effiziente Umsetzung der Vorgaben. Die Frage ist also, was getan werden kann für den Fall, dass Mitgliedstaaten den Vorgaben des Regelwerks nicht nachkommen. Auf dem Gebiet der Finanzpolitik könnte eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion bedeuten, dass die nationalen Haushalte effektiver überwacht werden würden. Konkret gibt es hierzu die Überlegung, dass ein Mitgliedsland bei Überschreitung der vereinbarten Grenzwerte einer europäischen Genehmigungspflicht unterstellt werden sollte. Im Notfall, d. h. in besonders schweren Fällen der Missachtung von Regelvorgaben, könnte die supranationale

Die Bedeutung einer Stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion

Ebene die Befugnis erhalten, direkt in den nationalen Haushalt einzugreifen, z.B. um einen Ausgabenstopp zu verhängen, solange die Haushaltsschieflage anhält.

Derartige Interventionsmöglichkeiten von Seiten einer supranationalen Institution würden natürlich einen starken Eingriff in die nationalstaatliche Souveränität bedeuten. Um wieder ein reibungsloses Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion herstellen zu können, bedarf es rascher, mutiger Schritte in Richtung auf ein Mehr an Europa. Natürlich darf dabei das Prinzip der nationalen Eigenverantwortung nicht untergraben werden. Dies stellt tatsächlich einen Balanceakt dar. Nicht zuletzt um eine größtmögliche Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erzielen, ist es daher unumgänglich, dass alle diesbezüglichen Entscheidungen hinreichend demokratisch legitimiert sind. In der gegenwärtigen Situation ist es entscheidend, dass sich alle Beteiligten ihrer jeweiligen Verantwortung bewusst sind.

SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

# Sparen und Investieren vor dem Hintergrund des demografischen Wandels

Ergebnisse des Forschungsprojekts "Sparen und Investieren vor dem Hintergrund des demografischen Wandels" des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Zusammenarbeit mit der Universität Ulm im Auftrag des BMF<sup>1</sup>

- Der unaufhaltsame Alterungsprozess der Gesellschaft in Deutschland wird langfristig zu einem Rückgang der Ersparnisse führen.
- Die Auswirkungen des Ersparnisrückgangs auf die Investitionen sind in einer offenen, durch freien Kapitalverkehr gekennzeichneten Volkswirtschaft theoretisch hingegen nicht eindeutig.
- Modellrechnungen projizieren eine ab 2030 einsetzende demografisch bedingte Wende in der deutschen Leistungsbilanz.
- Die Sensitivität der Modellrechnungen hängt insbesondere von der Verzinsung von Kapitalanlagen sowie der Abschreibung darauf ab.

1	Einleitung	17
2	Bevölkerungsentwicklung und Auswirkungen auf das Sparverhalten	
3	Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren	
4	Modellsimulationen für Deutschland	21
5	Schlussfolgerung	24

# 1 Einleitung

Deutschland sieht sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten einem grundlegenden demografischen Wandel gegenüber, welcher durch einen Rückgang der Bevölkerungszahl und dramatische Veränderungen in der Altersstruktur gekennzeichnet ist. Demografische und wirtschaftliche Entwicklungen stehen in vielfältigen Beziehungen zueinander. In der Literatur und in der öffentlichen Debatte über die

gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen steht dabei meist eine Betrachtung im Vordergrund, die sich auf die künftige Entwicklung des Arbeitskräfteangebots und die damit verbundenen dämpfenden Wirkungen auf das Produktionspotenzial und das Wachstum sowie die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme bezieht. Seltener werden die Folgen für das Spar- und Investitionsverhalten sowie die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden, etwa im Rahmen von Tragfähigkeitsanalysen, betrachtet.

<sup>1</sup>Der vorliegende Artikel wurde von Claudia Busl, Jun.-Prof. Dr. Sabine Jokisch, Dr. Marcus Kappler und Frauke Schleer verfasst. Rückfragen bitte an Dr. Marcus Kappler (kappler@zew.de). Ziel dieser Studie ist es, die Auswirkungen der demografisch bedingten Alterung in Deutschland auf die Ersparnisbildung und Investitionen und die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen, insbesondere auf die Entwicklung des

SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

Kapitalbestands als wichtige Determinante der Produktionsmöglichkeiten, zu untersuchen. Dieser Beitrag stellt zunächst die Bevölkerungsentwicklung sowie die zentralen Elemente des Sparverhaltens in Deutschland dar und gibt die wichtigsten Erkenntnisse der Fachliteratur wieder. Darauf aufbauend wird der Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren diskutiert. Abschließend werden Ergebnisse eigener Berechnungen auf Grundlage eines speziell an die deutschen Gegebenheiten angepassten Simulationsmodells überlappender Generationen durchgeführt, da für Deutschland bisher aktuelle Modellrechnungen über die Effekte einer alternden Gesellschaft auf die Kapitalbildung und Leistungsbilanzsalden fehlen.

# 2 Bevölkerungsentwicklung und Auswirkungen auf das Sparverhalten

Der demografische Wandel und die damit verbundene Alterung der Gesellschaft ist ein relativ langsam verlaufender Prozess. Anhand verschiedener Szenarien projiziert die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts die Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Die zentralen Einflussfaktoren der demografischen Entwicklung sind die Lebenserwartung, die Geburtenhäufigkeit sowie der Wanderungssaldo. Der Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2060 wird von der 12. koordinierten Vorausberechnung des Statistischen Bundesamts für Deutschland auf 65 Millionen Personen ausgehend von 82 Millionen Personen (2008) beziffert. Diese Berechnung bezieht sich auf Variante 1-W1 "mittlere Bevölkerung, Untergrenze" der 12. Bevölkerungsvorausberechnung. Das heißt: Basisannahme an die Lebenserwartung (Anstieg bei Jungen um acht Jahre und bei Mädchen um sieben Jahre), annähernde Konstanz der Geburtenhäufigkeit bei 1,4 Kindern pro Frau sowie ein

Wanderungssaldo von 100 000 Personen pro Jahr ab 2014. Wird ein Wanderungssaldo von 200 000 Personen pro Jahr ab dem Jahr 2014 angenommen, geht die Bevölkerung weniger stark auf 70 Millionen Personen zurück. Zusammenfassend aber heißt es: "Deutschlands Bevölkerung nimmt ab, seine Einwohner werden älter, und es werden – auch wenn eine leicht steigende Geburtenhäufigkeit unterstellt wird – noch weniger Kinder geboren als heute."

Um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Ersparnis und Investitionen zu analysieren, bietet die Lebenszyklushypothese nach Franco Modigliani (Ando und Modigliani, 1963) einen adäquaten Ausgangspunkt. In ihrer reinen Form besagt sie, dass private Haushalte ihren Konsum über den Lebenszyklus glätten, um ihren daraus gezogenen Nutzen über den gesamten Lebensverlauf zu maximieren. In Abhängigkeit von der typischen Einkommensentwicklung lässt sich daraus ein zyklisches Sparverhalten ableiten. In frühen Phasen des Lebenszyklus mit niedrigen Einkommen müssten demnach typischerweise Kredite aufgenommen werden, in mittleren Phasen des Lebenszyklus müsste gespart und in der Rentenbezugsphase wieder entspart werden.

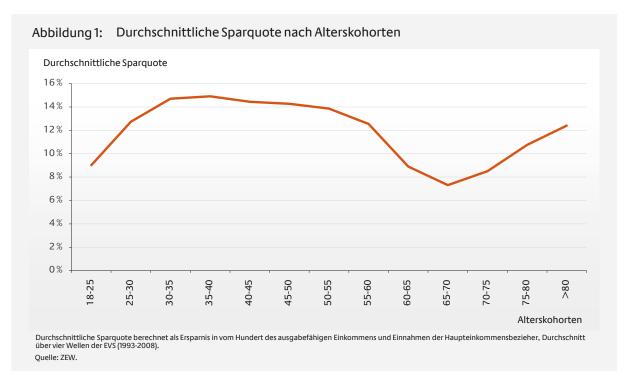
Der theoretische Leitfaden für die Analyse des demografischen Wandels begreift den Wunsch der Haushalte nach intertemporalem Konsumausgleich als den zentralen Mechanismus des (lebens-) zyklischen Sparverhaltens. Jedoch ist das Lebenszyklusprofil in vielen Ländern schwächer ausgeprägt, als es grundlegende Lebenszyklusüberlegungen erwarten lassen. Geringen und im Durchschnitt positiven Sparquoten im jungen und hohen Alter stehen weit höhere Sparquoten im mittleren Alter gegenüber, sodass sich zwar qualitativ der gleiche Verlauf ergibt, aber quantitativ deutliche Unterschiede bestehen (modifizierte Lebenszyklushypothese). Speziell für Deutschland lässt sich dieses modifizierte, altersspezifische Sparprofil

SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

anhand der Haushaltsbefragungen im Rahmen der SAVE-Studien des Munich Center for the Economics of Aging (MEA) sowie der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts gut belegen und begründen.

Seit 2003 erhebt das MEA jährlich umfassend Daten mit dem Schwerpunkt Sparen und Zukunftsvorsorge von deutschen Haushalten. Dabei werden die Haushalte u. a. nach ihren Sparmotiven und deren Bedeutung für sie befragt. Anhand dieser Daten und zahlreicher empirischer Studien kann generell festgehalten werden, dass Altersvorsorge und Vorsichtssparen die beiden dominierenden Sparmotive in Deutschland darstellen, wohingegen Vererbung und Immobilienerwerb tendenziell von untergeordneter Bedeutung sind. Die Wichtigkeit der Sparmotive verändert sich jedoch über den Lebenszyklus. Bei Jüngeren stehen Altersvorsorge und Immobilienkauf im Vordergrund, wohingegen die Sparmotive Vorsichtssparen und Vererbung primär für Ältere wesentlich sind.

Weiterhin ist die Ausprägung der Sparmotive nicht nur altersabhängig, sondern wird auch von exogenen Faktoren beeinflusst. Dabei kristallisieren sich demografische Entwicklungen, Geburtskohorten-Effekte und Sozialversicherungssysteme als die zentralen exogenen Einflussfaktoren für das Sparverhalten heraus. Durch Interaktion verschiedener Faktoren sowie Überlagerung von unterschiedlichen Motiven ist jedoch der Gesamteffekt auf die Sparquote nicht eindeutig bestimmt. Um den (Gesamt-) Effekt auf Ersparnis und Investitionen zu identifizieren, sind empirische Analysen und Simulationsstudien von zentraler Bedeutung. Eigene Berechnungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Wellen 1993 bis 2008 zeigen, dass die Sparquote in Deutschland mit dem Verlauf der modifizierten Lebenszyklushypothese in Einklang steht (siehe Abbildung 1). Dabei determinieren Sparmotive und exogene Einflussfaktoren die Diskrepanz zwischen klassischer und modifizierter Lebenszyklushypothese in Deutschland.



SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

Zu einer positiven Sparquote im Alter tragen u. a. die ausgeprägten Sozialversicherungssysteme, eine hohe Bedeutung des Vorsichtssparens sowie kohortenspezifische Effekte bei, sodass kein vollständiges Aufbrauchen der Ersparnisse zur Konsumfinanzierung im Alter stattfindet. Zudem nehmen in Deutschland jüngere Menschen in der frühen Phase des Berufslebens in der Regel kaum Kredite auf. Dies kann u. a. auf ein primär staatlich finanziertes Schulsystem, vergleichsweise geringe Wohneigentumsquoten gegenüber anderen Ländern sowie Erbschaften zurückgeführt werden. Dennoch: Auch wenn die klassische Lebenszyklushypothese durch Berücksichtigung weiterer Sparmotive modifiziert werden muss, um Aussagen der Theorie mit dem tatsächlichen Sparverhalten in Einklang zu bringen, bleibt ein dominierender Effekt das Entsparen im Alter. Sowohl theoretische als auch empirische Studien zeigen einen Rückgang der Sparquote bei einer alternden Bevölkerung. Deshalb muss in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten mit einem deutlichen Rückgang der aggregierten Sparquote aufgrund der absehbaren Alterung der Gesellschaft gerechnet werden.

# 3 Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren

Ob dieser Rückgang der Ersparnisse auch zu einer vergleichbaren Reduzierung der Investitionen führen wird, ist allerdings alles andere als eindeutig. In einer offenen Volkswirtschaft mit freier Kapitalmobilität und Einbettung in das internationale Finanzsystem sollten sich Investitions- und Sparvolumina unabhängig voneinander entwickeln können. Dennoch stellen empirische Studien im internationalen Querschnitt regelmäßig eine hohe Korrelation zwischen Spar- und Investitionsquoten fest. Eine positive Korrelation zwischen Spar- und Investitionsquote bei gleichzeitig hoher Mobilität auf den internationalen Kapitalmärkten lässt sich auf unterschiedliche

Einflussfaktoren zurückführen. Insbesondere demografische Veränderungen können eine gleichgerichtete Veränderung der beiden Quoten bewirken. Eine Abnahme des Arbeitskräftepotenzials, durch die sich der Anteil der Bevölkerung mit hoher Sparquote reduziert, kann zu einer Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote führen. Gleichzeitig ist auch ein Rückgang der Investitionen zu erwarten, da die geringere Anzahl an Erwerbspersonen eine Anpassung des Kapitalbestands erfordert. Eine Reihe weiterer Erklärungen wird im zugrunde liegenden Gutachten angeführt, die darauf schließen lassen, dass die Investitionen zumindest teilweise der Sparquote folgen müssen. Insofern ist auch mit einem demografisch getriebenen Rückgang der künftigen Investitionsquote zu rechnen, der aber geringer ausfallen dürfte als der Rückgang der Sparquote.

Eine weitere wichtige Determinante der privaten Investitionen neben der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sind Kapitalgüterpreise und -renditen. Basierend auf der einfachen Lebenszyklushypothese entstand die These (bekannt unter dem Begriff "Asset-Meltdown"-Theorie), dass mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und dem Eintritt großer Kohorten ins Rentenalter ein rapider Verfall der Vermögenspreise einhergehen würde. Auf Grundlage von ökonometrischen Studien mit historischen Daten sowie zukunftsbezogenen Simulationsstudien konnte ein starker Zusammenhang zwischen Asset-Preisen und demografischer Veränderung aber nicht bestätigt werden. Vielmehr legen die Ergebnisse nur einen leichten Rückgang der Kapitalgüterrenditen und -preise nahe.

Von großer Bedeutung für zukünftige Kapitalströme und -renditen und damit für die Leistungsbilanz ist das internationale Umfeld. Relevant sind insbesondere die demografische Entwicklung im Ausland und die sich daraus ergebende ausländische Kapitalnachfrage beziehungsweise das -angebot. Befinden sich überdurchschnittlich

SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

große Jahrgänge eines Landes in der Phase des Kapitalaufbaus, erzeugen sie ein relativ großes Kapitalangebot bei niedrigen Renditen. Dies führt zu einem Kapitalexport ins Ausland, vor allem in jüngere Volkswirtschaften, die relativen Kapitalmangel und daher hohe Renditen aufweisen. In der Folge ist ein Leistungsbilanzüberschuss zu erwarten. Erreichen die geburtenstarken Kohorten dann das Rentenalter und beginnen ihre Ersparnisse aufzubrauchen (oder nach der modifizierten Lebenszyklushypothese ihre Sparquote zu senken), schrumpft das Kapitalangebot. Unter der Annahme, dass nun im Ausland geringere Kapitalknappheit, eventuell sogar ein Überfluss herrscht, wird nun Kapital importiert und sich dementsprechend ein Leistungsbilanzdefizit ergeben. Die empirische Literatur rechnet daher mit einem Rückgang des Leistungsbilanzsaldos in Europa in den nächsten 20 Jahren.

Bei der Durchführung von Reformen der Altersvorsorge spielt das Ausland ebenfalls eine wichtige Rolle. Ein Übergang von einem umlagebasierten auf ein teilweise oder komplett kapitalgedecktes Verfahren löst eine Erhöhung der privaten Sparneigung aus und schmälert über diese Ausweitung des Kapitalangebots langfristig die Kapitalrenditen. Der Effekt auf die Renditen fällt umso geringer aus, je freier der Kapitalmarktzugang und je größer die Kapitalnachfrage im Ausland ist.

# 4 Modellsimulationen für Deutschland

Da sich der demografische Übergang dem Erfahrungs- und Datenbereich für Deutschland und andere vergleichbare Länder entzieht, werden die Auswirkungen auf Ersparnis, Investitionen, Leistungsbilanz und weitere gesamtwirtschaftliche Kennziffern mittels eines rechenbaren allgemeinen Gleichgewichtsmodells mit überlappenden Generationen ermittelt. Das Modell ist auf die

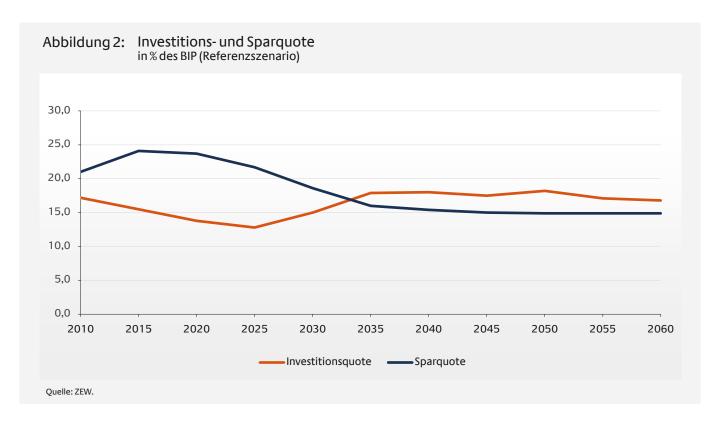
deutsche Situation mit seiner spezifischen Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme angepasst und implementiert ein detailliertes Bevölkerungsmodell für die demografischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland entlang der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts. Ausgangspunkt der Simulationen und Sensitivitätsanalysen stellt ein Referenzpfad dar, welcher die mittlere Bevölkerungsvariante (W1) der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung implementiert, Deutschland als kleine offene Volkswirtschaft betrachtet und eine realistische Abbildung der gesamtwirtschaftlichen Größen und Kennziffern des Steuer- und Sozialversicherungssystems im Ausgangsjahr 2010 generiert.

# Modellrechnungen projizieren eine demografisch bedingte Wende in der deutschen Leistungsbilanz

Die Simulationsergebnisse des Referenzpfads bis zum Jahr 2060 lassen sich wie folgt zusammenfassen (siehe Abbildung 2): Bis zum Anfang der 2030er Jahre übersteigen die inländischen Ersparnisse die inländischen Investitionen, weshalb sich bis zu diesem Zeitraum stets ein Leistungsbilanzüberschuss ergibt. Dadurch entsteht gegenüber dem Ausland eine immense Vermögensposition, die Ansprüche auf die zukünftige Produktion der Ausländer entstehen lässt. Anschließend überwiegt der negative Ersparniseffekt den Investitionseffekt, und der Leistungsbilanzsaldo verläuft ab dem Jahr 2033 negativ und pendelt sich bei einem Defizit von circa 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ein.

Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse werden zunächst unterschiedliche Verläufe der Bevölkerungsparameter und veränderte Annahmen im Rentensystem sowie bei der Entwicklung der Staatsverschuldung berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der noch nicht gelösten Finanz- und

SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS



Weltwirtschaftskrise ist davon auszugehen, dass auch längerfristig der Zinssatz auf einem niedrigen Niveau verharrt. Des Weiteren ist nicht auszuschließen, dass in den folgenden Jahren höhere Abschreibungsraten der Vermögenswerte auf Unternehmen und private Haushalte zukommen. Daher wird in zwei abschließenden Szenarien untersucht, wie sich niedrigere Zinssätze und höhere Abschreibungsraten auf den Kapitalbestand gegenüber dem Referenzpfad auf die Ergebnisse auswirken.

# Zinsen und Kapitalabschreibungen beeinflussen Modellsimulation deutlich

Insgesamt zeigt sich in den unterschiedlichen Szenarien, dass die grundlegende qualitative Entwicklung des Referenzpfades in allen Simulationen bestätigt wird (siehe Tabelle 1). Allerdings ergeben sich für einzelne Parametervariationen durchaus quantitative Veränderungen. In den Bevölkerungsszenarien (Szenarien 1a und 1b), die unterschiedliche Annahmen über die künftige Entwicklung

der Geburtenrate unterstellen, zeigen sich kaum Veränderungen gegenüber der Ausgangssituation, in welcher bis zum Jahr 2060 eine konstante Geburtenziffer in der Höhe des derzeitigen Wertes von 1,4 Kindern pro Frau unterstellt wird. Das Szenario 1a lehnt sich an die Variante 3-W1 der Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamts (2009) an und unterstellt einen linearen Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau im Jahr 2010 auf 1,6 Kinder pro Frau bis zum Jahr 2025. Danach verharrt die Geburtenziffer auf dem Wert von 1,6 Kindern pro Frau. Szenario 1b hingegen unterstellt einen Rückgang der Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau im Jahr 2010 auf 1,2 Kinder im Jahr 2060 entsprechend der Variante 5-W1 der Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts. Die Veränderungen in der Geburtenrate wirken sich erst mittel- bis längerfristig auf die Bevölkerungsvariablen aus. Allerdings kann der Trend einer sinkenden Bevölkerung nicht aufgehalten werden, sodass sich nur geringe Unterschiede gegenüber dem Referenzpfad ergeben.

SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

Tabelle 1: Veränderungen der Spar- und Investitionsquote in verschiedenen Szenarien gegenüber dem Referenzpfad

	Gesamtwirtschaf	tliche Sparquote <sup>1</sup>	Investitionsquote 1				
Szenarien	2030 2060		2030	2060			
	Referenzpfad						
	18,6 %	14,9 %	15,0 %	16,8%			
1a: Leichter Anstieg der Geburtenziffer	0	-0,2	-0,9	1			
1b: Langfristiger Rückgang der Geburtenziffer	-0,2	0,4	0,1	-0,5			
2a: Konstante Lebenserwartung	-4,9	-0,5	0,6	-0,			
2b: Starker Anstieg der Lebenserwartung	1,9	0,3	0,5	0,2			
3a: Keine Zuwanderung	0,3	-1,2	-1,6	-1,4			
3b: Höhere Zuwanderung	-0,5	0,8	1,4	0,9			
4a: Konstantes gesetzliches Renteneintrittsalter von 65 Jahren	-0,5	-0,3	0,5	-0,2			
4b: Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 69 Jahre	0,3	0,4	0,5				
4c: Keine Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel	-0,8	-0,5	0,2	0,2			
5a: Konstante Defizitquote von 1,5 % des BIP	-0,8	-1,1	0,3	(			
5b: Abbau des Schuldenstandes auf 60 % des BIP bis 2030	0,3	0	0,7	-0,			
6a: Konstanter Zinssatz bei 5,6 %	-0,9	0,7	2	1,			
6b: Konstanter Zinssatz bei 5,0 %	-1,2	1,2	3,1	2,			
6c: Temporär höhere Abschreibungsrate von 6,0 %	-0,3	-0,1	0,7	(			
6d: Permanente Erhöhung der Abschreibungsrate auf 6,0 $\%$	0,4	0,9	0,9				
6e: Permanente Erhöhung der Abschreibungsrate auf 7,5 %	1	2,2	4,1	2,			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Veränderung gegenüber Referenzpfad in Prozentpunkten. Ouelle: ZEW.

Sehr deutliche Abweichungen vom Referenzpfad ergeben sich jedoch in den Szenarien, die eine veränderte Lebenserwartung unterstellen. Im Ausgangspfad nimmt im Zeitraum der nächsten 50 Jahre die Lebenserwartung bei Geburt von gegenwärtig 80,8 Jahren auf 87,4 Jahre zu. Bleibt die Lebenserwartung jedoch über den Zeitverlauf konstant (Szenario 2a), sinkt die gesamtwirtschaftliche Sparquote deutlich gegenüber dem Referenzszenario (-4,9 Prozentpunkte im Jahr 2030), während die Investitionsquote kaum reagiert (+ 0,6 Prozentpunkte im Jahr 2020). In der Folge baut sich der Leistungsbilanzüberschuss ebenfalls sofort

deutlich ab, während längerfristig das Leistungsbilanzdefizit dafür stärker ausfällt. Genau umgekehrte Effekte ergeben sich bei einem stärkeren Anstieg der Lebenserwartung bis zum Jahr 2060 auf durchschnittlich 89,5 Jahre (Szenario 2b).

Unterschiedliche Annahmen zur Zuwanderung (Szenario 3a und Szenario 3b) haben bis zum Jahr 2030 eher geringe Abweichungen der Sparquote, aber durchaus spürbare Effekte auf die Investitionsquote gegenüber dem Basisszenario zur Folge. Bis zum Jahr 2060 ergeben sich jedoch in beiden Szenarien quantitativ vergleichbare, deutliche Effekte sowohl auf Spar- als auch

SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

auf Investitionsquote. Im Referenzpfad wird bezüglich der Nettomigration zunächst von einem jährlichen Einwanderungsüberschuss von 10 000 Personen ausgegangen, welcher anschließend auf 100 000 Personen pro Jahr ab dem Jahr 2014 ansteigt. Szenario 3a unterstellt hingegen, dass der Wanderungssaldo über den gesamten Zeitverlauf Null beträgt. In Szenario 3b erhöht sich die Nettozuwanderung auf 200 000 Personen bis zum Jahr 2020. Danach bleibt der Wanderungssaldo konstant bei 200 000 Personen pro Jahr.

Die Abweichungen der makroökonomischen Variablen in den Rentenszenarien sind eher moderat (Szenario 4a bis Szenario 4c). Im Referenzpfad ist ein Anstieg des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 implementiert. Unterschiedliche Annahmen zum gesetzlichen Renteneintrittsalter wirken sich im Wesentlichen auf den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung aus. Dieser erhöht sich deutlich gegenüber dem Referenzpfad, wenn das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 65 Jahre fixiert wird (anstatt auf 67 Jahre anzusteigen). Vergleichbare Effekte sind auch bei Aussetzung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel zu beobachten. Dadurch wird die private Sparquote deutlich gesenkt. Umgekehrt sinken die Beitragssätze und erhöht sich die Sparquote, wenn das Renteneintrittsalter sogar auf 69 Jahre erhöht wird. Die Veränderungen der Sparquoten wirken sich im Modell im Wesentlichen auf das im Ausland gehaltene Vermögen und die Leistungsbilanz aus.

Auch die alternativen Annahmen zu den Verläufen des Schuldenstands zeigen nur sehr geringe Unterschiede im Verlauf der Spar- und Investitionsquote im Vergleich zum Referenzpfad (Szenario 5a und Szenario 5b). Der Referenzpfad des Modells unterstellt eine endogene Entwicklung des Schuldenstands, die sich aus der Anwendung der Schuldenregel für das strukturelle Defizit ergibt. Bis zum Jahr 2016 wird die Defizitquote auf 0,35 % des BIP reduziert und verbleibt danach auf diesem Wert. Szenario 5a hält die Defizitquote von 1,5 % des BIP über den Zeitverlauf konstant, während Szenario 5b einen deutlich stärkeren Abbau des Schuldenstands auf 60 % des BIP bis zum Jahr 2030 unterstellt.

Eine starke Wirkung auf die Modellergebnisse, insbesondere auf die Investitionsquote, geht von den veränderten Annahmen zu den makroökonomischen Parametern aus. Niedrigere Zinssätze im Vergleich zum Referenzpfad führen einerseits zu starken Erhöhungen der Investitionsquoten und andererseits zu einer deutlich gedämpften privaten Ersparnisbildung (Szenario 6a und Szenario 6b). Der ursprüngliche Leistungsbilanzüberschuss wird hierdurch stark vermindert und die späteren Defizite verstärkt. Im Referenzszenario wurde der reale Zinssatz auf 6,6 % festgelegt, da dieser die richtige Größenordnung für die Handelsbilanz im Basisjahr 2010 liefert.

Ganz ähnliche Effekte können bei höheren Abschreibungsraten beobachtet werden. Die Abschreibungsrate wurde im Referenzszenario auf 5,2% festgelegt, um einen realistischen Wert für die Investitionsquote im Basisjahr 2010 zu generieren. Insgesamt sind die quantitativen Veränderungen zum Referenzpfad in den Szenarien 6a bis 6e stärker als in allen übrigen.

# 5 Schlussfolgerung

Wie die Simulationsergebnisse deutlich gemacht haben, führt der Alterungsprozess der deutschen Bevölkerung künftig zu einer veränderten Wirtschaftsdynamik. Dies ist einerseits dadurch bedingt, dass die Anzahl der Erwerbspersonen deutlich zurückgehen wird. Andererseits führen die Belastungen durch steigende Beitragssätze in den Sozialversicherungssystemen zu einem starken Rückgang der privaten Sparquote. Zudem wurde deutlich, dass im Falle der kleinen offenen Volkswirtschaft in der kommenden Dekade die Handels- und Leistungsbilanz hohe Überschüsse aufweisen

SPAREN UND INVESTIEREN VOR DEM HINTERGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

werden, die aber mit dem zunehmenden Alterungsprozess in ein deutliches Defizit übergehen.

Die Entwicklungen und insbesondere die quantitativen Effekte im Referenzpfad werden zum einen von den Annahmen über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung beeinflusst. Zum anderen haben auch die Annahmen zu den Entwicklungen in den Sozialversicherungssystemen, zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben mithilfe der Staatsverschuldung und zu den makroökonomischen Parametern, d. h. zum Zinssatz und zur Abschreibungsrate, Einfluss auf die quantitativen Ergebnisse. Um die Empfindlichkeit der Simulationsergebnisse zu analysieren, wurden unterschiedliche Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Diese haben unterschiedliche Verläufe der Bevölkerungsparameter, veränderte Annahmen im Rentensystem und bei der Entwicklung der Staatsverschuldung sowie alternative Annahmen zum Zinssatz und der Abschreibungsrate berücksichtigt.

Trotz dieser unterschiedlichen Annahmen bestätigen die Ergebnisse in allen Simulationen die grundlegende qualitative Entwicklung des Referenzpfades. Es zeigen sich jedoch durchaus quantitative Abweichungen gegenüber dem Ausgangsszenario. Kaum Veränderungen gegenüber dem Referenzpfad zeigen sich in den Bevölkerungsszenarien, die unterschiedliche künftige Entwicklungen der Geburtenrate unterstellen. Auch verschiedene Annahmen zur Zuwanderung hatten – insbesondere bis zum Jahr 2030 – eher geringe Effekte zur Folge, was vor allem an den

moderaten Annahmen zur Entwicklung des Wanderungssaldos liegt. Die Abweichungen der makroökonomischen Variablen in den Rentenszenarien fallen ebenfalls mäßig aus. Verändert man die Annahmen bezüglich der Lebenserwartung gegenüber dem Referenzszenario, so ergeben sich jedoch sehr deutliche Abweichungen. Bleibt die Lebenserwartung über den Zeitverlauf konstant, so reagieren die Haushalte sofort mit einem Rückgang der Ersparnisbildung und einem Anstieg der Konsumwünsche. Folglich fällt der Leistungsbilanzüberschuss bis zum Jahr 2030 deutlich geringer aus als im Referenzszenario, während längerfristig ein stärkeres Leistungsbilanzdefizit zu verzeichnen ist. Spiegelbildliche Effekte zeigen sich bei einem stärkeren Anstieg der Lebenserwartung gegenüber der Ausgangssituation.

Von den veränderten Annahmen zu den makroökonomischen Parametern gehen starke Wirkungen auf die Modellergebnisse aus. Niedrigere Zinssätze im Vergleich zum Referenzpfad führen erwartungsgemäß zum einen zu starken Erhöhungen der Investitionsquoten und zum anderen zu einer deutlich gedämpften privaten Ersparnisbildung. Somit resultieren zunächst ein geringerer Leistungsbilanzüberschuss und später ein stärkeres Defizit als in der Ausgangsituation. Vergleichbare Effekte können bei höheren Abschreibungsraten beobachtet werden. In den zuvor beschriebenen Szenarien fallen die quantitativen Veränderungen gegenüber dem Referenzpfad – insbesondere für die Investitionsquote – deutlicher aus als in den übrigen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2011

# Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2011

- Zum 31. Dezember 2011 betrugen die Steuerrückstände 17,3 Mrd. €.
- Die Steuerrückstände verminderten sich gegenüber 2010 um 2,3 Mrd. € oder 11,7 %.
- Die Rückstandsquote sank von 4,60 % im Jahr 2010 auf 3,88 % zum Ende des Jahres 2011.

1	Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	26
2	Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	27
	Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände	
2.2	Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten	27
2.3	Aufgliederung nach Rückstandsarten	28
	Entwicklung der Rückstandsfälle	
2.5	Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der	
	Steuereinnahmen	29
3	Finzelsteuern	30

# 1 Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer einen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum "Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2011 (Rückständestatistik)" dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit fast 75 % der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern. Da die Verwaltungshoheit für die Versicherungsteuer am 1. Juli 2010 von den Ländern auf den Bund übergegangen ist, wird seit dem Berichtsjahr 2010 auf die Einbeziehung der Versicherungsteuer verzichtet. Da die Daten für die Vorjahre 2007

bis 2009 die Versicherungsteuer beinhalten, ist die Aussagekraft der mehrjährigen Vergleichszahlen eingeschränkt.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche des Staates an die Steuerpflichtigen, die im Sinne der Steuergesetze entstanden und bis zum Stichtag 31. Dezember 2011 fällig geworden sind. Teilweise ist die Einziehung dieser Steuerschulden durch Verwaltungsakte der Finanzverwaltung wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Die Finanzverwaltung kann Steueransprüche stunden, wenn deren Einziehung eine erhebliche Härte für den Steuerschuldner bedeuten würde (§ 222 Abgabenordnung). Die Vollziehung eines mit Rechtsmitteln angefochtenen Steuerbescheides soll von der Finanzverwaltung ausgesetzt werden, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes bestehen oder die Vollziehung eine unbillige Härte für den Betroffenen zur Folge hätte (§ 361 Abgabenordnung). Die verbleibenden nicht gestundeten oder ausgesetzten Teile der Steuerrückstände werden als "echte Rückstände" bezeichnet. Die diesen

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2011

Steueransprüchen zugrundeliegenden Steuerbescheide befinden sich in Vollstreckung.

Die Rückständestatistik zeigt lediglich eine Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses, bei dem laufend alte Rückstände aus unterschiedlichen Zeiträumen abgelöst werden und neue hinzukommen. Die Steuerverwaltung ist bestrebt, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung den Bodensatz an Steuerrückständen so gering wie möglich zu halten.

# 2 Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

# 2.1 Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen (Sollstellungen) bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraumes festgestellten Rückständen das Kassensoll. Zum Jahresende 2011 lag das Kassensoll der Besitzund Verkehrsteuern mit 445 508 Mio. € um 4,6 % über dem Wert des Vorjahresstichtages. Das kassenmäßige Aufkommen belief sich Ende 2011 auf 422 188 Mio. € und erhöhte sich damit um 5,3 % gegenüber dem Vorjahresaufkommen (vergleiche Tabelle 1).

Der Erlass von Steuerbeträgen stieg im Berichtszeitraum (um 4,6 %) auf 885 Mio. €. Die verwaltungsinternen Niederschlagungen von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung stiegen gegenüber dem Jahr 2010 um 8,2 % auf 5 148 Mio. €. Darin sind Niederschlagungen aufgrund von Insolvenzeröffnungen in Höhe von 1 999 Mio. € enthalten. Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 1,35 % am Kassensoll (Vorjahr: 1,32 %).

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle, ergeben sich Gesamtrückstände aller Besitz- und Verkehrsteuern am Erhebungstag 31. Dezember 2011 in Höhe von 17 287 Mio. €. Das bedeutet einen Rückgang um 2 291 Mio. € beziehungsweise 11,7% gegenüber dem Vorjahr.

# 2.2 Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitz- und Verkehrsteuern ergeben sich die Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten wie in Tabelle 2.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Stand am 31.12.	B" dat" da co		in den vergangenen zwölf Monaten						
	Rückstände am 31.12. des Vorjahrs	Sollstellungen		kassenmäßiges Aufkommen	Erlass	Niederschla- gungen	Erhebungs- stichtag (Sp. 4- (5+6+7))		
				in Mio.€					
1	2	3	4	5	6	7	8		
2007	15 787	419 695	435 482	414 218	114	4 157	16 993		
2008	16 993	437 155	454 148	432 616	318	4333	16 880		
2009	16880	419 623	436 503	412 972	623	5 626	17 282		
2010	17 282	408 664	425 946	400 766	846	4756	19 578		
2011	19578	425 930	445 508	422 188	885	5 148	17 287		

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2011

Tabelle 2: Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Stand am 31.12.	Rückstandsquote (Rückstand/Kassensoll)	·	
		in%	
1	2	3	4
2007	3,90	0,03	0,95
2008	3,72	0,07	0,95
2009	3,96	0,14	1,29
2010	4,60	0,20	1,12
2011	3,88	0,20	1,16

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Rückstandsquote sank auf 3,88 % (Ende 2010: 4,60 %). Dies ist ein Ergebnis des Rückgangs der Rückstände um 11,7% in Verbindung mit der Erhöhung des Kassensolls um 4,6 %. Die Niederschlagungsquote stieg gegenüber dem Vorjahr, während die Erlassquote unverändert blieb.

# 2.3 Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen sowie den echten Rückständen zusammen. Die Stundungen sanken um 1467 Mio. € (-34,4%) auf 2795 Mio. €. Die Aussetzungen verringerten sich um 534 Mio. € (-6,3%) auf 7918 Mio. €. Die echten Rückstände, die trotz abgelaufener Zahlungsfristen am Erhebungsstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im Allgemeinen eine

Beitreibung eingeleitet worden ist, sanken um 290 Mio. € (-4,2%) auf 6 573 Mio. €.

Die Aufteilung der Gesamtrückstände nach den Merkmalen "gestundet", "ausgesetzt" und "echte Rückstände" zeigt einen Anstieg des Anteils der ausgesetzten Rückstände im Jahr 2011 auf 45,8 %. Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgsaussichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend nicht mehr mit einer Zahlung zu rechnen sein. Demgegenüber verzeichnete der Anteil der echten Rückstände einen Anstieg auf 38,0 % (vergleiche Tabelle 3).

Um die Erfolgsaussichten für die Einziehung echter Rückstände besser beurteilen zu können, werden bei den Finanzämtern zusätzliche Informationen erhoben, die danach unterscheiden, ob diese Rückstände noch "nicht gemahnt", "gemahnt" oder in eine

Tabelle 3: Aufgliederung nach Rückstandsarten

Stand am 31.12.	Rückstände	davon							
	Ruckstande	gestundet		ausgesetzt		echte Rückstände			
	in Mio. €	in Mio. € Anteil in %		in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %		
1	2	3	4 (= 3/2)	5	6 (= 5/2)	7	8 (= 7/2)		
2007	16 993	656	3,9	8 756	51,5	7 581	44,6		
2008	16 880	1 029	6,1	8 812	52,2	7 039	41,7		
2009	17 282	1 660	9,6	9119	52,8	6 502	37,6		
2010	19 578	4 2 6 2	21,8	8 452	43,2	6 8 6 3	35,1		
2011	17 287	2 795	16,2	7918	45,8	6 573	38,0		

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2011

"Rückstandsanzeige aufgenommen" sind. Nach dieser zusätzlichen Statistik waren 29,1% der echten Rückstände "weder gemahnt noch in eine Rückstandsanzeige aufgenommen", 25,8% "gemahnt" sowie 45,2% in einer "Rückstandsanzeige erfasst". Davon wiederum waren bereits 11,9% vor dem Berichtszeitraum fällig. In Verbindung mit den ausgesetzten Rückständen muss deshalb ein erheblicher Teil der statistisch erfassten Rückstände als nicht realisierbar betrachtet werden.

# 2.4 Entwicklung der Rückstandsfälle

Die Rückstandsfälle sind um 0,2% gestiegen, und das Rückständevolumen ist um 11,7% zurückgegangen. Aus dem Anstieg der Anzahl der Fälle und dem Rückgang des Rückständevolumens resultiert eine deutliche Verringerung des durchschnittlichen Rückstandsbetrages um 11,9% auf 5 809 €.

Bemerkenswert ist hier die große Variationsbreite, innerhalb derer sich die durchschnittliche Höhe des Forderungsbetrages der Rückstandsfälle bewegt. Diese reicht von 190 € pro Fall bei der Kraftfahrzeugsteuer bis zu 330 514 € bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Der größte Anteil an Rückstandsfällen entfiel mit 35,5 % der Gesamtfälle auf die veranlagte Einkommensteuer, gefolgt von der Umsatzsteuer mit 20,6 %, der Kraftfahrzeugsteuer mit 19,6 % und vom Solidaritätszuschlag mit 18,3 % (vergleiche Tabelle 4).

# 2.5 Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Die Minderung des kassenmäßigen Aufkommens um 3 742 Mio. € beziehungsweise 0,8 % des Kassensolls im Jahre 2011 ist niedriger als die Summe aus Erlass und Niederschlagung des Berichtszeitraums. Dies ist auf eine Verringerung der Gesamtrückstände gegenüber dem Vorjahr um 2 291 Mio. € zurückzuführen (vergleiche Tabelle 5).

Tabelle 4: Entwicklung der Rückstandsfälle

Stand am 31.12.	Rückstände	Veränderung Rückstand zum Vorjahr	Zahl der Rückstandsfälle	Veränderung Fälle zum Vorjahr	Durchschnitts- betrag je Rückstandsfall	Veränderung Durchschnitts- betrag zum Vorjahr
	in Mio. €	in%	in Tausend	in%	in€	in%
1	2	3	4	5	6	7
2007	16993	7,6	3 508	2,9	4844	4,6
2008	16880	-0,7	3 532	0,7	4 779	-1,3
2009	17 282	2,4	3 109	-12,0	5 558	16,3
2010	19578	13,3	2 969	-4,5	6 594	18,6
2011	17 287	-11,7	2 976	0,2	5 809	-11,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2011

Tabelle 5: Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Erhebungsstichtag 31.12.	Rückstände- veränderung		Nieder- schlagungen	Minderung des kassenmäßigen Aufkommens	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in % des Kassensolls
1	2	3	4	5 (= 2+3+4)	6
2007	1 206	114	4 157	5 477	1,3
2008	-112	318	4 3 3 3	4 5 3 9	1,0
2009	401	623	5 626	6 651	1,5
2010	2 296	846	4756	7 898	1,9
2011	-2 291	885	5 148	3 742	0,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## 3 Einzelsteuern

Mit einem Anteil von 72,7% bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten.

Die Übersicht der Gesamtrückstände nach Einzelsteuern ist in Tabelle 6 dargestellt. Die ab 2010 geltenden Veränderungen beim Steuertarif, die ausgeweitete steuerliche Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen sowie die Erhöhung des Kindergeldes, welches vom Lohnsteueraufkommen abgesetzt wird, führten im Vorjahr noch zu einem erwarteten Rückgang des Kassensolls der Lohnsteuer um 3,0 %. Die im Jahr 2011 weiter ausgedehnte Beschäftigung von Arbeitnehmern sowie die erzielten Tariferhöhungen ließen das Kassensoll der Lohnsteuer um 11 097 Mio. € (+ 6,7%) ansteigen. Die um 27,9% angestiegenen Rückstände der Lohnsteuer weisen sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Kassensoll (Rückstandsquote) immer noch ein niedriges Niveau auf. Dies ist auf das von den Arbeitgebern durchgeführte Abzugsverfahren zurückzuführen.

Die nicht in der Rückständestatistik erfasste Einfuhrumsatzsteuer wird bei der Umsatzsteuer als Vorsteuer abgezogen. Insoweit wirken sich ausgeweitete Importe mit einhergehendem Anstieg der Einfuhrumsatzsteuereinnahmen mindernd auf das Kassensoll und Aufkommen der Umsatzsteuer aus. Angesichts eines stabilen inländischen Konsums stieg das Kassensoll der Umsatzsteuer trotz reger Importtätigkeit um 2 627 Mio. € (+1,8 %) an. Bei der Umsatzsteuer weisen die Gesamtrückstände zwar mit 4,2 Mrd. € das zweithöchste Volumen auf, wegen des hohen Kassensolls ergibt sich jedoch lediglich eine Rückstandsquote von 2,83 %.

Die wirtschaftliche Erholung spiegelt sich auch im gestiegenen Kassensoll der Körperschaftsteuer (+ 24,1%) sowie der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 16,9%) wider, während das Kassensoll der veranlagten Einkommensteuer nahezu stagnierte (- 0,8%).

Die vermehrte Zulassung von schadstoffärmeren Kraftfahrzeugen dürfte der wesentliche Grund für den leichten Rückgang des Kassensolls der Kraftfahrzeugsteuer um 0,6 % sein. Der vor dem Hintergrund der Niedrig-Zins-Phase zu erwartende weitere Rückgang beim Kassensoll der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge hat sich auf -1642 Mio. € (-17,3 %) verlangsamt. Attraktive Kreditzinsen, Steuersatzerhöhungen mehrerer Länder sowie die Suche der Investoren nach Immobilienanlagen trugen zum Anstieg des Kassensolls der Grunderwerbsteuer um 1052 Mio. € (+18,9 %) bei.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2011

Tabelle 6: Übersicht der Gesamtrückstände nach Einzelsteuern

Rückstände der Einzelsteuern	Kassensoll	Veränd. ggü.	Anteil in %	Rückstände	Veränd. ggü.	Anteil in %	Rückstands-	Veränd. ggü
31.12.2011	in Mio. €	Vorj. (%)	Antenni/	in Mio. €	Vorj. (%)	Antenni/	quote (%)	Vorjahr (%)
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Lohnsteuer	176 918	6,7	39,7	613	27,9	3,5	0,35	19,9
Umsatzsteuer	147 018	1,8	33,0	4 157	-4,2	24,0	2,83	-5,9
veranlagte Einkommensteuer	41 140	-0,8	9,2	7 005	-7,2	40,5	17,03	-6,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	20 621	16,9	4,6	982	-63,8	5,7	4,76	-69,1
Körperschaftsteuer	18 021	24,1	4,0	2 087	3,6	12,1	11,58	-16,6
Solidaritätszuschlag	11 521	6,0	2,6	581	-16,8	3,4	5,04	-21,5
Kraftfahrzeugsteuer	8 540	-0,6	1,9	111	11,8	0,6	1,30	12,4
AbgSt a. Zins- und Veräußerungserträge	7 857	-17,3	1,8	14	26,9	0,1	0,17	53,5
Grunderwerbsteuer	6 620	18,9	1,5	301	12,2	1,7	4,54	-5,7
Erbschaftsteuer	5 593	-2,8	1,3	1 328	0,5	7,7	23,75	3,5
übrige Besitz- und Verkehrsteuern	1 660	-8,5	0,4	107	30,9	0,6	6,44	43,1
Rückstände gesamt	445 508	4,6	100,0	17 287	-11,7	100,0	3,88	-15,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Bei den Gesamtrückständen dominieren neben der Umsatzsteuer die veranlagte Einkommensteuer sowie die Körperschaftsteuer, deren Gesamtgewicht an den Rückständen aller Besitz- und Verkehrsteuern am 31. Dezember 2011 bei 76,6 % lag.

Die Rückstandsquote von 17,03 % bei der veranlagten Einkommensteuer vermittelt ein verzerrtes Bild, da hier das Kassensoll bereits um verschiedene Abzüge (Eigenheimzulage, Investitionszulage, Arbeitnehmererstattungen) gemindert ist. Vor Abzug ergibt sich eine Rückstandsquote von unter 12 %. Absolut weist die veranlagte Einkommensteuer mit circa 7 Mrd. € die höchsten Rückstände auf.

Die nachstehende tabellarische Übersicht zeigt die Ergebnisse der Rückständestatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 2007 bis 2011.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2011

Tabelle 7: Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

	Rück-	in den vergangenen 12 Monaten					Rückstände	von den Rückständen sind:		
Stand am 31.12.	stände im Vorjahr	Soll- stellungen	Kassensoll Sp. 2+3	Kassenein- nahmen	Erlass	Nieder- schla-	31.12. Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7	gestundet	ausgesetzt	echte Rück-
					in A	gungen	3p.31011			stände
4	2			-		/lio. €	0		10	4.4
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Lohnsteuer		400 504	404000	400 507		400	47.4	-		
2007	649		164230	163 587	3	166	474	3		27
2008	474		173 459	172 809	11	146	492	8		28
2009	492		170877		22	238	457	6	218	23
2010	457		165 821	165 157	27	157	480	5		22
2011	480	176 438	176918	176 168	27	109	613	4	221	38
2. Veranlagte Einkommensteuer										
2007	6 8 8 9	28 884	35 773	27 289	51	1 256	7 178	302	3 820	3 05
2008	7 1 7 8	35 650	42 827	34548	131	1 214	6 935	468	3 696	277
2009	6 935	30 030	36964	27 899	241	1 375	7 448	1 168	3 605	2 67
2010	7 448	34 028	41 477	32 305	352	1 273	7 548	1 259	3 699	2 59
2011	7 548	33 592	41 140	32 544	401	1 189	7 005	1 383	3 255	236
3. Körperschaftsteuer										
2007	2 5 1 8	23 363	25 881	22 995	7	303	2 5 7 6	54	1 858	66
2008	2 576	16 990	19 566	16 299	8	240	3 019	127	2 385	50
2009	3 019	8 010	11 028	7 3 6 6	6	657	2 999	108	2 560	33
2010	2 999	11 521	14519	12 258	8	238	2016	125	1 525	36
2011	2 016	16 005	18 021	15 699	10	224	2 087	326	1 383	37
4. Umsatzsteuer										
2007	3 611	130 631	134241	127 566	41	2 257	4377	142	1 562	2 67
2008	4377	133 353	137 730	130 882	157	2 583	4108	236	1 235	2 63
2009	4 108	145 014	149 121	141 937	325	3 140	3 720	130	1 062	2 52
2010	3 720	140 670	144 390	136 743	401	2 906	4341	155	1 236	2 95
2011	4341	142 677	147 018	138 968	405	3 487	4157	123	1387	2 64
5. Erbschaftsteuer										
2007	658	4387	5 044	4 198	0	22	824	62	587	17
2008	824	4714	5 538	4764	1	16	758	65	561	13
2009	758	4882	5 640	4 5 4 8	1	19	1 072	109	852	11
2010	1 072	4 685	5 757	4 401	3	31	1 321	73	1 115	13
2011	1 321	4 2 7 2	5 593	4 2 4 5	2	18	1 328	112	1 082	13
6. Kraftfahrzeugsteuer										
2007	187	8 919	9 106	8 879	0	32	194	2	4	18
2008	194	8 800	8 995	8 832	1	26	136	1	1	13
2009	136	7 654	7 790	7 651	1	24	113	1	1	11
2010	113	8 477	8 590	8 468	1	22	99	1	0	9
2011	99	8 440	8 540	8 408	1	19	111	1	0	11

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

# Bundespolitik und Kommunalfinanzen

- Die Entwicklung der Kommunalfinanzen ist durch stark schwankende Finanzierungssalden geprägt, insbesondere als Folge der äußerst konjunkturreagiblen Gewerbesteuereinnahmen. Die Diskussion zur Umgestaltung des kommunalen Steuersystems wird weiterhin geführt werden müssen.
- Mit der Entlastung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, dem zusätzlichen Engagement beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und einer Reihe weiterer Maßnahmen leistet der Bund einen deutlichen und nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation.

1	Zusammenfassung	33
2	Kommunale Finanzsituation	34
2.1	Finanzierungssalden	34
	Gewerbesteuereinnahmen	
2.3	Sozialausgaben	35
	Sachinvestitionen	
2.5	Kassenkredite	37
3	Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen	40
3.1	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	40
	Rechtsetzung	
3.3	Soziales	41
3.4	Ausbau der Kinderbetreuung	42
	Raumordnung, Stadtentwicklung und demografischer Wandel	
	Cemeindeantail an der Finkommensteuer	

# 1 Zusammenfassung

Der Finanzierungssaldo der Kommunen insgesamt ist starken Schwankungen unterworfen. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die äußerst hohe Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuereinnahmen. Nach hohen Defiziten in den Krisenjahren 2009 und 2010 hat sich die finanzielle Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise insgesamt deutlich verbessert. Ab dem Jahr 2012 werden wieder Überschüsse erwartet.

Auf der Ausgabenseite wird die Entwicklung der Finanzierungssalden wesentlich von den Ausgaben für soziale Leistungen beeinflusst. Als Ergebnis der Gemeindefinanzkommission wird der Bund den Kommunen die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab dem Jahr 2014 vollständig erstatten. Im Rahmen der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags hat der Bund zudem zugesagt, den Erstattungsmechanismus zugunsten der Kommunen zu ändern. In der Summe führen diese beiden Maßnahmen in den Jahren 2012 bis 2016 zu einer Entlastung von insgesamt fast 20 Mrd. €. Die Kommunen werden nachhaltig und aufgrund der demografischen Entwicklung in steigendem Umfang entlastet. Insbesondere finanzschwache Kommunen profitieren von der Kostenübernahme durch den Bund, der seine finanzielle Beteiligung auch beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige (U3) aufstockt. Damit unterstreicht die Bundesregierung die große Bedeutung, die sie der kommunalen Ebene und deren Finanzsituation beimisst. Die Entlastungen durch den Bund tragen

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

zur Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen bei, die nach der Finanzverfassung in die Zuständigkeit der Länder fällt.

Die Kassenkreditbestände erhöhen sich Jahr für Jahr, auch in Zeiten mit insgesamt hohen Finanzierungsüberschüssen für die Kommunen. Dies zeigt, dass sich die Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen zunehmend verstetigt. Deshalb haben zahlreiche Länder Entschuldungs- und Konsolidierungsprogramme auf den Weggebracht.

Die Diskussion zur Umgestaltung des kommunalen Steuersystems wird weiterhin geführt werden müssen; umsetzbare Alternativen sind vorhanden. Ein Einvernehmen hinsichtlich der Weiterentwicklung des kommunalen Steuersystems ist zurzeit mit der kommunalen Ebene jedoch nicht möglich.

## 2 Kommunale Finanzsituation

## 2.1 Finanzierungssalden

Die Wirtschaftskrise wirkte sich 2009 und 2010 auch auf die Kommunen aus. Die hohen Defizite gingen wesentlich auf die geringeren Steuereinnahmen und auf stärker steigende Sozialausgaben zurück.

Im Jahr 2011 hat sich die finanzielle Lage der Kommunen insgesamt deutlich verbessert. Die Kommunen haben wie Bund und Länder von der guten Konjunktur profitiert. Die kommunalen Steuereinnahmen erhöhten sich um 9,2%, die Gewerbesteuereinnahmen netto (ohne Stadtstaaten) stiegen um 13,5%. Die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich im Jahr 2011 mit 3,2% etwas geringer als in den Vorjahren (2009: +4,9%; 2010: +3,6%). Das Defizit im Jahr 2011 konnte so auf 1,7 Mrd. € begrenzt werden – nach Defiziten von 6,9 Mrd. € im Jahr 2010 und 7,5 Mrd. € im Jahr 2009.

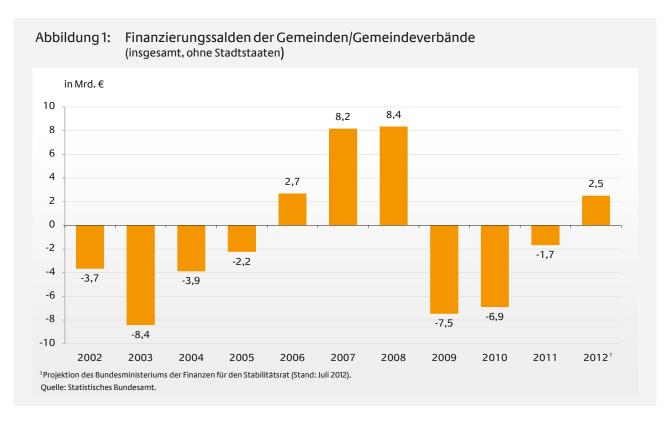
Für 2012 geht die Projektion des Bundesministeriums der Finanzen für den Stabilitätsrat für die Kommunen insgesamt von einem Überschuss von 2½ Mrd. € aus. Diese positive Einschätzung wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden geteilt (zur Entwicklung der Finanzierungssalden vergleiche Abbildung 1).

Auch über einen längeren Zeitraum betrachtet ist die Entwicklung der Kommunalfinanzen durch stark schwankende Finanzierungssalden geprägt. Ursächlich hierfür sind kommunale Steuereinnahmen – insbesondere die äußerst konjunkturreagiblen Gewerbesteuereinnahmen –, die in der Krise regelmäßig wegbrechen und im Aufschwung zunehmen. Diesen unstetigen Einnahmen stehen stetige Ausgabenerfordernisse im sozialen Bereich gegenüber.

Einfluss auf die Entwicklung der Finanzierungssalden haben auch die Einnahmen der Kommunen aus allgemeinen Landeszuweisungen, da diese mit einer zeitlichen Verzögerung auf die Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder reagieren. Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entwickelt sich – in der Regel aber mit geringeren Ausschlägen als bei der Gewerbesteuer – in Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung. Stabil und stetig steigend sind die Einnahmen aus der Grundsteuer und die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Darüber hinaus gibt es Sondereffekte durch Vermögensveräußerungen oder Vermögenserwerb in einzelnen Städten, die auf die Finanzierungssalden durchschlagen.

Bund und Länder haben sich auf Eckpunkte einer innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags verständigt. Die Obergrenze für das gesamtstaatliche strukturelle Defizit von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in Höhe von maximal 0,5 % des BIP wird im Haushaltsgrundsätzegesetz entsprechend

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN



den Vorgaben des Fiskalvertrags und des Stabilitäts- und Wachstumspakts festgelegt. Die Länder tragen im Rahmen des Fiskalvertrags die Verantwortung für ihre Kommunen.

#### 2.2 Gewerbesteuereinnahmen

Die Einnahmen aus der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer schwanken stark (vergleiche Abbildung 2) und beeinflussen den jeweiligen Finanzierungssaldo entsprechend.

Im geltenden Recht entfallen rund 57% der kommunalen Steuereinnahmen auf volatile Komponenten (Gewerbesteuer 45,4% sowie auf Gewinneinkünfte entfallender kommunaler Einkommensteueranteil 11,4%). Rund 43% der kommunalen Steuereinnahmen sind grundsätzlich stabil (Grundsteuer, Umsatzsteueranteil sowie auf Überschusseinkünfte entfallender kommunaler Einkommensteueranteil).

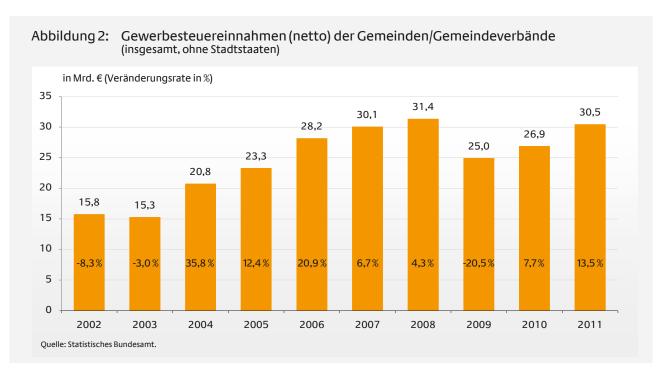
Die Diskussion zur Neugestaltung des kommunalen Steuersystems wird

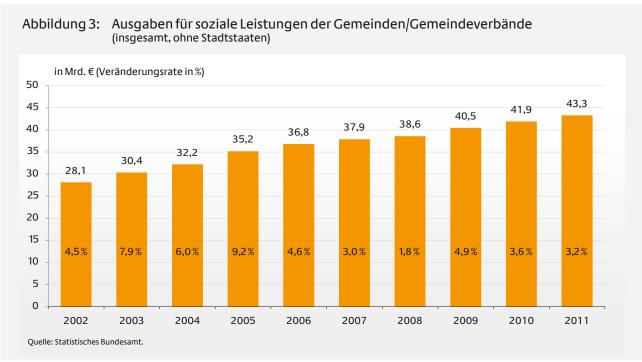
weitergeführt werden müssen. Das
Bundesministerium der Finanzen hält
eine Verstetigung der kommunalen
Steuereinnahmen nach wie vor für
notwendig. Alternativen wurden in der
Gemeindefinanzkommission erörtert.
Deren Umsetzung würde zu deutlich mehr
Stetigkeit führen, und zwar ohne befürchtete
Umverteilungen zu Lasten von Kernstädten.
Das Bundesministerium der Finanzen muss
jedoch zur Kenntnis nehmen, dass zum
gegenwärtigen Zeitpunkt hinsichtlich
der Weiterentwicklung des kommunalen
Steuersystems mit der kommunalen Ebene
kein Einvernehmen herzustellen ist.

#### 2.3 Sozialausgaben

Die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen nehmen stetig zu (vergleiche Abbildung 3). Bei guter konjunktureller Entwicklung erhöhen sich die Ausgaben für soziale Leistungen in geringerem Umfang. In Krisenzeiten fällt – einhergehend mit sinkenden Gewerbesteuereinnahmen –

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN





das Wachstum der Ausgaben für soziale Leistungen stärker aus.

Als Ergebnis der Gemeindefinanzkommission und im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags hat der Bund eine deutliche und nachhaltige Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zugesagt. Das Entlastungsvolumen beträgt allein im Zeitraum 2012 bis 2016 insgesamt etwa 20 Mrd. €. Die Entlastung der Kommunen wird wegen der demografiebedingten Dynamik der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in den folgenden

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Jahren noch deutlich anwachsen. Darüber hinaus wird sich der Bund beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige noch stärker engagieren (im Einzelnen siehe Kapitel 3).

Aufgrund der genannten Maßnahmen des Bundes dürfte sich die kommunale Finanzsituation in den nächsten Jahren nachhaltig verbessern.

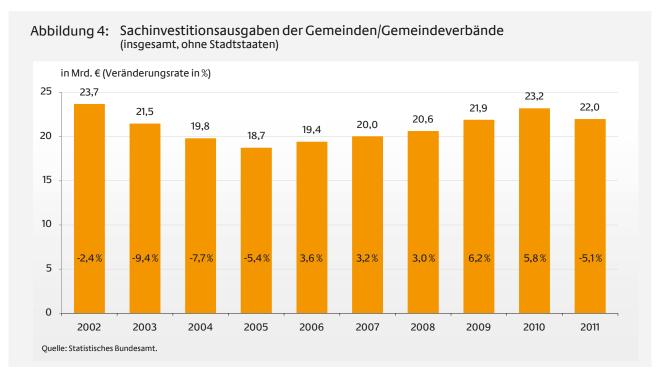
#### 2.4 Sachinvestitionen

Für die Kommunen sind insbesondere die Investitionsausgaben unmittelbar und kurzfristig gestaltbar. Sie können den unstetigen Einnahmen mit einer Anpassung ihrer Investitionstätigkeit begegnen, die dann jedoch prozyklisch wirkt. 2009 und 2010 wurde diese prozyklische Entwicklung im Rahmen des erfolgreichen Zukunftsinvestitionsgesetzes durch Bundesmittel in Höhe von 10 Mrd. € verhindert, die weit überwiegend für kommunale Investitionen eingesetzt wurden (zur Entwicklung vergleiche Abbildung 4).

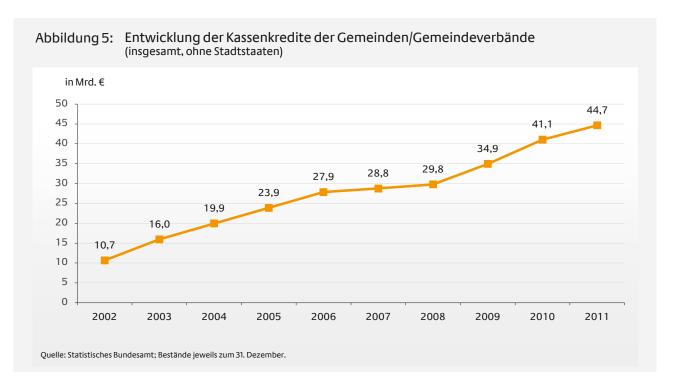
#### 2.5 Kassenkredite

Neben dem Finanzierungssaldo ist die Entwicklung der kommunalen Kassenkreditbestände bedeutsam für die kommunale Finanzsituation (zur Entwicklung vergleiche Abbildung 5). Auch in Jahren mit positiven Entwicklungen der Finanzierungssalden bis hin zu Rekordüberschüssen waren bei den kommunalen Kassenkrediten Zuwächse zu verzeichnen. In konjunkturell guten Zeiten haben sich lediglich die Zuwachsraten vermindert.

Kassenkredite waren ursprünglich für die kurzzeitige Überbrückung von Liquiditätsengpässen gedacht. In vielen Fällen werden Kassenkredite inzwischen jedoch zur dauerhaften Finanzierung laufender Ausgaben in Anspruch genommen. Der ungebrochene Zuwachs der Kassenkreditbestände zeigt, dass den Kommunen mit Finanzierungsüberschüssen Kommunen gegenüberstehen, die selbst bei insgesamt



BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN



positiver wirtschaftlicher Entwicklung nicht in der Lage sind, ihre laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen zu finanzieren.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung im Jahr 2011 ist eine immer stärkere Spreizung der finanziellen Lage zwischen den einzelnen Kommunen zu verzeichnen. Dies zeigt sich insbesondere an der Entwicklung der Kassenkredite, deren Volumen permanent ansteigt und zum Stichtag 31. Dezember 2011 rund 45 Mrd. € betrug.

Annähernd die Hälfte der Kassenkredite – rund 22 Mrd. € – wurde im Jahr 2011 von einer Anzahl von Kommunen in Nordrhein-Westfalen in Anspruch genommen. Neben Nordrhein-Westfalen konzentrieren sich die Kassenkredite – ebenfalls mit regionalen Schwerpunkten – vor allem auf Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und das Saarland (vergleiche Tabelle 1). Aus Sicht des Bundes ist zu begrüßen, dass betroffene Länder Entschuldungs- beziehungsweise Konsolidierungsprogramme auf den Weg gebracht haben, um der weiteren

Verschuldung der Kommunen durch Kassenkredite entgegenzuwirken und die Kommunen beim Abbau der hohen Kassenkreditbestände zu unterstützen.

Die Erhöhung der kommunalen Gesamtverschuldung ging im Zehnjahreszeitraum 2002 bis 2011 nahezu ausschließlich auf die steigende Inanspruchnahme der Kassenkredite zurück. Im Rückgang der Kreditmarktschulden dürfte sich neben Konsolidierungserfolgen auch die Investitionsschwäche insbesondere finanzschwacher Kommunen zeigen (vergleiche Abbildung 6).

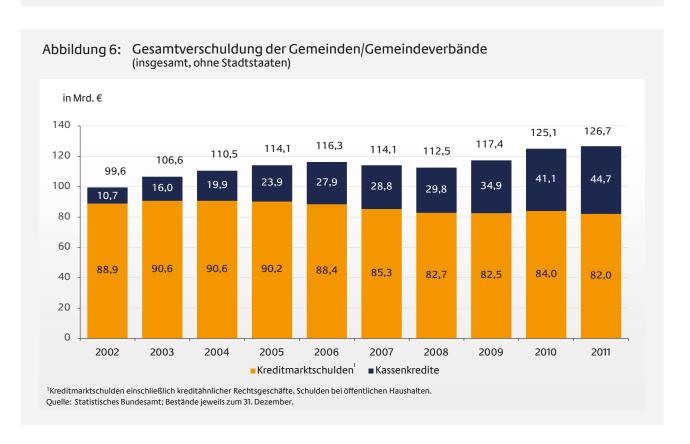
Der Anteil der Kassenkredite an der kommunalen Gesamtverschuldung erhöht sich immer weiter. Auch dies zeigt die zunehmende Verfestigung der Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen. Die Länder sind zur Behebung solcher Ungleichgewichte gefordert. Sie verfügen mit dem kommunalen Finanzausgleich auch über das geeignete Instrument.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Tabelle 1: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände im Jahr 2011 nach Ländern (insgesamt, ohne Stadtstaaten)

	in Mio. €	in € je Einwohner
Deutschland	44 673	589
Alte Länder	42 240	670
Neue Länder	2 433	190
Saarland	1 801	1 775
Rheinland-Pfalz	5 775	1 444
Nordrhein-Westfalen	22 063	1 237
Hessen	6 3 6 9	1 048
Niedersachsen	4982	629
Sachsen-Anhalt	921	396
Brandenburg	802	321
Mecklenburg-Vorpommern	524	320
Schleswig-Holstein	749	264
Thüringen	134	60
Bayern	361	29
Baden-Württemberg	141	13
Sachsen	52	12

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bestände jeweils zum 31. Dezember.



BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

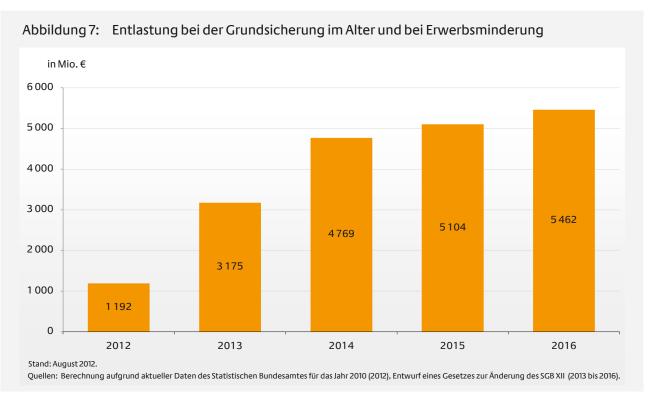
## 3 Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen

# 3.1 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Als Ergebnis der im Jahr 2011 abgeschlossenen Gemeindefinanzkommission hat der Bund zugesagt, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Nettoausgaben des Vorvorjahres ab dem Jahr 2012 schrittweise und ab dem Jahr 2014 vollständig zu erstatten. Die erste Entlastungsstufe wurde bereits mit Inkrafttreten des Finanzkraftstärkungsgesetzes zum 1. Januar 2012 umgesetzt und umfasst im Jahr 2012 ein Volumen von etwa 1,2 Mrd. €.

Im Rahmen der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags haben sich Bund und Länder im Juni 2012 zudem darauf verständigt, mit dem Erhöhungsschritt für das Jahr 2013 den Übergang von der bisherigen Erstattungsberechnung auf der Grundlage der Nettoausgaben des Vorvorjahres zur zukünftigen Erstattungsberechnung auf der Grundlage der Nettoausgaben des jeweils laufenden Kalenderjahres vorzunehmen. Das auf diese neue Berechnungsweise entfallende Entlastungsvolumen steigt von über 550 Mio. € im Jahr 2013 auf rund 800 Mio. € im Jahr 2016 an und wird sich in diesem Zeitraum auf insgesamt etwa 2,8 Mrd. € summieren.

Die schrittweise Erhöhung der Bundesbeteiligung wie auch die geänderte Berechnungsmethode zusammen führen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Zeitraum 2012 bis 2016 zu einer Entlastung von insgesamt etwa 20 Mrd. €. Der Bund leistet damit einen deutlichen und vor allem nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation. Bis zum Jahr 2015 wird die jährliche Entlastung auf über 5 Mrd. € anwachsen und sich damit gegenüber dem Jahr 2012 mehr als vervierfacht haben. Aufgrund der zu erwartenden Dynamik der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dürfte diese Maßnahme des Bundes mittel- bis langfristig sogar eine noch größere Bedeutung erlangen. Von der Entlastung der kommunalen Ebene



BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

profitieren insbesondere finanzschwache Kommunen mit einer angespannten Finanzsituation.

Da es aus verfassungsrechtlichen Gründen keine direkten Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen gibt, kann der Bund Zahlungen nur an die Länder leisten. Es liegt in der Verantwortung und Zuständigkeit eines jeden Landes, die ihm zufließende Erstattungszahlung des Bundes auf die Träger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufzuteilen und an diese weiterzuleiten.

#### 3.2 Rechtsetzung

Im Bereich der Rechtsetzung hatte sich die zuständige Arbeitsgruppe der Gemeindefinanzkommission in ihrem Abschlussbericht auf die Prüfung von sieben Handlungsempfehlungen verständigt. Ein Teil der Handlungsempfehlungen konnte bereits im Jahr 2011 erfolgreich umgesetzt werden. So wurde die Beteiligung der Kommunen bei der Rechtsetzung des Bundes durch eine Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien verbessert, den kommunalen Spitzenverbänden der Zugang zur ZEUS-Datenbank ("Zentraler EU-Dokumenten Server") des EU-Ratssekretariats beim Auswärtigen Amt gewährt und die Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände am Arbeitskreis "Quantifizierung" zu Kostenfolgenabschätzungen von Steuergesetzen intensiviert.

Im Jahr 2012 hat der Deutsche Bundestag die Handlungsempfehlung umgesetzt, die kommunalen Spitzenverbände bei öffentlichen Anhörungen zu privilegieren, und eine entsprechende Änderung seiner Geschäftsordnung verabschiedet. Danach müssen die auf Bundesebene bestehenden kommunalen Spitzenverbände bei der Beratung von Angelegenheiten, die wesentliche Belange der Kommunen berühren, von den jeweils federführenden Bundestagsausschüssen stärker

eingebunden werden als bisher. Den kommunalen Spitzenverbänden ist danach bei nichtöffentlichen Ausschusssitzungen vor der Beschlussfassung im Ausschuss Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und bei öffentlichen Anhörungssitzungen die Teilnahme zu ermöglichen.

Somit sind vier von sieben Handlungsempfehlungen aus der Arbeitsgruppe "Rechtsetzung" der Gemeindefinanzkommission umgesetzt.

Noch nicht abgeschlossen ist die Umsetzung der Handlungsempfehlungen zur Auswahl eines geeigneten Gesetzgebungsvorhabens für ein Pilotprojekt zur länderbezogenen Kostenfolgenabschätzung bei Geldleistungsgesetzen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, zur Benennung von Ansprechpartnern für die Kommunen in EU-Angelegenheiten durch alle Länder (neun Länder haben die Handlungsempfehlung bereits umgesetzt) und zur Erhöhung der Anzahl der kommunalen Mandate im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union. Zu Letzterem bedarf es einer Entscheidung des EU-Ministerrats über die Delegiertenanzahl des Ausschusses der Regionen, die derzeit noch aussteht.

#### 3.3 Soziales

Besonders im sozialen Bereich profitieren die Kommunen von dem zum 1. Juli 2011 eingeführten Bundesfreiwilligendienst. Diese im Zusammenhang mit der Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes geschaffene Möglichkeit freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements stellt eine Erfolgsgeschichte dar. Bisher haben schon mehr als 48 000 Frauen und Männer aller Altersgruppen einen Vertrag unterschrieben und engagieren sich für das Allgemeinwohl. Der enorme Zuspruch aus der Bevölkerung und auch die erweiterten Einsatzmöglichkeiten wie Sport, Integration, Kultur und Bildung haben es den Städten und Gemeinden ermöglicht, eine hohe Zahl von Einsatzstellen zu schaffen und zu besetzen. Im

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Jahr 2012 stellt der Bund hierfür 250 Mio. € zur Verfügung, die durch weitere 100 Mio. € für das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr komplettiert werden.

Im Rahmen der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags haben sich Bund und Länder u. a. darauf verständigt, in der nächsten Legislaturperiode unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein neues Bundesleistungsgesetz zu erarbeiten und in Kraft zu setzen, das die rechtlichen Vorschriften zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen in der bisherigen Form ablöst.

#### 3.4 Ausbau der Kinderbetreuung

Bund, Länder und Kommunen hatten in der vergangenen Legislaturperiode ein Gesamtpaket zum bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren beschlossen. Demnach stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € bereit, wovon 2,15 Mrd. € in Investitionsmaßnahmen fließen und 1,85 Mrd. € für die Betriebskosten vorgesehen sind. Ab 2014 beteiligt sich der Bund auf Dauer jährlich mit 770 Mio. € an den zusätzlichen Betriebskosten.

Im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags hat der Bund sein finanzielles Engagement beim Ausbau der U3-Kinderbetreuung noch einmal deutlich erhöht. So übernimmt der Bund nun zusätzlich zu den bereits bisher zugesagten 4 Mrd. € einmalig weitere Investitionskosten in Höhe von 580,5 Mio. € und erhöht seine Beteiligung an den Betriebskosten dauerhaft um 75 Mio. € pro Jahr. Damit trägt er zur Schaffung von 30 000 zusätzlichen Betreuungsplätzen bei, womit sich das Ausbauziel auf insgesamt 780 000 Plätze erhöht. Die Bundesbeteiligung an den Betriebskosten erfolgt über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern zugunsten der Länder.

Darüber hinaus trägt das Aktionsprogramm "Kindertagespflege" dazu bei, mehr Personal für die Tagespflege zu gewinnen und das Berufsbild insgesamt aufzuwerten. Das im Frühjahr 2012 zusätzlich aufgelegte 10-Punkte-Programm "Kindertagesbetreuung 2013" soll u. a. die Festanstellung von Tagespflegepersonen fördern und den Kommunen Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau anbieten, die der Bund durch einen Zinszuschuss unterstützt.

Mit den genannten Maßnahmen leistet der Bund einen umfassenden und nachhaltigen Beitrag, um bis zum In-Kraft-Treten des Rechtsanspruchs zum 1. August 2013 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu erreichen.

Im Zuge des quantitativen Ausbaus der Kinderbetreuung für unter Dreijährige investiert die Bundesregierung aber auch in die qualitative Weiterentwicklung der Betreuungsangebote. So setzt das Programm "Offensive Frühe Chancen" (2011 bis 2014) einen Schwerpunkt in der sprachpädagogischen Bildungsarbeit, insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Bundesweit sollen 4 000 Kindertageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten beziehungsweise mit einem hohen Anteil von Kindern mit Sprachförderbedarf zu Schwerpunkt-Kitas ausgebaut und mit zusätzlichen Fachkräften ausgestattet werden.

## 3.5 Raumordnung, Stadtentwicklung und demografischer Wandel

Eines der wichtigsten Instrumente des Bundes zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung ist die Städtebauförderung. Der Bund stellt Ländern und Gemeinden im Programmjahr 2012 wiederum 455 Mio. € für Stadtentwicklungsvorhaben zur Verfügung. Die einzelnen Programme widmen sich unterschiedlichen Schwerpunkten wie "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren", "Städtebaulicher Denkmalschutz" und "Kleinere Städte und Gemeinden". Mit dem letztgenannten Förderprogramm sollen Klein- und Mittelstädte in ländlichen Gebieten dabei unterstützt werden, die zentralörtlichen

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Versorgungsfunktionen öffentlicher Daseinsvorsorge dauerhaft, bedarfsgerecht und auf hohem Niveau bereitzustellen.

Die Bundesregierung hat im Juli 2012 einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts verabschiedet. Mit Änderungen im Baugesetzbuch und in der Baunutzungsverordnung sollen die Stadtzentren und gewachsenen Ortskerne gefestigt werden. Diese stellen Schlüsselfaktoren für die Stadtentwicklung dar und sind für eine Identifikation der Bürger mit ihren Städten und Gemeinden unverzichtbar. Es ist daher ein erklärtes Ziel der Städtebaupolitik des Bundes, die Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden zu stärken. Mit der Einführung flexiblerer Regelungen zur weiteren Stärkung der Innenentwicklung von Städten und Gemeinden sollen die Kommunen mehr Verantwortung und damit auch Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Auch mit der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die ländlichen Räume unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Entwicklungspotenziale zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Hierzu wurde eine zweite Fördergebietskulisse mit dem Schwerpunkt "ländliche Räume" eingeführt. Die GRW-Mittel wurden um 33 Mio. € auf jährlich 570 Mio. € erhöht. Die neugeschaffenen Fördermöglichkeiten wie Regionalbudget oder Experimentierklausel stärken die Verantwortung der Menschen vor Ort. Im Infrastrukturbereich werden interkommunale Kooperationen und regionale Entwicklungsstrategien gefördert.

In Umsetzung der Breitbandstrategie der Bundesregierung wurde die Versorgung mit Breitbandanschlüssen weiter vorangetrieben. Die Novelle zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes, die Weiterentwicklung des Infrastrukturatlas sowie die Einrichtung des Breitbandbüros

der Bundesregierung und von Kompetenzzentren in den Ländern haben die Rahmenbedingungen für die Kommunen weiter verbessert. Die Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) sowie "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) ermöglichen seit 2008 beziehungsweise seit 2009 die Breitbandförderung, die mehrfach bedarfsgerecht angepasst wurde. Neben der Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke ist auch die Verlegung von Leerrohren förderfähig, womit Ländern und Kommunen der beihilfekonforme Ausbau passiver Infrastrukturen erleichtert wird. In Modellprojekten wurde beispielhaft gezeigt, wie der Ausbau von Hochleistungsnetzen unter Synergienutzung auch in kleinen Gemeinden erfolgen kann.

Mit dem Aktionsprogramm "Regionale Daseinsvorsorge" unterstützt der Bund ausgewählte Modellregionen im ländlichen Raum darin, sich innovativ den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und mit einer Regionalstrategie erforderliche Infrastrukturanpassungen vorausschauend und kooperativ zu gestalten. Hierfür stellt der Bund im Zeitraum 2011 bis 2014 etwa 7 Mio. € zur Verfügung.

Der demografische Wandel beschäftigt die Kommunen in vielfältiger Weise. Die Bundesregierung hat im April 2012 eine unter Beteiligung von Ländern und Kommunen erarbeitete Demografiestrategie beschlossen. Eines der Handlungsfelder besteht darin, die Lebensqualität in ländlichen Räumen und die integrative Stadtpolitik zu fördern. Hierzu formuliert die Demografiestrategie konkrete Ziele und zeigt Maßnahmen zu deren Verwirklichung auf, die von Bund, Ländern und Kommunen, Verbänden, Sozialpartnern und anderen Akteuren gemeinsam zu realisieren sind. Der Dialogprozess wird mit regelmäßigen Demografiegipfeln fortgesetzt.

Eine der wichtigsten Leistungen des deutschen Gesundheitssystems ist die wohnortnahe,

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

bedarfsgerechte und flächendeckende medizinische Versorgung. Mit dem Ende 2011 verabschiedeten Versorgungsstrukturgesetz in der gesetzlichen Krankenversicherung wurden umfassende Maßnahmen auf den Weg gebracht, die eine gute und flächendeckende Versorgung auch für die Zukunft sichern. Das Gesetz steuert demografiebedingten Versorgungsengpässen rechtzeitig entgegen und verbessert gezielt die medizinische Versorgung.

## 3.6 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Alle drei Jahre werden die Verteilungsschlüssel des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf eine neue statistische Basis gestellt. Bei der Ermittlung der Verteilungsschlüssel werden die Einkommensteuerbeträge zugrunde gelegt, die auf zu versteuernde Einkommen bis zu bestimmten Höchstbeträgen entfallen. Diese Höchstbeträge werden bei jeder Umstellung der Verteilung auf die aktuellen statistischen Daten auf der Grundlage von Modellrechnungen daraufhin überprüft, ob sie den Zielen der

Gemeindefinanzreform (Verteilung auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen der Einwohner, Verringerung der Steuerkraftunterschiede zwischen Gemeinden gleicher Funktion und Größe, Wahrung des Steuerkraftgefälles zwischen großen und kleinen Gemeinden) entsprechen oder ob Änderungen erforderlich sind.

Die Höchstbeträge sind dabei ein Instrument, mit dem versucht wird, sich eventuell ergebende Zielkonflikte auszugleichen. Die aktuellen Modellrechnungen haben ergeben, dass mit einer Anhebung der Höchstbeträge auf 35 000 € für einzeln veranlagte Steuerpflichtige und auf 70 000 € für zusammen veranlagte Ehegatten den Zielen der Gemeindefinanzreform am ehesten entsprochen wird. Dadurch wird u.a. sichergestellt, dass nach wie vor im Bundesdurchschnitt rund 60 % des örtlichen Aufkommens an Einkommensteuer verteilungsrelevant sind. Damit wurde auch den Voten der betroffenen zwei kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene entsprochen.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die industrielle Aktivität hat zu Beginn des 3. Quartals unerwartet deutlich zugenommen.
- Die Außenhandelstätigkeit zeigt sich in robuster Verfassung.
- Der private Konsum dürfte auch in der 2. Jahreshälfte Wachstumsstütze bleiben.
- Der Verbraucherpreisindex ist im August leicht angestiegen.

Die deutsche Industrie ist unerwartet stark in das 3. Quartal gestartet. Gleichwohl spricht die seit mehreren Monaten anhaltende Stimmungseintrübung bei den Unternehmen für ein nachlassendes Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte.

Im 2. Quartal hat sich mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 % (preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) die Zunahme der Wirtschaftsleistung etwas abgeschwächt. Die Wachstumsimpulse kamen vom privaten Konsum und von den Nettoexporten. Der Außenbeitrag profitierte davon, dass es in preisbereinigter Rechnung bei einem deutlichen Anstieg der Importe gleichzeitig zu einer noch stärkeren Zunahme der Exporte kam. Der private Konsum wurde durch den Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter als Folge eines weiteren Beschäftigungsaufbaus und von Tariflohnerhöhungen gestützt. Dies führte ebenfalls zu einem spürbaren Plus der Einnahmen aus der Lohnsteuer. Die Zunahme der Binnennachfrage wurde jedoch durch deutlich rückläufige Ausrüstungsinvestitionen gebremst; hier haben sich möglicherweise Verunsicherungen im Zusammenhang mit der Schuldenkrise im Euroraum ausgewirkt.

Die Gesamtheit der Wirtschaftsdaten deutet darauf hin, dass sich das Wirtschaftswachstum im weiteren Jahresverlauf gegenüber der unerwartet günstigen Entwicklung in der 1. Jahreshälfte abschwächen dürfte. Zwar

zeigten einige "harte" Konjunkturindikatoren am aktuellen Rand unerwartet günstige Ergebnisse, aber die Unternehmensstimmung trübte sich weiter ein. So verschlechterten sich bei den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate das vierte Mal in Folge (Umfrage des ifo Instituts). Auch die Dienstleistungsunternehmen schätzten ihre Geschäftsaussichten bereits den dritten Monat in Folge deutlich ungünstiger ein. Ungünstigere Aussichten hinsichtlich der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung sprechen ebenfalls für eine Belastung der konjunkturellen Entwicklung Deutschlands in den nächsten Monaten.

Der Außenhandel zeigt sich zu Beginn des 3. Quartals jedoch in einer robusten Verfassung. So stiegen die nominalen Warenexporte im Juli leicht an (saisonbereinigt + 0,5 % gegenüber Juni), nachdem sie im Juni zurückgegangen waren. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich damit weiterhin eine Aufwärtstendenz. Auch im Zeitraum von Januar bis Juli 2012 wurde das nominale Ausfuhrergebnis (nach Ursprungswerten) des entsprechenden Vorjahreszeitraums spürbar überschritten. Dabei fiel die Zunahme von Ausfuhren in Drittländer besonders hoch aus (+11,8%), während die Exporte in den Euroraum leicht rückläufig waren (-0,6%).

Die nominalen Warenimporte stiegen im Juli etwas stärker als die Exporte an, nachdem

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

sie im Juli deutlich gesunken waren. Im Zweimonatsvergleich sind die Importe damit weiterhin leicht aufwärtsgerichtet. Auch im Zeitraum von Januar bis Juli dieses Jahres konnte das nominale Wareneinfuhrergebnis gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode merklich ausgeweitet werden. Dabei nahmen die Einfuhren sowohl aus den Ländern der Europäischen Union als auch aus dem Euroraum stärker zu als die aus Drittländern. Die Handelsbilanz wies nach Ursprungswerten im Zeitraum Januar bis Juli einen Überschuss von 110,3 Mrd. € auf und fiel damit deutlich höher aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei war der deutsche Handelsbilanzsaldo mit Ländern aus dem Euroraum im Juli das erste Mal seit Bestehen der Europäischen Währungsunion leicht negativ.

Insgesamt zeigt sich die deutsche Außenhandelstätigkeit trotz der spürbaren Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos zu Beginn des 3. Quartals in einer guten Verfassung. Dabei erhält die deutsche Ausfuhrtätigkeit vor allem Impulse vom Handel mit Ländern außerhalb der Europäischen Union. Dies dürfte zum einen mit der immer noch günstigen wirtschaftlichen Situation in den Schwellenländern sowie einer moderaten wirtschaftlichen Entwicklung in den USA zusammenhängen, während die Abschwächung der Nachfrage im Euroraum die deutschen Exporteure weiterhin belastet. Zum anderen ergibt sich aufgrund der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (sowie anderen Währungen) zu Beginn des 3. Quartals eine Verbesserung der Wettbewerbssituation Deutschlands gegenüber anderen Handelspartnern außerhalb des Euroraums. Mittlerweile hat der Euro gegenüber dem US-Dollar jedoch wieder leicht aufgewertet. Darüber hinaus führte die globale konjunkturelle Abschwächung zu einer spürbaren Verbilligung von Rohstoffen am aktuellen Rand. Der damit einhergehende Rückgang von Importpreisen führte dazu, dass Importe dem Werte nach gedämpft wurden. Dies zeigt sich auch in einem deutlich geringeren Anstieg der

nominalen Warenimporte aus Drittländern im Vergleich zum Euroraum. Im aktuellen Monat waren Importe aus Ländern außerhalb der Europäischen Union sogar stark rückläufig, während Einfuhren aus dem Euroraum sehr deutlich zunahmen.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte vor dem Hintergrund einer weiteren Eintrübung der Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand (OECD Composite Leading Indicator, ifo Exporterwartungen) mit einer gewissen Abschwächung der Exportdynamik in Deutschland zu rechnen sein. Auch die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der OECD prognostizierte ungünstigere Entwicklung der Weltwirtschaft im Vergleich zu den Einschätzungen vom Frühjahr deutet in diese Richtung.

Nach der Abschwächung der Industrieindikatoren zum Ende des 2. Quartals hat die industrielle Aktivität zu Beginn des 3. Quartals überraschend an Dynamik gewonnen. Dabei stieg die Industrieproduktion im Juli um saisonbereinigt 1,7% gegenüber dem Vormonat an. Insbesondere im Investitionsgüterbereich konnte die industrielle Erzeugung deutlich gesteigert werden. Trotz des Rückgangs im Vormonat ist die Produktion in der Industrie aufwärtsgerichtet. Auch der Umsatz in der Industrie stieg im Juli spürbar an. Dabei nahmen Auslandsumsätze um 1,5 % zu, während Inlandsumsätze noch etwas kräftiger gesteigert werden konnten (saisonbereinigt + 2,1%). Insgesamt ist der industrielle Umsatz aufgrund der ungünstigen Entwicklung zum Ende des 2. Quartals seitwärtsgerichtet. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe stieg im Juli ebenfalls leicht gegenüber dem Vormonat an. Die merkliche Ausweitung der Bestellungen aus dem Inland ist dabei auf eine kräftige Zunahme der Bestellungen von Investitionsund Konsumgütern zurückzuführen. Die Auslandsnachfrage nach Industriegütern verharrte hingegen nahezu auf dem Niveau des Vormonats und stagnierte auch im Zweimonatsvergleich.

## 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011	Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. €		Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r	
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	4.Q.11	1.Q.12	2.Q.12	4.Q.11	1.Q.12	2.Q.12	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,2	+3,0	-0,1	+0,5	+0,3	+1,4	+1,7	+0,5	
jeweilige Preise	2 593	+3,9	+0,0	+0,9	+0,7	+2,2	+2,8	+1,7	
Einkommen									
Volkseinkommen	1 985	+3,4	+0,0	+2,0	-0,5	+1,7	+3,1	+2,6	
Arbeitnehmerentgelte	1328	+4,5	+0,8	+1,1	+1,1	+3,9	+3,8	+3,7	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	657	+1,3	-1,6	+3,7	-3,8	-3,4	+2,0	+0,3	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 630	+3,2	+0,4	+1,4	-0,6	+2,8	+3,5	+2,1	
Bruttolöhne ugehälter	1.084	+4,8	+0,9	+1,3	+1,3	+4,3	+4,0	+4,0	
Sparen der privaten Haushalte	173	-1,2	+1,7	+1,1	-1,1	+1,2	+3,4	+1,2	
		2011			Veränderung ir	ı % gegenüb	er		
Außenhandel / Umsätze / Produktion /			Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjahı	.1	
Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Jun 12	Jul 12	Zweimonats- durchschnitt	Jun 12	Jul 12	Zweimonats- durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	92	+12,5	-2,0		-0,8				
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1.060	+11,4	-1,4	+0,5	+0,8	+7,5	+9,2	+8,3	
Waren-Importe	902	+13,2	-2,9	+0,9	+0,4	+1,5	+1,9	+1,7	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	112,1	+7,9	-0,4	+1,3	+1,1	+0,3	-1,4	-0,6	
Industrie <sup>2</sup>	113,9	+8,8	-0,8	+1,7	+1,0	-0,3	-1,8	-1,1	
Bauhauptgewerbe	123,1	+13,4	-1,3	+1,9	+0,9	+3,6	+2,2	+2,9	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe									
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	110,5	+7,6	-1,4	+1,8	-0,0	-0,1	-1,4	-0,7	
Inland	106,4	+7,5	-0,9	+2,1	+0,2	-1,3	-2,1	-1,7	
Ausland	115,4	+7,7	-1,9	+1,5	-0,3	+1,2	-0,5	+0,4	
Auftragseingang (Index 2005 = 100)									
Industrie <sup>2</sup>	114,0	+7,8	-1,6	+0,5	-1,0	-7,6	-4,5	-6,1	
Inland	110,3	+7,4	-1,8	+1,0	-2,0	-5,0	-6,3	-5,7	
Ausland	117,2	+8,1	-1,5	+0,1	-0,2	-9,4	-3,0	-6,4	
Bauhauptgewerbe	101,1	+4,5	-0,4		-8,7	+2,3		+0,5	
Umsätze im Handel									
(Index 2005 = 100)  Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,5	+1,2	+0,3	-1,0	-0,3	+3,6	-1,6	+0,9	
Handel mit Kfz	94,3	+5,9	-1,4	+0,5	-1,1	+4,1	+1,4	+2,7	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011			Veränderung in <sup>-</sup>	Tsd. gegenü	ber		
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorpe	eriode saison	bereinigt	Vorjahr			
	Mio.	ggu. vorj. III /	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	+7	+9	+9	-84	-63	-40	
Erwerbstätige, Inland	41,10	+1,3	+25	+16		+496	+469		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,38	+2,4	+23			+546			
2		2011			Veränderung ir	n%gegenüber			
Preisindizes 2005 = 100		aaii Mari in W		Vorperiod	e	Vorjahr			
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	
Importpreise	117,0	+8,0	-1,5	+0,7		+1,3	+1,2		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	-0,4	+0,0		+1,6	+0,9		
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	-0,1	+0,4	+0,4	+1,7	+1,7	+2,1	
ifo-Geschäftsklima				saisonbere	nigte Salden				
gewerbliche Wirtschaft	Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	
Klima	+9,1	+11,6	+11,9	+11,9	+6,2	+3,1	-0,7	-2,4	
Geschäftslage	+20,6	+22,7	+22,6	+22,7	+14,7	+16,0	+11,6	+10,9	
Geschäftserwartungen	-1,7	+1,1	+1,7	+1,6	-2,0	-9,0	-12,2	-14,9	

 $<sup>^{1}</sup> Produktion \, arbeitst \ddot{a}glich, Umsatz, Auftragseing ang \, Industrie \, kalenderbereinigt, Auftragseing ang \, Bau \, saisonbereingt.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Zwar ist das Bestellvolumen am aktuellen Rand der Tendenz nach weiter abwärtsgerichtet, aber insgesamt scheint die Nachfrage nach deutschen Produkten – trotz der für einen Juli sehr geringen Großaufträge – insgesamt noch robust zu sein. Mit Blick auf die Entwicklung der Stimmungsindikatoren erscheint das positive Produktionsergebnis im Juli somit gewissermaßen überraschend. So war angesichts der ungünstigeren Beurteilung der ifo Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe und des merklichen Rückgangs des Einkaufsmanagerindex im Juli mit einem eher ungünstigen Einstieg der deutschen Industrie in das 3. Quartal gerechnet worden. Vor dem Hintergrund der sich fortsetzenden, wenn auch verlangsamenden Abwärtsbewegung der Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand dürfte im weiteren Verlauf insgesamt mit einer ruhigen Gangart der Industrie zu rechnen sein. Auch die Produktion im Bauhauptgewerbe konnte – nach dem Rückgang im Vormonat – im Juli wieder gesteigert werden. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich weiterhin ein Aufwärtstrend. Zwar hat sich das Klima im Bauhauptgewerbe leicht abgekühlt; dies ist jedoch ausschließlich auf den Rückgang der Geschäftserwartungen zurückzuführen, während die Lagebewertung sich im August laut ifo Umfrage leicht verbessern konnte. Die Baugenehmigungen im Hochbau nahmen im 2. Quartal ebenfalls zu, während das Bestellvolumen hingegen weiter rückläufig war.

Nach dem deutlichen Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Frühjahr 2012 dürfte der private Verbrauch auch im weiteren Jahresverlauf eine Wachstumsstütze bleiben. Zwar erwarten die vom ifo Institut befragten Einzelhändler eine geringere Kaufbereitschaft,

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

doch die Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ergab, dass die Stimmung der Verbraucher weiterhin als gut einzustufen ist. Dennoch spiegelt sich die Verunsicherung der Konsumenten hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in den Einschätzungen zu den Einkommenserwartungen und zur Anschaffungsneigung bereits wider; beide Indikatoren gaben moderat nach. Sie befinden sich jedoch weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Darüber hinaus zeigt die sich weiter verringernde Sparneigung, dass die Konsumenten es vorziehen, eher größere Anschaffungen zu tätigen als ihr Geld anzulegen. Auch der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter im 2. Quartal um saisonbereinigt 1,3 % stützt die Erwartungen, dass sich die günstige Entwicklung des privaten Konsums im 3. Quartal fortsetzen dürfte. Dafür spricht auch die insgesamt noch günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt, wenngleich sich das nachlassende Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Aktivität nun in einer moderateren Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit widerspiegelt.

Im August 2012 waren 2,91 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Damit wurde das entsprechende Vorjahresniveau um 40 000 Personen (-1,3%) unterschritten. Dabei sind die Abnahmen im Vorjahresvergleich seit Januar 2012 zunehmend kleiner geworden. Die Arbeitslosenquote lag im August bei 6,8% (-0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). In saisonbereinigter Rechnung stieg die Arbeitslosenzahl zum fünften Mal in Folge an (August + 9 000 Personen gegenüber dem Vormonat).

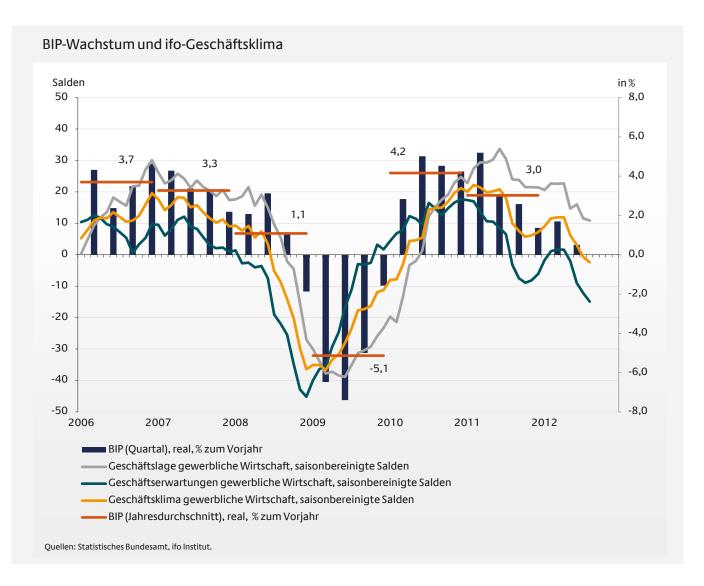
Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) erreichte nach Ursprungswerten im Juli ein Niveau von 41,68 Millionen Personen (+ 469 000 Personen beziehungsweise + 1,1% gegenüber dem Vorjahr). Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nahm dabei leicht um 16 000 Personen im Vergleich zum Vormonat zu. Der Aufwärtstrend setzte sich damit fort, jedoch mit vermindertem

Tempo. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Juni 2012 – nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – um saisonbereinigt 23 000 Personen merklich an. Auch hier hat sich die Zunahme deutlich abgeflacht. So waren im 2. Quartal 89 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im 1. Vierteljahr, nach einer Zunahme um 144 000 Personen im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres gegenüber dem Schlussquartal 2011. Im Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten) war weiterhin ein sehr deutlicher Zuwachs zu verzeichnen  $(+546\,000\,\text{Personen}\,\text{beziehungsweise}\,+1,9\,\%)$ . Dabei war das Beschäftigungsplus bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) und im Verarbeitenden Gewerbe am höchsten, während im Bereich Arbeitnehmerüberlassungen Stellen abgebaut wurden.

Der Anstieg der Arbeitslosenzahl in saisonbereinigter Betrachtung ist laut der BA insbesondere auch auf einen Rückgang der Entlastungen durch arbeitsmarktpolitische Instrumente zurückzuführen. Dieser konnte durch die schwächere konjunkturelle Entwicklung nicht mehr kompensiert werden. Der Vorjahresvergleich zeigt, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wesentlich stärker ansteigt, als die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Hier schlägt zum einen die Zunahme des Arbeitskräfteangebots zu Buche, welche sich aus einer Ausweitung des Wanderungssaldos gegenüber dem Ausland sowie einer gestiegenen Erwerbsneigung ergibt. Zum anderen kam es zu deutlichen Beschäftigungsaufnahmen von Personen, die sich trotz Erwerbslosigkeit bisher nicht bei den Agenturen gemeldet hatten (Personen aus der Stillen Reserve im engeren Sinne).

Insgesamt ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch als gut einzustufen. Es verdichten sich jedoch die Anzeichen einer verhalteneren Entwicklung im weiteren Jahresverlauf. So lässt die Stimmungseintrübung in den

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Unternehmen auch Beschränkungen des Personalaufbaus erwarten. Darauf deutet der erneute spürbare Rückgang des ifo Beschäftigungsbarometers für die gewerbliche Wirtschaft hin. Auch die in der Tendenz nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften gemäß Stellenindex der BA deutet in diese Richtung. Die Arbeitskräftenachfrage und auch der Index des Beschäftigungsbarometers befinden sich jedoch noch auf hohem Niveau.

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex fiel im August wieder etwas höher aus als im Vormonat. So überschritt das Verbraucherpreisniveau im August das Vorjahresergebnis um 2,1%. Wie auch in den Vormonaten trug hierzu vor allem die Verteuerung von Kraftstoffen und

Heizölen maßgeblich bei. So lagen die Rohölpreise (US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent) im August um 2,7 % oberhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus. Unter der Berücksichtigung der Entwicklung des Euro/ US-Dollar-Wechselkurses ergab sich dabei ein deutlich stärkerer Anstieg des Rohölpreises um knapp 19%. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Einfuhrpreisen am aktuellen Rand wider, deren Anstieg fast ausschließlich auf die Verteuerung der Energiepreise zurückzuführen war. Aufgrund der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos hat der Preisdruck auf die Importpreise jedoch spürbar nachgelassen. So stieg der Importpreisindex im Juli um 1,2% gegenüber dem Vorjahr an. Gegenüber Juni 2012 war hingegen eine Zunahme um 0,7%

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zu verzeichnen. Der Erzeugerpreisindex lag im Juli 2012 um 0,9 % über seinem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Vormonat gab es keine Veränderung. Währenddessen lagen die Preise für Vorleistungsgüter im Juli um 0,3 % unterhalb des Vorjahresniveaus. Vor dem Hintergrund der Beruhigung des Preisklimas auf den vorgelagerten Preisstufen dürfte auch im weiteren Verlauf mit einer moderaten Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland zu rechnen sein. Dies bestätigt auch das Ergebnis der Umfrage der GfK, in der die Verbraucher eine ruhige Preisentwicklung für die kommenden Monate erwarten.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2012

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2012

Das Steueraufkommen im Monat August 2012 bestätigt die deutlich aufwärtsgerichtete Entwicklungstendenz im bisherigen Verlauf dieses Jahres. So sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im August im Vorjahresvergleich um 12,8 % gestiegen. Hierzu haben die gemeinschaftlichen Steuern mit + 14,7%, die Ländersteuern mit + 23,0% und die Bundessteuern mit + 4,6 % beigetragen. Die deutliche Zunahme der Steuereinnahmen wird – neben Sondereffekten – vor allem von konjunkturreagiblen Steuerarten, und zwar von der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer getragen. Die Entwicklung der Steuereinnahmen steht damit im Einklang mit der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung, die sich allerdings den vorlaufenden Indikatoren zufolge in der zweiten Jahreshälfte abschwächen dürfte. Die deutlichen Aufkommenszuwächse bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und den Steuern vom Umsatz im Monat August wurden dabei allerdings teils durch Sondereffekte überzeichnet. Im Zeitraum Januar bis August 2012 erhöhte sich das Steueraufkommen insgesamt im Vorjahresvergleich um 5,8 %.

Nach Bundesergänzungszuweisungen war der Aufkommenszuwachs des Bundes im August mit 10,5 % erneut etwas weniger stark als bei den Ländern (+ 13,5 %). Im kumulierten Zeitraum Januar bis August 2012 ergibt sich weiterhin ein gutes Plus: Bund 4,6 %, Länder 6.3 %.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im August 2012 um 11,1% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Anstieg des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) war im Berichtsmonat mit 8,2% der bisher höchste monatliche Zuwachs im Verlauf des Jahres. Das Volumen der Kindergeldzahlungen sank um 0,5%. Im Zeitraum Januar bis August 2012

ist im kassenmäßigen Lohnsteueraufkommen ein Plus von 6,5 % zu verzeichnen. Neben der anhaltend guten Beschäftigungssituation sind zunehmend tarifliche Lohnsteigerungen für die Aufkommenszuwächse verantwortlich. Das Aufkommen im Monat August ist wahrscheinlich auch durch Nachzahlungen von Lohn- und Besoldungsanpassungen der diesjährigen Tarifrunde begünstigt worden.

Das Kassenergebnis der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich von - 0,7 Mrd. € im Vorjahresmonat auf nunmehr - 0,3 Mrd. € im August 2012. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit 28,8 % von einer allerdings niedrigen Basis stark an. Im Rahmen der Veranlagungen kam es zu Anpassungen der Vorauszahlungen insbesondere für das Vorjahr 2011 (Vorauszahlungen insgesamt + 25%). Damit korrespondiert ein Anstieg der Nachzahlungen für das Jahr 2010 in der gleichen Größenordnung. Allerdings sind auch die Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) angestiegen. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG nahmen hingegen um 9,7 % ab. Im Zeitraum Januar bis August 2012 erreichte das Kassenaufkommen bisher ein deutliches Plus von 20.6 %.

Bei den Kasseneinnahmen der
Körperschaftsteuer ergab sich im August
2012 ein Anstieg um 0,4 Mrd. € von - 0,1 Mrd. €
im Vergleichsmonat des Vorjahres auf
nunmehr + 0,3 Mrd. €. Mit 2009 und
2010 werden zunehmend Jahre mit guter
Gewinnentwicklung veranlagt. Daraus
resultiert eine Zunahme der nachträglichen
Vorauszahlungen und der Nachzahlungen
verbunden mit einem Rückgang der
Erstattungen für die Vorjahre. Vom
Bruttoaufkommen wurden circa 51 Mio. € an
ausgezahlten Investitionszulagen abgezogen.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2012

## Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2012	August	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis August	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 <sup>4</sup>	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 938	+11,1	95 648	+6,5	147 450	+5,5
veranlagte Einkommensteuer	-301	Х	17 678	+20,6	34 700	+8,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 652	+338,1	16 427	+9,5	17 650	-2,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	656	+9,5	6 239	-0,4	8 020	+0,0
Körperschaftsteuer	317	Х	10 972	+71,9	18 300	+17,1
Steuern vom Umsatz	16 683	+4,1	128 019	+2,4	196 350	+3,3
Gewerbesteuerumlage	178	-0,4	2 037	+0,4	3 811	+3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	60	-15,7	1 740	-1,2	3 239	+0,6
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	31 183	+14,7	278 760	+6,8	429 520	+4,6
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 293	+3,5	20 696	-2,4	39 950	-0,2
Tabaksteuer	1 290	+7,9	8 3 6 8	-0,7	14200	-1,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	161	-7,7	1 405	+0,9	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	1 138	+4,6	8 894	+4,3	11 000	+2,3
Stromsteuer	512	-11,9	4 673	-5,3	6 920	-4,5
Kraftfahrzeugsteuer	671	-2,2	6 002	+1,5	8 400	-0,3
Luftverkehrsteuer	94	-1,3	601	+13,3	960	+6,1
Kernbrennstoffsteuer	124	+25,5	1 122	+104,0	1 470	+59,4
Solidaritätszuschlag	856	+25,0	8 696	+8,5	13 300	+4,1
übrige Bundessteuern	118	+6,3	1 009	+1,2	1 507	+0,3
Bundessteuern insgesamt	8 256	+4,6	61 465	+1,6	99 827	+0,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	539	+51,4	2 938	-2,3	4280	+0,8
Grunderwerbsteuer	667	+17,9	4856	+19,7	7 3 3 0	+15,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	115	-17,7	938	-3,8	1 419	-0,1
Biersteuer	64	+2,5	464	-1,3	700	-0,3
Sonstige Ländersteuern	19	+10,8	282	+4,7	378	+4,6
Ländersteuern insgesamt	1 403	+23,0	9 477	+8,0	14 107	+7,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	415	+24,7	2 909	-0,3	4750	+3,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	161	+7,3	1 432	+19,3	2 030	+7,4
BSP-Eigenmittel	1 394	+39,3	13 989	+13,6	22 760	+26,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 970	+32,8	18 330	+11,6	29 540	+20,8
Bund <sup>3</sup>	19 636	+10,5	160 809	+4,6	252 254	+1,7
Länder <sup>3</sup>	17 494	+13,5	153 170	+6,3	234 206	+4,4
EU	1 970	+32,8	18 330	+11,6	29 540	+20,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 157	+13,7	20 303	+7,3	32 204	+5,5
Steueraufkommen insgesamt (ohne						

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>{}^2\,\</sup>text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2012.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2012

Im Zeitraum Januar bis August 2012 konnte das Kassenergebnis deutlich von 6,4 Mrd. € auf nunmehr 11,0 Mrd. € erhöht werden.

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich im August 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat von 0,4 Mrd. € auf jetzt 1,7 Mrd. € erhöht. Ein geringer Teil des Zuwachses ist noch auf die Umstellung des Abrechnungsverfahrens zum 1. Januar 2012 (Einführung des sogenannten Zahlstellenverfahrens) zurückzuführen. Der größte Teil wird durch eine besondere Dividendenausschüttung verursacht. Da diese Ausschüttung an andere körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen erfolgte, ist im weiteren Jahresverlauf und zu Jahresbeginn 2013 infolge der Anrechnung von Kapitalertragsteuer mit einem entsprechend geringeren Körperschaftsteueraufkommen zu rechnen. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern überschritten das Ergebnis des Vorjahresmonats um 77,0 %. Im Zeitraum Januar bis August 2012 stieg das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag insgesamt um 9,5% auf 16,4 Mrd. €.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonatsniveau um 9,5 %. Im Zeitraum Januar bis August 2012 wurde das Ergebnis des Vorjahres nur noch um 0,4 % unterschritten.

Die Steuern vom Umsatz lagen im
Berichtsmonat August 2012 um 4,1 % über
dem Niveau des Vorjahres. Dabei sanken die
Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer
gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,8 %.
Die (Binnen-)Umsatzsteuer verzeichnet
demgegenüber mit 5,8 % einen deutlichen
Anstieg. Die Aufkommensentwicklung
dieses Monats wird jedoch durch eine
Umsatzsteuernachzahlung in Höhe von circa
0,5 Mrd. € für weit zurückliegende Jahre
beeinflusst. Im gesamten Zeitraum Januar
bis August 2012 ergaben sich bei den Steuern

vom Umsatz im Vorjahresvergleich insgesamt Mehreinnahmen von 2,4%. Angesichts eines stabilen binnenwirtschaftlichen Umfelds – insbesondere mit Impulsen vom privaten Konsum – bleibt die Grundtendenz der Aufkommensentwicklung zwar aufwärtsgerichtet; mit einer dynamischen Aufwärtsentwicklung ist jedoch auch im weiteren Jahresverlauf nicht zu rechnen, zumal die Wirtschaftsdaten eine konjunkturelle Verlangsamung in der zweiten Jahreshälfte 2012 anzeigen.

Bei den reinen Bundessteuern (+4,6 %) konnte im August 2012 das Vorjahresergebnis wieder übertroffen werden. Ausschlaggebend waren hier die Mehreinnahmen bei der Tabaksteuer (+7,9%), der Energiesteuer (+3,5%) und dem Solidaritätszuschlag (+25,0%). Auch die Versicherungsteuer (+4,6%) und die Kaffeesteuer (+2,1%) verzeichneten zum Teil deutliche Zuwächse. Demgegenüber mussten die Stromsteuer (-11,9%), die Kraftfahrzeugsteuer (-2,2%) und die Luftverkehrsteuer (-1,3%) Aufkommenseinbußen hinnehmen. Bei der Luftverkehrsteuer liegt das kumulierte Ergebnis jedoch immer noch bei + 13,3 %. Die Kernbrennstoffsteuer weist einen Anstieg von 25,5 % aus; kumuliert für die Monate Januar bis August 2012 liegt das Aufkommen erwartungsgemäß bei 1,1 Mrd. €. Die Bundessteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis August 2012 mit 1,6 % allerdings weiter eher verhalten.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 23,0 %. Hierzu trugen insbesondere die Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer (+51,4%) und der Grunderwerbsteuer (+17,9%) bei. Ferner schlugen Aufkommenszuwächse bei der Feuerschutzsteuer (+2,6%) und der Biersteuer (+2,5%) positiv zu Buche, während die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer um 17,7% zurückgingen. Die Ländersteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis August 2012 im Vorjahresvergleich um 8,0%.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis August 2012

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis August 2012

## Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich August 2012 beliefen sich auf 204,9 Mrd. € und lagen damit um 1,5 Mrd. € (-0,7%) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Rückgängen bei den Zinsausgaben (-1,7 Mrd. €), bei den Zuweisungen zum Gesundheitsfonds (-0,9 Mrd. €) und den Ausgaben am Arbeitsmarkt (-2,8 Mrd. €) stehen in anderen Bereichen Mehrausgaben, wie zum Beispiel beim Hochschulpakt 2020 (+0,5 Mrd. €), sowie eine Vielzahl weiterer Mehrausgaben, gegenüber.

## Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 175,1 Mrd. € bis einschließlich August 2012 um 5,2 Mrd. € (+ 3,1%) über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen stiegen im Vorjahresvergleich um 6,8 Mrd. € (+ 4,4%) auf 160,1 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen gingen im Betrachtungszeitraum um 1,6 Mrd. € (- 9,5%) zurück. Grund hierfür ist im Wesentlichen der niedrigere Bundesbankgewinn mit rund - 1,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr.

## Finanzierungssaldo

Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 29,7 Mrd. € ableiten.

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2011	Soll 2012 <sup>1</sup>	Ist - Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis August 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	312,7	204,9
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-0,7
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	280,2	175,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			3,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	252,2	160,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			4,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-32,5	-29,7
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-11,8
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-32,1	-17,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Buchungsergebnisse.

## $\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis August 2012

## Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	ls	t	So	II <sup>1</sup>	Ist - Entv	vicklung	Untoriährigo
	20	11	20	12	Januar bis August 2011	Januar bis August 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	111 /0
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	63 904	20,4	35 066	35 771	+2,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 9 3 1	2,0	6 292	2,0	3 671	3 704	+0,
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,1	20 468	21 346	+4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6369	2,2	5 798	1,9	4 2 9 5	3 849	-10
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	2 420	2515	+3
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 994	5,8	9 701	10 656	+9
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	1 110	1 157	+4
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,2	5 039	5 192	+3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	155 255	52,4	154 880	49,5	109 380	107 648	-1
Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,2	57 229	57 946	+1
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	5 252	3 592	-3
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	32 735	10,5	22 148	21 045	-5
darunter: Arbeitslosengeld II	19 384	6,5	19370	6,2	13 349	13 013	-2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4855	1,6	4900	1,6	3 244	3 250	+(
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	534	409	-23
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	3 234	3 3 2 5	+2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	1 241	1 085	-12
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	762	823	+8
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	1 146	1 232	+7
Wohnungswesen	1 366	0,5	1 387	0,4	974	1 023	+5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 672	1,8	3 464	3 022	-12
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	385	291	-24
Kohlenbergbau	1 3 4 9	0,5	1 200	0,4	1338	1 182	-11
Gewährleistungen	797	0,3	1 500	0,5	546	426	-22
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	6 625	6 702	+1
Straßen (ohne GVFG)	6 1 1 5	2,1	6 1 2 6	2,0	3 077	2 978	-3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 407	5,2	10 486	10 892	+3
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 239	1,7	3 156	3 251	+3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	2 3 3 4	2 401	+2
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	37 846	12,1	29 791	28 143	-5
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 207	10,9	29 217	27 522	-[
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	312 700	100,0	206 420	204 887	-(

<sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012.

## $\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis August 2012

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Is	t	So	II 1	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis August 2011	Januar bis August 2012	Veränderung ggü. Vorjahi in%
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	III /o
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	277 293	88,7	192 262	191 546	-0,
Personalausgaben	27 856	9,4	28 497	9,1	19 294	19 279	-0,
Aktivbezüge	20 702	7,0	21 349	6,8	14218	14017	-1,
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	5 0 7 6	5 263	+3
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 828	7,6	12 635	13 761	+8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	922	772	-16
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	5 787	5 735	-0
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 871	3,8	5 9 2 6	7 254	+22,
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 207	10,9	29 217	27 522	-5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 295	60,9	130 806	130 659	-0
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 600	5,6	10 647	11 574	+8
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 696	55,2	120 278	119 127	-1
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,0	16 023	16 241	+1
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	26 931	8,6	18 434	18 135	-1
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	36,4	82 379	80 327	-2
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	310	325	+4
Investive Ausgaben	25 378	8,6	35 650	11,4	14 159	13 341	-5
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	27 653	8,8	10 557	9 466	-10
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	14734	4,7	8 335	8 189	-1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	4231	1,4	1 515	1 278	-15
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	8 687	2,8	708	0	-100
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	3 601	3 875	+7
Baumaßnahmen	5814	2,0	6519	2,1	3 054	3 285	+7
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	419	448	+6
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	128	141	+10
Globalansätze	0	0,0	- 243	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	312 700	100,0	206 420	204 887	-0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012.

## 

Entwicklung des Bundeshaushalts bis August 2012

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	:	Sol	l <sup>1</sup>	Ist - Entv	vicklung	11.1.286.2
	201	11	201	2	Januar bis August 2011	Januar bis August 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	III <i>7</i> 6
I. Steuern	248 066	89,1	252 223	90,0	153 323	160 108	+4,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	204 546	73,0	123 846	131 202	+5,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	98 887	35,3	56 136	62 818	+11,
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	62 666	22,4	36 458	38 877	+6,
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	14717	5,3	6 233	7514	+20,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 068	3,3	8 825	3,1	7 498	8 196	+9,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 529	1,3	2 756	2 745	-0,
Körperschaftsteuer	7 817	2,8	9 150	3,3	3 191	5 486	+71,
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	104 080	37,1	66 869	67 540	+1,
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 579	0,6	841	844	+0
Energiesteuer	40 036	14,4	39 950	14,3	21 208	20 696	-2,
Tabaksteuer	14414	5,2	14 200	5,1	8 430	8 3 6 8	-0,
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 300	4,7	8 014	8 696	+8,
Versicherungsteuer	10 755	3,9	11 000	3,9	8 524	8 894	+4,
Stromsteuer	7 2 4 7	2,6	6 920	2,5	4932	4 673	-5,
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 400	3,0	5913	6 002	+1,
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 470	0,5	550	1 122	+104
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 121	0,8	1 394	1 406	+0,
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 040	0,4	679	685	+0,
Luftverkehrsteuer	905	0,3	960	0,3	530	601	+13,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 283	-4,0	-6104	-5 671	-7
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-22 760	-8,1	-12311	-13 989	+13,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 030	-0,7	-1 201	-1 432	+19,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 980	-2,5	-7 085	-2,5	-4 653	-4723	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-6744	-6 744	+0,
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	28 014	10,0	16 588	15 010	-9,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4971	1,8	4244	1,5	3 655	3 064	-16,
Zinseinnahmen	483	0,2	519	0,2	301	202	-32,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 2 6 7	1,9	6713	2,4	3 075	2 074	-32,
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	280 237	100,0	169 910	175 118	+3,

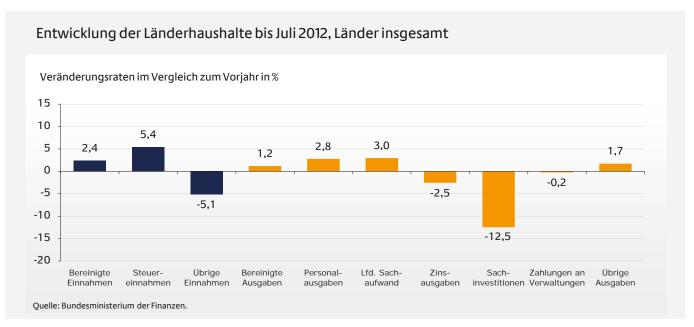
<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012.

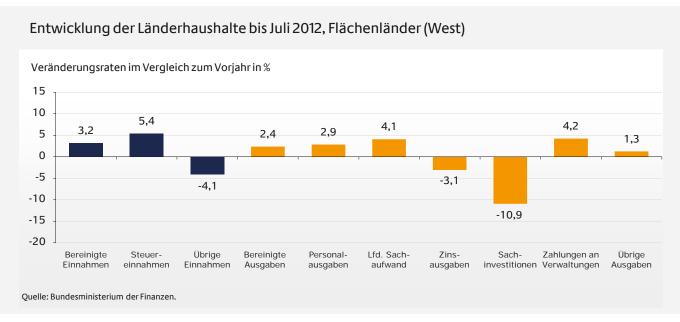
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2012

# Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2012

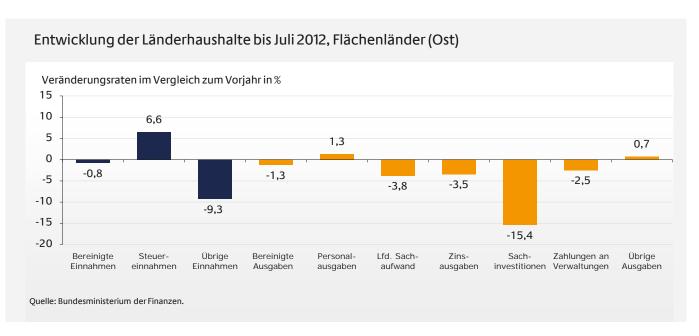
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juli 2012 vor.

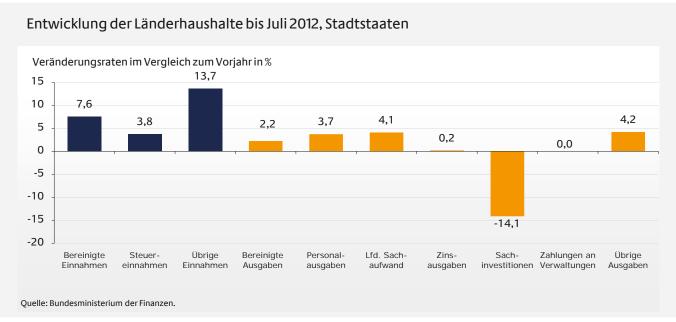
Die positive Entwicklung der Länderhaushalte hält auch im Juli weiter an. Die Ausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,2 %, während die Einnahmen um 2,4 % anstiegen. Die Steuereinnahmen lagen Ende Juli um 5,4 % über dem Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt am Ende des Berichtszeitraums rund -4,6 Mrd. € und unterschreitet den Vorjahreswert um fast 2 Mrd. €. Die Planungen der Länder für das Haushaltsjahr 2012 sehen derzeit ein Finanzierungsdefizit von rund -14,9 Mrd. € vor.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2012





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im August durchschnittlich 3,85 % (3,99 % im Juli).

Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende August 1,36 % (1,35 % Ende Juli).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende August auf 0,28 % (0,39 % Ende Juli).

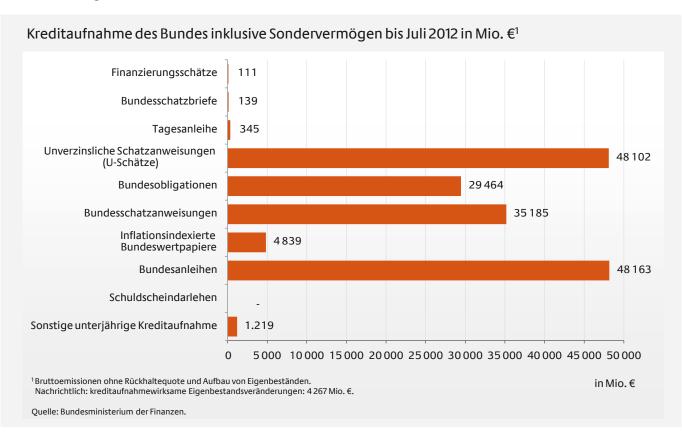
Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 6. September 2012 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,50 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 6 971 Punkte am 31. August (6 772 Punkte am 31. Juli). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 326 Punkten am 31. Juli auf 2 441 Punkte am 31. August.

## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juli bei 3,8 % nach 3,2 % im Juni und 3,1 % im Mai. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Mai bis Juli 2012 erhöhte sich auf 3,4 % nach 3,0 % im vorangegangenen Dreimonatszeitraum.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Juli - 0,6 % nach - 0,4 % im Vormonat.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,54% im Juli gegenüber 0,31% im Juni.

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

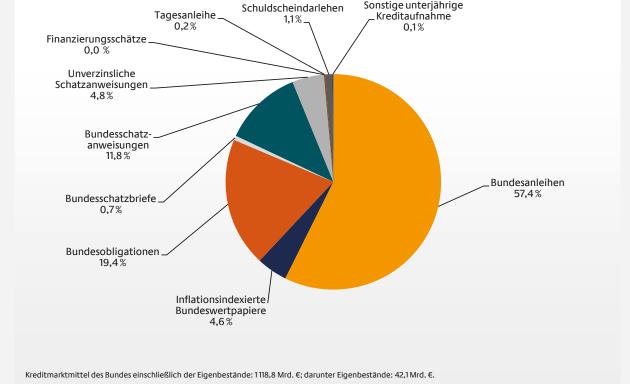
Bis einschließlich Juli 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 167,6 Mrd. €. Davon entfielen auf Bundeswertpapiere im Rahmen des geplanten Emissionskalenders 156 Mrd. €, auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 5,5 Mrd. €, auf die Instrumente des Privatkundengeschäfts 0,6 Mrd. € und auf sonstige Instrumente 1,2 Mrd. €. Ferner wurden netto 4,3 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 189,8 Mrd. € (davon 162,0 Mrd. € Tilgungen und 27,8 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 22,2 Mrd. €. Die Finanzierungsmittel waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Mittel wurden im Umfang von 159,1 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushaltes, von 4,2 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 4,3 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

#### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Juli 2012 Sonstige unterjährige Schuldscheindarlehen Tagesanleihe Kreditaufnahme 1,1%



Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Anleihen	25,0	-	-	-	-	-	27,0						52,0
Bundesobligationen	-	-	-	16,0	-	-	-						16,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-	-	19,0	-						38,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0	7,0	6,0	7,0						53,6
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1						0,9
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						0,2
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1						0,4
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-						0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	0,1	-						0,8
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,2	9,2	28,8	23,1	7,2	25,3	34,2						162,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,1	0,8	-0,1	4,4	-0,9	0,3	12,1						27,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

			3. Quartal 2012 insgesamt	47 Mrd. €/ 50 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Aufstockung	26. September 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	ca.4 Mrd. €/ ca.5 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137396 WKN113739	Aufstockung	19. September 2012	2 Jahre/fällig 12. September 2014 Zinslaufbeginn 24. August 2012 erster Zinstermin 12. September 2013	ca. 5 Mrd. €	
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Neuemission	12. September 2012	5 Jahre/fällig 13. Oktober 2017 Zinslaufbeginn 14. September 2012 erster Zinstermin 13. Oktober 2013	ca. 5 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Neuemission	5. September 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	ca. 5 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137396 WKN113739	Neuemission	22. August 2012	2 Jahre/fällig 12. September 2014 Zinslaufbeginn 24. August 2012 erster Zinstermin 12. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	8. August 2012	10 Jahre/fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	1. August 2012	5 Jahre/fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	25. Juli 2012	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €/ 3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN 113738	Aufstockung	18. Juli 2012	2 Jahre/fällig 13. Juni 2014 Zinslaufbeginn 25. Mai 2012 erster Zinstermin 13. Juni 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	11. Juli 2012	10 Jahre/fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	4 Mrd. €/ 5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	4. Juli 2012	5 Jahre fällig 07. April 2017 Zinslaufbeginn 07. April 2012 erster Zinstermin 07. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen Ist

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119634 WKN 111963	Neuemission	9. Juli 2012	6 Monate/fällig 9. Januar 2013	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119642 WKN 111964	Neuemission	23. Juli 2012	12 Monate/fällig 24. Juli 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119659 WKN 111965	Neuemission	13. August 2012	6 Monate/fällig 13. Februar 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119667 WKN 111966	Neuemission	27. August 2012	12 Monate/fällig 28. August 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119675 WKN 111967	Neuemission	10. September 2012	6 Monate/fällig 13. März 2013	ca. 4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119683 WKN 111968	Neuemission	24. September 2012	12 Monate/fällig 25. September 2013	ca. 3 Mrd. €	
			3. Quartal 2012 insgesamt	21 Mrd. €	

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Sonstiges

WKN 103054			3. Quartal 2012 insgesamt	2 - 3 Mrd. €/ 1 Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542	Aufstockung	25. Juli 2012	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn: 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1 Mrd. €	1Mrd.€
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

## Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

8./9. Oktober 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
11. Oktober 2012	G7-Treffen in Tokio
1214. Oktober 2012	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Tokio
15. Oktober 2012	Treffen der ASEM-Finanzminister in Thailand (Bangkok)
18./19. Oktober 2012	Europäischer Rat in Brüssel
4./5. November 2012	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Mexiko City
12./13. November 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
3./4. Dezember 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
13./14. Dezember 2012	Europäischer Rat in Brüssel
21./22. Januar 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2012	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung in Frankfurt / Oder
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
27. Juni 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf
10. August 2012	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
11 14. September 2012	1. Lesung Bundestag
21. September 2012	1. Durchgang Bundesrat
ab 39. Kalenderwoche 2012	Beratungen im Haushaltsausschuss
17. Oktober 2012	Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
24. Oktober 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
29 31. Oktober 2012	Steuerschätzung in Frankfurt am Main
8. November 2012	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
20 23. November 2012	2./3. Lesung Bundestag
14. Dezember 2012	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2012	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012
Januar 2013	Dezember 2012	31. Januar 2013
Februar 2013	Januar 2013	21. Februar 2013
März 2013	Februar 2013	21. März 2013
April 2013	März 2013	22. April 2013
Mai 2013	April 2013	24. Mai 2013
Juni 2013	Mai 2013	20. Juni 2013
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

## Publikationen des BMF

## Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

## Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^{1} Je weils~0,14 \in /~Min.~aus~dem~Festnetz~der~Telekom,~abweichende~Preise~aus~anderen~Netzen~m\"{o}glich.$ 

#### Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

## Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
1	Kreditmarktmittel	70
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2008 bis 2013	72
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2013	74
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
10	Litewicklung der LO-ridustidite 2011 bis 2012	50
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	97
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2011/2012	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	) /
4	Länder bis Juli 2012	0.8
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2012	
3	Die Einmanmen, Ausgaben und Rassemage der Lander Dis Jun 2012	100
Kenr	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104
ICIII	izunen zur gesumtwirtsenurtnenen Entwicktung	101
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	104
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
7	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	
5 6	, ,	
7	Prouktionspotenzial und -lücken Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	110
/	Potenzialwachstum	111
0		
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	119

## ☐ Statistiken und Dokumentationen

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	120
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	121
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	122
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	123
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	124
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenguote und Leistungsbilanzsaldo	128

## ☐ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:	
	30. Juni 2012			31. Juli 2012	
		in Mio. €			
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	50 500	1 000	0	51 500	
Anleihen <sup>1</sup>	660 736	8 000	27 000	641 736	
Bundesobligationen	213 000	4 000	0	217 000	
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	7 518	17	128	7 406	
Bundesschatzanweisungen	127 000	5 000	0	132 000	
Unverzinsliche Schatzanweisungen	53 144	7 002	6 9 6 3	53 184	
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	364	14	31	347	
Tagesanleihe	2 137	30	99	2 0 6 7	
Schuldscheindarlehen	12 061	0	0	12 061	
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 540	0	0	1 540	
Kreditmarktmittel insgesamt	1 128 000			1 118 841	

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. Juni 2012			31. Juli 2012
		in M	lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	226 289			221 482
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	358 836			364 665
langfristig (mehr als 4 Jahre)	542 876			532 694
Kreditmarktmittel insgesamt	1 128 000			1 118 841

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. Juni 2012	Belegung am 30. Juni 2011
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	122,1	115,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	41,4	37,3
FZ-Vorhaben	9,00	4,0	2,7
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,2	110,4
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	95,3	9,2

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>	RegEntw
			Mrc	d. €		
1. Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	312,7	302,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+5,6	-3,4
2. Einnahmen <sup>2</sup>	270,5	257,7	259,3	278,5	280,2	283,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+0,6	+1,0
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	227,8	226,2	248,1	252,2	259,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,0	-4,8	- 0,7	+9,7	+1,7	+3,0
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-32,5	-19,1
in % der Ausgaben	4,2	11,8	14,6	6,0	10,4	6,3
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>3</sup> (-)	229,6	269,0	288,2	274,2	255,7	
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-6,4	5,0	3,1	11,1	
6. Tilgungen (+)	216,2	228,5	239,2	260,0	232,0	
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	32,1	18,8
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	27,1	26,1	25,4	35,6	34,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,2	+11,5	-3,8	-2,7	+40,3	-3,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6	1,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: September 2012.

 $<sup>^{1}</sup>$  Inklusive Nachtrag 2012 .

 $<sup>^2</sup>$  Gem. BHO  $\S$  13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>	RegEntw
			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 497	28 623
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	21 349	20 968
Ziviler Bereich	8 8 7 0	9 269	9 443	9 274	11 468	10 643
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11 674	11 428	9881	10 325
Versorgung	6714	6 9 6 2	7 0 7 9	7 154	7147	7 655
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 483	2 651
Militärischer Bereich	4 2 9 8	4 500	4620	4682	4 665	5 004
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 828	24 666
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1 283	1 339
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 281	10 442	10 137	10 673	10 402
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10264	11 871	12924
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207	31 666
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207	31 666
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207	31 666
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	34 165	31 624
an Ausland	3	3	8	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	190 295	182 588
an Verwaltungen	12930	14396	14114	15 930	17 600	18 865
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 856	12 844
Gemeinden	21	18	17	12	11	g
Sondervermögen	4 568	5 624	5518	5 2 7 6	5 732	6 0 1 2
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	172 696	163 723
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	25 106	25 832
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26 931	26 543
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120 831	115 398	113 678	104 263
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 673	1 701
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5 3 0 5	5 381
an Sonstige	4	5	3	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	276 826	267 543

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012.

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1	RegEntwurf
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 997	7 615
Baumaßnahmen	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6 5 1 9	6 085
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	899	949
Grunderwerb	504	643	503	492	578	581
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	15 201	15 395
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 018	15 190	14944	14 589	14734	14812
an Verwaltungen	5 713	5 852	5 209	5 243	5 006	4785
Länder	5 654	5 804	5 142	5 178	4930	4723
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	74	62
Sondervermögen	0	0	0	0	2	1
an andere Bereiche	8 305	9338	9 735	9 3 4 6	9 728	10 027
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 060	6368	6 407
Ausland	2 469	2 876	3 136	3 287	3 360	3 620
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	467	583
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	467	583
Unternehmen - Inland	2 267	0	0	260	0	42
Sonstige - Inland	149	148	137	123	145	146
Ausland	225	282	269	311	322	395
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	12 919	11 908
Darlehensgewährung	2 3 9 5	2 490	2 663	2 8 2 5	4231	3 221
an Verwaltungen	1	1	1	1	79	1
Länder	0	0	0	0	78	0
Sondervermögen	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	4 153	3 220
an andere Bereiche	0	0	0	0	0	0
Sozialversicherung	922	872	1 075	1 115	2 271	1 599
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 473	1 618	1 587	1 710	1 881	1 621
Ausland	704	919	810	788	8 687	8 687
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	26	13	13	0	1	1
Inland	678	905	797	788	8 687	8 687
Ausland	604	678	905	797	788	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	36 117	34 918
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26077	25 378	35 650	34335
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	0	- 243	- 261
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	312 700	302 200

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2012.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	73 020	58 853	24 936	19 926	13 992
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 300	13 083	3 693	1 535	7 854
2	Auswärtige Angelegenheiten	18 049	4877	541	180	4156
3	Verteidigung	32 832	32 638	15 329	16276	1 033
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4512	4 0 3 9	2 470	1 235	334
5	Rechtsschutz	445	414	289	98	26
6	Finanzverwaltung	3 883	3 803	2 614	601	588
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 841	15 577	507	945	14 125
13	Hochschulen	4793	3 879	11	10	3 858
14	Förderung für Schüler, Studierende und Weiterbildungsteilnehmer	2 676	2 672	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	262	193	10	67	116
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8314	485	862	6 9 6 7
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	650	519	1	5	513
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 345	144 818	188	397	144 233
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	99 669	99 669	52	+	99 617
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	6 721	6 720	-	6	6714
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 439	2 041	-	29	2 013
25	Arbeitsmarktpolitik	31 625	31 507	1	79	31 427
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	342	339	-	24	315
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4 5 4 9	4 542	136	260	4 1 4 6
3	Gesundheit und Sport	1 741	1 012	341	347	323
31	Gesundheitswesen	540	473	201	213	60
32	Sport und Erholung	129	113	-	3	109
33	Umwelt- und Naturschutz	428	259	86	72	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	645	167	54	59	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 447	840	-	11	829
41	Wohnungswesen und Wohnungsbauprämie	1 847	830	-	2	829
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	973	558	13	214	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	946	534	-	205	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	161	161	-	103	58
529	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 52	786	374	-	102	271
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	27	24	13	8	2

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunte Investive Ausgabe
0	Allgemeine Dienste	1 027	2 832	10 308	14 167	14 139
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	216	2 632	- 10 308	217	217
2	Auswärtige Angelegenheiten	123	2 740	10 308	13 172	13 171
3	Verteidigung	135	59	10300	194	167
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	442	31	_	473	473
5	Rechtsschutz	31	-	_	31	31
6	Finanzverwaltung	80	0	-	80	80
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	135	3 128	-	3 264	3 264
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schüler, Studierende und Weiterbildungsteilnehmer	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 012	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	131	-	131	13
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	521	1	527	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	-	0	-	0	(
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	396	1	398	3
25	Arbeitsmarktpolitik		118	-	118	
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	4	-	7	
3	Gesundheit und Sport	538	192	-	730	730
31	Gesundheitswesen	58	8	-	66	66
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 603	4	1 607	1 607
41	Wohnungswesen und Wohnungsbauprämie	-	1 012	4	1 016	1 016
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	
529	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 52	-	411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	3	1	-	3	:

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 845	2 516	66	461	1 989
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 627	1 595	-	0	1 595
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	355	307	-	35	272
65	Handel und Tourismus	407	404	-	349	55
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 708	108	-	42	65
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	588	9	-	8	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	79	78	66	11	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 896	4 054	1 003	1 982	1 069
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 749	868	542	286	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 474	78	-	5	73
75	Luftfahrt	204	204	52	23	128
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 273	1811	409	721	681
8	Finanzwirtschaft	39 092	39 314	1 568	383	5 698
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 698	5 698	-	-	5 698
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-
83	Schulden	31 673	31 673	-	7	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-
88	Globalposten	739	1 000	1 000	-	-
899	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 8	376	376	-	376	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	302 200	267 543	28 623	24 666	182 588

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	758	1 570	2 329	2 287
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	32	-	32	32
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	30	1 570	1 600	1 600
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	579	-	579	579
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 906	5 910	25	11 841	11 841
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6 102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4371	25	4396	4396
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	331	130	-	462	462
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 8	-	-	-	-	-
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 615	15 395	11 908	34 918	34 335

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

,									
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
				ist-Eig	ebnisse				
I. Gesamtübersicht	14.16	42.1	00.2	110.2	121 5	1044	227.6	244.4	250.0
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	-1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,
Anteil a. d. Personalausgaben des	0/	242	21.5	10.0	10.1	0.0	144	15.7	15.
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
öffentl. Gesamthaushalts³	Madic	7.2	12.1	16.1	17.1	20.1	24.0	20.1	22.0
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	6,2
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten	9/	E4.0	40.2	40.2	47.2	0.0	44.0	42 E	42,
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9	1489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			ls	t-Ergebnisse				Soll <sup>4</sup>	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,7	302,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	5,6	- 3,
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	280,2	283,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	0,6	1,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	-14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 32,5	- 19,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	-32,1	- 18,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,5	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	2,3	0,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1		
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>									
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	34,2	31,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	4,3	- 7,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	10,9	10,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1		
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35,6	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	40,5	- 3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,4	11,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0		
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	252,2	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	1,7	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	80,7	86,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,0	91,
Anteil am gesamten								30,0	31,
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3		
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 32,1	- 18,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	10,3	6,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	90,0	54,
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 68,8	-2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,9		
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	70	00,0	,,,		31,1	5 1,5	01,5	•	
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0	2051	
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0	1309	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $<sup>^2 \,</sup> Ab \, 1991 \, Ges amt deut schland.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand April 2012; 2011, 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $<sup>^4\,\</sup>mbox{Inklusive}$  Nachtrag 2012.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	626,7	638,0	649,2	679,2	716,5	734,4	774,5
Einnahmen	574,2	597,6	648,5	668,9	626,5	652,8	748,4
Finanzierungssaldo	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-82,7	-27,2
darunter:							
Bund <sup>2</sup>							
Ausgaben	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2
Einnahmen	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5
Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7
Länder <sup>3</sup>							
Ausgaben	260,0	260,0	265,5	277,2	287,1	286,7	296,7
Einnahmen	237,2	250,1	273,1	276,2	260,1	265,9	286,4
Finanzierungssaldo	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,8	-10,2
Gemeinden <sup>4</sup>							
Ausgaben	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3
Einnahmen	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6
Finanzierungssaldo	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7
			Veränderun	gen gegenübe	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,0	1,8	1,7	4,6	5,5	2,5	5,5
Einnahmen	4,6	4,1	8,5	3,2	-6,3	4,2	14,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4
Einnahmen	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4
Länder							
Ausgaben	1,1	0,0	2,1	4,4	3,6	-0,1	3,5
Einnahmen	1,6	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,2	7,7
Gemeinden							
Ausgaben	2,0	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7
Einnahmen	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,3	-1,0
darunter:							
Bund	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7
Länder	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4
Gemeinden	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,3	3,5
darunter:							
Bund	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0
Länder	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5
Gemeinden	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2	-0,9
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,2	27,6	26,7	27,5	30,2	29,4	29,9
darunter:							
Bund	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,2	11,4
Länder	11,7	11,2	10,9	11,2	12,1	11,5	11,4
Gemeinden	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,3	7,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $<sup>^3\,\</sup>mbox{Kernhaushalte};$  bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Kernhaushalte}; bis\,2010\,\mathrm{Rechnungsergebnisse}; 2011; Kassenergebnisse.$ 

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
			dav	/on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublil	C Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 <sup>2</sup>	596,5	298,2	298,4	50,0	50,0
2013 <sup>2</sup>	618,1	313,5	304,7	50,7	49,3
2014 <sup>2</sup>	642,1	330,9	311,2	51,5	48,5
2015 <sup>2</sup>	664,7	346,9	317,7	52,2	47,8
2016 <sup>2</sup>	687,3	362,9	324,4	52,8	47,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik <sup>3</sup>
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	stederquote	in Relation zur	·	Abgabenquote
1960	23,0	33,4	22,6	32,
1965	23,5	34,1	23,1	33,
1970	23,0	34,8	21,8	32,
1975	22,8	38,1	22,5	36,
1980	23,8	39,6	23,7	38,
1985	22,8	39,1	22,7	38,
1990	21,6	37,3	22,2	37,
1991	22,0	38,9	22,0	38,
1992	22,3	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,1	22,6	40
1994	22,3	40,5	22,5	40
1995	21,9	40,5	22,5	41
1996	21,8	41,0	21,8	41
1997	21,5	41,0	21,3	40
1998	22,1	41,3	21,7	40
1999	23,3	42,3	22,6	41
2000	23,5	42,1	22,8	41
2001	21,9	40,2	21,3	39
2002	21,5	39,9	20,7	39
2003	21,6	40,1	20,6	39
2004	21,1	39,2	20,2	38
2005	21,4	39,2	20,3	38
2006	22,2	39,5	21,1	38
2007	23,0	39,5	22,2	38
2008	23,1	39,7	22,7	39
2009	23,1	40,4	22,1	39
2010	22,0	38,9	21,3	38
2011	22,7	39,6	22,1	39

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland; 2008 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

 $<sup>^2\</sup> Ab\ 1970\ in\ der\ Abgrenzung\ des\ Europ\"{a} is chen\ Systems\ Volkswirtschaftlicher\ Gesamtrechnungen\ (ESVG\ 1995).$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Bis 2009 Rechnungsergebnisse. 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
Jahr	insgesamt	darunte	er
Jaili	ilisgesailit	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11
1965	37,1	25,4	11
1970	38,5	26,1	12
1975	48,8	31,2	17
1980	46,9	29,6	17
1985	45,2	27,8	17
1990	43,6	27,3	16
1991	46,2	28,2	18
1992	47,1	27,9	19
1993	48,1	28,2	19
1994	48,0	28,0	20
1995 <sup>4</sup>	48,2	27,7	20
1995	54,9	34,3	20
1996	49,1	27,6	21
1997	48,2	27,0	21
1998	48,0	26,9	21
1999	48,2	27,0	21
2000 <sup>5</sup>	47,6	26,4	21
2000	45,1	23,9	21
2001	47,6	26,3	21
2002	47,9	26,2	21
2003	48,5	26,4	22
2004	47,1	25,8	21
2005	46,9	26,0	20
2006	45,3	25,4	19
2007	43,5	24,5	19
2008	44,1	25,0	19
2009	48,2	27,1	2
2010	47,7	27,4	20
2011	45,3	25,7	19

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2008 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	2082
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	_	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,3	68,6	68,0	65,2	66,7	74,4
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Kreditmarktschulden}\,\mathrm{im}\,\mathrm{weiteren}\,\mathrm{Sinne}\,\mathrm{zuz\ddot{u}glich}\,\mathrm{Kassenkredite}.$ 

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schulde	n		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		2 011 677	2 025 448		insgesamt			80,6	78,
Bund		2011077	2 023 440					30,0	70,
		1 207 460	1 279 583		64,0	63,2		E1 6	49.
Kern- und Extrahaushalte	1 022 500	1 271 204			63,2	62,8	43,5	51,6 50,9	49
Wertpapierschulden und Kredite Kassenkredite	1 032 399	16 256	7313	•	0,8	0,4	43,3	0,7	0
	-			•		-		·	
Kernhaushalte	072.067		1 043 401	•	51,5	51,5	41.0	41,5	40
Wertpapierschulden und Kredite	973067	1 022 192		•	50,8	51,2	41,0	40,9	40
Kassenkredite	•	13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0
Extrahaushalte	-	251 813			12,5	0,0		10,1	0
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9
Kassenkredite	•	2 802	-	•	0,1	0,0		0,1	0
im Einzelnen:							•		
SoFFin	36 540	28 552	17 292		1,4	0,9	1,5	1,1	0
Investitions- und Tilgungsfonds	7 493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17302	11 000		0,9	0,5		0,7	0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	0
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	-	-	177		0,0	0,0		0,0	0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 109	615 399		29,8	30,4		24,0	23
Wertpapierschulden und Kredite	526357	595 179	611 651		29,6	30,2		23,8	23
Kassenkredite		4 930	3 748		0,2	0,2		0,2	0
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20
Kassenkredite		4 835	3 220		0,2	0,2		0,2	0
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schulde	en		in % des BIP	
Gemeinden					insgesamt				
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1
Zweckverbände <sup>3</sup>		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6873		0,3	0,3		0,3	0
Wertpapierschulden und Kredite	6 322	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	C
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	0					0,0	0
Extrahaushalte <sup>4</sup>		32	88		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 606	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 766 943	2 056 711	2 088 472				74,4	83,0	80
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $<sup>^{1}</sup> Aufgrund \, methodischer \"{Anderungen} \, und \, Erweiterung \, des \, Berichtskreises \, nur \, eingeschränkt \, mit \, den \, Vorjahren \, vergleichbar.$ 

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Einschließ lich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$ 

 $<sup>^3</sup> Zweck verbände des Staatssektors \, unabhängig \, von \, der \, Art \, des \, Rechnungswesens.$ 

 $<sup>^4</sup>$  Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	crechungen <sup>2</sup>		Abgrenzung de	er Finanzstatistil
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 <sup>4</sup>	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-82,7	-3,3
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-27,2	-1,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2008 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

 $<sup>^3\,</sup>Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2009\,Rechnungsergebniss, 2010\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in % de	s BIP				-1,0 -0,9 -3,7 -3,0 1,0 -2,4 -9,1 -7,3 -8,5 -6,4 -5,2 -4,5 -13,1 -8,3 -3,9 -2,0 -6,3 -3,4 -0,6 -1,8 -2,7 -2,6 -4,7 -4,4 -2,6 -3,0 -4,2 -4,7 -4,8 -4,7 -6,4 -4,3 -0,5 -0,7	
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-1,0	-5,6	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	1,0	-2,4	-1,3
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,6	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-7,3	-14,0	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,8	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,8	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-0,9	-4,1	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-3,6	-10,2	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	4,3	-2,5	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	3,1	-2,1	-1,9	-1,7
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,8	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,4	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,3	0,3	-0,3	0,1
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	4,3	-2,5	-2,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-5,0	-11,5	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-1,9	-8,8	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1

 $<sup>^{1}\</sup>mbox{F\"{u}r}$  EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012.

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

 $<sup>^2 {\</sup>sf Alle\,Angaben\,ohne\,einmalige\,UMTS\text{-}Erl\"{o}se.}$ 

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,6	66,7	74,4	83,0	81,2	82,2	80,7
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,8	96,0	98,0	100,5	100,8
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	6,0	10,4	11,7
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,4	145,0	165,3	160,6	168,0
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,1	40,2	53,9	61,2	68,5	80,9	87,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,2	82,3	85,8	90,5	92,5
Irland	68,3	99,5	92,1	82,1	37,5	27,2	44,2	65,1	92,5	108,2	116,1	120,2
Italien	56,9	80,2	94,3	120,9	108,5	105,4	105,7	116,0	118,6	120,1	123,5	121,8
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	71,6	76,5	78,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	18,2	20,3	21,6
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,3	68,1	69,4	72,0	74,8	75,2
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	65,2	70,1	73,0
Österreich	35,3	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,9	72,2	74,2	74,3
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	48,5	62,5	71,6	83,1	93,9	107,8	113,9	117,1
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,9	35,6	41,1	43,3	49,7	53,5
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	47,6	54,7	58,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,5	48,4	48,6	50,5	51,7
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,9	85,6	88,0	91,8	92,6
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	16,3	17,6	18,5
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	33,4	40,6	42,9	46,5	40,9	42,1
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	42,6	43,5	44,7
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	38,5	40,4	40,9
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,8	56,3	55,0	53,7
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	30,5	33,3	34,6	34,6
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,6	39,4	38,4	35,6	34,2
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	28,7	34,4	38,1	41,2	43,9	44,9
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	73,0	79,8	81,4	80,6	78,5	78,0
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,6	85,7	91,2	94,6
EU	-	-	-	69,6	61,9	62,9	62,5	74,8	80,2	83,0	86,2	87,2
Japan	47,7	68,4	63,0	85,1	133,6	174,5	175,2	194,0	197,6	211,4	219,0	221,8
USA	42,6	56,2	64,5	71,9	55,1	68,2	76,5	90,4	99,1	103,5	108,9	111,8

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land					Steu	ıern in % des I	BIP				
Lanu	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010				
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3				
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8				
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2				
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1				
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9				
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9				
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0				
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0				
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0				
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7				
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8				
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0				
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-				
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3				
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8				
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8				
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4				
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7				
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7				
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9				
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6				
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0				
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in S	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,6	45,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,8	48,2	49,8	53,7	52,7	53,2	53,9	53,7
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,2	41,2	39,3
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,4	50,2	47,4	49,3	55,9	55,2	53,7	54,3	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,8	56,5	55,9	56,3	56,2
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,0	50,0	49,7	50,6
Irland	52,6	42,3	40,9	31,2	33,8	36,6	42,8	48,8	66,8	48,8	44,1	43,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	47,7	48,6	52,0	50,6	50,0	50,4	49,5
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,4	42,0	43,6	44,0
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,8	44,1	43,5	43,3	43,0	44,4	43,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,2	50,8	50,8
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,6	50,5	51,4	50,6
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,3	44,7	49,7	51,2	48,9	47,7	46,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	37,4	37,7	37,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,3	50,9	48,7	47,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,6	42,4	42,0
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	47,3	46,0	45,3
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	46,0	47,1	51,2	51,0	49,4	49,4	49,0
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	37,4	35,2	35,2	35,3
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,6	57,8	57,6	57,8	58,6	56,6
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	36,0	39,1	44,5	43,9	39,1	38,1	37,0
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	37,5	36,8	36,1
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	43,6	43,1	42,4
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,2	37,7	36,2	35,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,7	52,2	51,1	52,1	51,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,4	43,3	43,1
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,6	48,6	47,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,8	47,9	51,6	50,4	49,1	47,4	47,2
EU	-	-	51,9	44,7	46,8	45,6	47,1	51,1	50,6	49,1	48,9	48,4
USA	36,8	37,3	37,2	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	41,7	40,4	39,2
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,5	35,8	37,0	41,9	40,8	43,0	43,9	44,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission\,,} \hbox{Statistischer\,Anhang\,der\,Europ\"{a}ischen\,Wirtschaft".}$ 

Stand: Mai 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 <sup>1</sup>			EU-Haus	shalt 2012 <sup>2</sup>	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio.€	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

# noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9

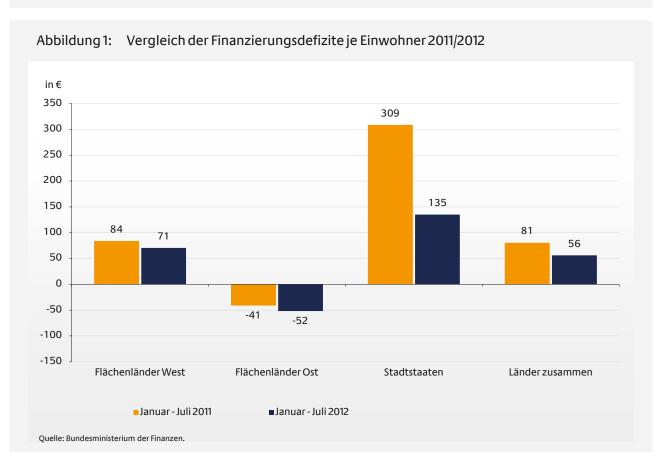
<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	203 651	119 799	51 024	28 719	35 610	21 355	284 058	166 02
darunter:								
Steuereinnahmen	159 417	93 727	28 344	16 498	22 538	12 623	210 299	122 84
Übrige Einnahmen	44 234	26 073	22 680	12 221	13 072	8 732	73 759	43 17
Bereinigte Ausgaben	215 639	124 253	51 428	28 061	38 152	22 161	298 991	170 62
darunter:								
Personalausgaben	84175	49 969	12 557	7 281	10974	7 036	107 706	6428
Lfd. Sachaufwand	14019	7 703	3 686	1 951	8 296	5 132	26 001	1478
Zinsausgaben	14030	8 725	2 996	1 708	3 915	2 386	20 940	1282
Sachinvestitionen	4343	1 612	1 630	617	819	321	6792	2 55
Zahlungen an Verwaltungen	60 351	33 875	18 006	9 983	1 132	476	73 261	40 48
Übrige Ausgaben	38 721	22 370	12 553	6519	13 017	6810	64 290	35 69
Finanzierungssaldo	-11 987	-4 454	- 404	659	-2 531	- 806	-14 922	-4 60



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2012

						in Mio. €				
			Juli 2011			Juni 2012			Juli 2012	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	150 535	162 059	301 233	129 741	143 019	264 592	153 957	166 025	308 083
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	147 411	152 576	299 987	128 283	137 723	266 006	151 850	159 292	311 142
111	Steuereinnahmen	135 977	116 540	252 517	119 123	107 419	226 542	140 815	122 847	263 662
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 540	27 921	29 461	1334	24 647	25 982	1 590	29 699	31 289
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 249	1 249	-	1 367	1 3 6 7	-	1 427	1 42
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 124	9 482	12 606	1 458	5 296	6 754	2 106	6734	8 8 4 0
121	Veräußerungserlöse	999	345	1 344	720	566	1 286	853	603	1 45
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	796	84	880	624	375	999	742	380	1 12
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	538	6 684	7 222	179	2 799	2 978	354	3 9 1 4	426
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	185 285	168 649	342 574	148 013	145 767	285 613	184 344	170 626	343 07
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	172 739	152 975	325 713	138 800	134516	273 316	172 618	157 190	329 808
211	Personalausgaben	17011	62 550	79 561	14303	55 221	69 524	16818	64 285	81 10
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4848	18 050	22 899	4215	16 130	20 345	4943	18 948	23 89
212	Laufender Sachaufwand	10 259	14359	24618	9 3 5 6	12 410	21 766	11 381	14786	26 16
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4997	9 438	14436	4991	7 957	12 948	5 989	9 569	15 55
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	29 078	13 152	42 231	15 844	11 706	27 550	28 129	12 820	40 94
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 466	34363	43 829	7211	30 892	38 103	10 225	36 076	46 30
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	599	599	-	42	42	-	32	3
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7	31 516	31 523	5	28 819	28 824	6	33 491	33 49
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	12 547	15 674	28 221	9 2 1 3	11 251	20 465	11 726	13 436	25 16
221	Sachinvestitionen	2 896	2913	5 809	2 333	2 011	4344	3 104	2 550	5 65
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 725	6213	8 938	1 909	3 773	5 682	2 681	4411	7 09
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	12 275	14 992	27 267	8 988	11 023	20 011	11 412	13 101	2451

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2012

			Juli 2011			Juni 2012			Juli 2012	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- <b>34 709</b> <sup>2</sup>	-6 590	-41 299	-18 231 <sup>2</sup>	-2 749	-20 980	-30 335 <sup>2</sup>	-4 601	-34 936
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	192 080	44 670	236 750	134 069	38 179	172 248	154 793	44 271	199 064
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	161 877	55 748	217 626	117 554	52 366	169 920	149 385	56 985	206 370
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	30 203	-11 078	19 124	16515	-14 188	2 328	5 408	-12 714	-7 306
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-13 087	6 953	-6 134	-26 440	4 558	-21 882	5 438	6 5 1 1	11 948
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	17 399	17 399	-	18 112	18 112	-	20 054	20 054
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	13 090	-6 436	6 654	26 522	-1969,9	24551,7	-5 378	-6 781	-12 159

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>^2\,</sup>Einschließlich\,haushaltstechnische\,Verrechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	21 656	26 169 ª	5 363	11 701	3 951	14 994	30 743	7 606	1 946
11	Einnahmen der laufenden Rechung	21 016	25 368	5 112	11 367	3 556	14228	29 697	7 3 6 2	1 899
111	Steuereinnahmen	16 603	20 760	3 120	9 3 4 8	2 056	11 243 4	24839	5 648	1 352
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 440	2 434	1 607	1 346	1 289	1 595	3 436	1 248	475
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	103	-	91	13	-	81	37
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	228	-	262	51	-31	123	57
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	640	801 <sup>a</sup>	252	335	395	767	1 046	244	4
121	Veräußerungserlöse	1	0	8	24	4	308	3	37	(
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	307	-	36	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	456	600	147	295	138	386	603	147	2:
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	22 278	24 577 b	5 607	13 123	3 896	14 957	33 405	8 405	2 30
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	20 599	22 466 <sup>b</sup>	5 059	12 149	3 498	14021	30 768	7 672	2 134
211	Personalausgaben	9 550	11 015	1 412	4 656	980	5 721 <sup>2</sup>	12 471 <sup>2</sup>	3 459	87
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 096	3 274	116	1 540	66	1 855	4317	1 092	34
212	Laufender Sachaufwand	1 042	1 786 °	306	1 029	242	1 008	1 869	581	10
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	944	1 430 °	261	839	211	789	1 402	493	9
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 256	793 b	384	1 113	218	1 190	2 729	692	38
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 566	6 458	1 990	3 391	1 375	3 736	7 953	1 772	32
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	823	2 232	-	1 116	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4712	4 157	1 690	2 234	1 083	3 735	7 766	1 736	32
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 679	2 111	548	973	399	936	2 637	734	17
221	Sachinvestitionen	288	688	38	292	120	98	127	40	2
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	675	737	192	414	154	136	1 093	261	3
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 659	2 046	548	945	399	936	2 493	710	16

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 623	1 592 <sup>d</sup>	- 243	-1 421	55	37	-2 662	- 800	- 362
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 553	2 460 <sup>e</sup>	1 660	3 947	630	1 355	8 537	4077	768
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 647	3 166 <sup>f</sup>	3 134	4 8 5 6	542	3 087	9 938	6 079	783
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 094	- 706 <sup>g</sup>	-1 473	-909	88	-1 732	-1 400	-2 002	- 14
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	558	1 065	-	-	-	956	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 056	6 607	-	1 384	344	2 620	1 312	2	786
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 980	-	-1 064	- 946	617	807	- 116	- 956	444

 $<sup>^1</sup> In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne August-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 255,3 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d -243,2 Mio. €, e 490,0 Mio. €, f 500,0 Mio. €, g -10,0 Mio. €.

 $<sup>^4</sup>$  NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio.  $\in$ .

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2012

					in M	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	9 205	5 156	5 277	5 044	12 693	2 458	6 298	166 025
11	Einnahmen der laufenden Rechung	8 527	4940	5 119	4 672	12 119	2 404	6 142	159 292
111	Steuereinnahmen	5 492	2 895	3 933	2 935	6 464	1 241	4917	122 84
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 692	1 844	869	1 548	4372	949	556	29 69
1121	darunter: Allgemeine BEZ	208	117	65	114	524	93	- 13	1 42
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	542	332	93	324	1 896	359	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	678	216	158	372	574	54	156	6 73
121	Veräußerungserlöse	0	3	8	38	110	1	53	60
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	28	3	-	1	38
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	411	141	87	163	186	36	89	3 91
	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>								
2	für das laufende Haushaltsjahr	8 182	5 381	5 493	4 994	12 736	2 688	6 830	170 620
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	7 242	4951	5 202	4579	12 195	2 509	6 380	157 190
211	Personalausgaben	2 189	1 372	2 2 1 9	1 327	4163	830	2 043	64 28
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	125	110	801	90	1 097	281	743	18 94
212	Laufender Sachaufwand	502	552	279	350	2 943	435	1 753	1478
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	387	173	236	199	1 277	199	630	9 56
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	209	458	572	439	1 511	388	487	1282
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 767	1 468	1 495	1 581	163	100	168	36 07
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	94	3
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 081	1 186	1 428	1 342	4	5	7	33 49
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	940	430	290	415	541	179	450	13 43
221	Sachinvestitionen	278	79	57	102	90	26	204	2 55
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	218	131	119	106	58	56	26	4 41
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	940	430	289	415	508	172	450	13 10

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli

					in M	io.€	_		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 023	- 226	- 216	50	- 43	- 230	- 532	-4 601
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 150	1 454	1 009	5 206	4 466	1 000	44 27 1
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	379	2 071	2 251	1 527	5910	4948	1 669	56 985
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-379	1 079	- 797	- 518	- 705	- 482	- 669	-12 714
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	2 407	-	374	186	131	834	6511
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 803	54	-	-	473	528	2 087	20 054
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 518	- 977	8	- 176	- 59	137	-6 781

 $<sup>^{1}</sup>$  In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne August-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 255,3 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d -243,2 Mio. €, e 490,0 Mio. €, f 500,0 Mio. €, g -10,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,3	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,2	+0,2	+0,5	18,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2012.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4</sup>$  Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²					
Jahr	Veränderung in % p. a.											
1991												
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8					
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1					
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5					
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4					
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4					
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0					
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4					
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6					
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5					
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3					
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5					
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9					
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4					
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9					
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4					
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0					
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3					
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,4	+6,2					
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5					
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2					
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5					
2011/06	+2,3	+1,1	-0,3	+1,3	+1,4	+1,7	+1,4					

 $<sup>^{1}</sup> Einschließlich \, privater \, Organisationen \, ohne \, Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	+4,3	+4,8	140,6	154,1	46,7	41,0	5,7	6,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

Stand: August 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	Ve	eränderung in % p. :	a.	in	1%	Veränderui	ng in % p. a.
1991		•	•	70,8	70,8	•	•
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,2	-0,4
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,4	+0,5
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6
2011/06	+1,9	+0,1	+2,8	65,6	67,0	+1,9	+0,4

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2012

#### Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2012 der Bundesregierung.
- 5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\_123210/DE/BMF\_\_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht\_\_des\_\_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?\_\_nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität <sup>1</sup>	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2013	2 737,4	2 714,5	-23,0	0,160	-3,7
2014	2 812,2	2 794,9	-17,2	0,160	-2,8
2015	2 886,8	2 877,8	-9,0	0,160	-1,4
2016	2 963,1	2 963,1	0,0	0,160	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktion	nslücken	
	preisbo	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	inal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd.€	in % des pot. BIF
1980	1 381,0		833,7		34,7	2,5	21,0	2,5
1981	1 413,4	+2,3	888,9	+6,6	9,8	0,7	6,2	0,7
1982	1 444,7	+2,2	950,2	+6,9	-27,1	-1,9	-17,8	-1,9
1983	1 475,7	+2,1	997,8	+5,0	-35,8	-2,4	-24,2	-2,4
1984	1 506,8	+2,1	1 039,1	+4,1	-26,2	-1,7	-18,1	-1,7
1985	1 536,0	+1,9	1 081,8	+4,1	-21,0	-1,4	-14,8	-1,4
1986	1 567,6	+2,1	1 137,1	+5,1	-17,9	-1,1	-13,0	-1,1
1987	1 600,9	+2,1	1 176,2	+3,4	-29,5	-1,8	-21,7	-1,8
1988	1 640,0	+2,4	1 225,3	+4,2	-10,4	-0,6	-7,7	-0,6
1989	1 686,1	+2,8	1 296,0	+5,8	7,0	0,4	5,4	0,4
1990	1 744,8	+3,5	1 386,7	+7,0	37,3	2,1	29,6	2,1
1991	1 799,3	+3,1	1 474,0	+6,3	73,9	4,1	60,6	4,1
1992	1 849,2	+2,8	1 596,8	+8,3	59,8	3,2	51,6	3,2
1993	1 893,5	+2,4	1 700,2	+6,5	-3,7	-0,2	-3,3	-0,2
1994	1 930,7	+2,0	1 776,8	+4,5	5,9	0,3	5,4	0,3
1995	1 965,9	+1,8	1 845,5	+3,9	3,2	0,2	3,0	0,2
1996	1 999,7	+1,7	1 889,2	+2,4	-15,1	-0,8	-14,2	-0,8
1997	2 031,9	+1,6	1 924,7	+1,9	-12,8	-0,6	-12,1	-0,6
1998	2 063,8	+1,6	1 966,5	+2,2	-7,1	-0,3	-6,8	-0,3
1999	2 096,3	+1,6	2 001,3	+1,8	-1,1	-0,1	-1,1	-0,1
2000	2 129,0	+1,6	2 018,8	+0,9	30,2	1,4	28,7	1,4
2001	2 161,7	+1,5	2 072,9	+2,7	30,2	1,4	29,0	1,4
2002	2 193,0	+1,5	2 133,1	+2,9	-0,9	0,0	-0,9	0,0
2003	2 221,7	+1,3	2 184,7	+2,4	-37,8	-1,7	-37,2	-1,7
2004	2 248,9	+1,2	2 235,0	+2,3	-39,6	-1,8	-39,3	-1,8
2005	2 274,0	+1,1	2 274,0	+1,7	-49,6	-2,2	-49,6	-2,2
2006	2 300,7	+1,2	2 307,9	+1,5	6,0	0,3	6,0	0,3
2007	2 329,4	+1,2	2 374,8	+2,9	52,7	2,3	53,7	2,3
2008	2 357,2	+1,2	2 421,7	+2,0	50,7	2,2	52,1	2,2
2009	2 378,9	+0,9	2 472,7	+2,1	-94,5	-4,0	-98,2	-4,0
2010	2 409,1	+1,3	2 519,0	+1,9	-40,4	-1,7	-42,2	-1,7
2011	2 445,1	+1,5	2 576,4	+2,3	-5,4	-0,2	-5,6	-0,2
2012	2 481,6	+1,5	2 655,2	+3,1	-24,1	-1,0	-25,8	-1,0
2013	2 518,8	+1,5	2 737,4	+3,1	-21,1	-0,8	-23,0	-0,8
2014	2 551,8	+1,3	2 812,2	+2,7	-15,6	-0,6	-17,2	-0,6
2015	2 583,4	+1,2	2 886,8	+2,7	-8,1	-0,3	-9,0	-0,3
2016	2 615,1	+1,2	2 963,1	+2,6	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,2	1,1
1982	+2,2	1,0	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,4	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,8	0,7	0,9
1991	+3,1	1,8	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,1	0,7	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,7	0,0	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,1	0,4
2010	+1,3	0,4	0,5	0,4
2011	+1,5	0,4	0,6	0,4
2012	+1,5	0,5	0,6	0,4
2013	+1,5	0,6	0,5	0,4
2014	+1,3	0,6	0,2	0,5
2015	+1,2	0,7	0,1	0,5
2016	+1,2	0,7	0,0	0,5

 $<sup>^{1}</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt'	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
961	721,6	+4,6	186,4	+11,
962	755,3	+4,7	207,0	+11,
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,0
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,7
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1515,0	+2,3	1 067,0	+4,!
1986	1 549,7	+2,3	1124,2	+5,4
1987	1571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,!
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,:
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2019,1	+1,7	1912,6	+2,
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,!
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,
2006	2306,7	+3,7	2313,9	+4,
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,
2007	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,
2010	2 368,8	+3,7	2 476,8	+4,:
2011	2 439,7	+3,0	2 570,8	+3,
2012	2 457,5	+0,7	2 629,5	+2,
2013	2 497,6	+1,6	2714,5	+3,
2014	2 536,2	+1,5	2 794,9	+3,
2015	2 575,4	+1,5	2 877,8	+3,

 $<sup>^{1}</sup> Verkette te Volumen angaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005=100). \\$ 

# 

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah
960	46 765			70,0	32 275	
961	46 821	+0,1		70,6	32 725	+1,4
962	47 178	+0,8		70,2	32 839	+0,3
963	47 403	+0,5		70,1	32 917	+0,2
964	47 644	+0,5		69,8	32 945	+0,1
965	47 966	+0,7	69,2	69,6	33 132	+0,6
966	48 146	+0,4	68,9	69,2	33 030	-0,3
967	47 914	-0,5	68,7	68,3	31 954	-3,3
968	47 823	-0,2	68,6	68,0	31 982	+0,1
969	48 208	+0,8	68,6	68,0	32 479	+1,6
970	47 887	-0,7	68,7	69,1	32 926	+1,4
971	48 340	+0,9	68,8	68,9	33 076	+0,5
972	48 657	+0,7	68,8	69,0	33 258	+0,6
973	49 013	+0,7	68,8	69,4	33 660	+1,2
974	49 192	+0,4	68,7	69,0	33 341	-0,9
975	49 133	-0,1	68,5	68,3	32 504	-2,
976	49 116	-0,0	68,3	68,1	32 369	-0,4
977	49 289	+0,4	68,2	67,9	32 442	+0,2
978	49 553	+0,5	68,2	68,1	32 763	+1,0
979	49 978	+0,9	68,3	68,5	33 396	+1,9
980	50 649	+1,3	68,5	68,7	33 956	+1,
981	51 392	+1,5	68,8	68,8	33 996	+0,
982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,8
983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,9
984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,9
985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,4
986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34845	+1,9
987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,4
988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,4
989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36 507	+1,9
990	54518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,2
991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,8
992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,4
993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,3
994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,
995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,4
996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37 772	-0,
997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37 716	-0,
998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,
999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,5
000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,
001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,3
002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,6
003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 9 1 8	-0,9
004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,3
005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,
006	54746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,6
007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,
008	54 276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,2
009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,0
010	53 922	-0,2	80,8	80,7	40 553	+0,5
011	53 892	-0,2	81,2	80,9	41 100	+1,3
012	53 810	-0,1	81,5	81,6	41 520	+1,0
013	53 663	-0,2	81,8	81,9	41 610	+0,2
014	53 451	-0,3		81,9		
015			82,2		41 610	+0,0
	53 188	-0,5	82,5	82,4	41 610	+0,0
016	52 898	-0,5	82,9	82,8	41 610	+0,0
017	52 580	-0,6	83,3	83,3	•	
018	52 244 51 892	-0,6 -0,7	83,8 84,2	83,8 84,3		

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeit	szeit je Erwerb	stätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose	e, Inländer
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	, ,			in % der Erwerbs-	NAIRU <sup>3</sup>
	Stunden	in % ggü. Voriahr	Stunden	in % ggü. Voriahr	in Tsd.	in % ggü. Voriahr	personen <sup>2</sup>	
1960			2 165		25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	
964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,
968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,
969	1 971	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·		-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,
970	1 948	1 948 -1,2		-0,8	27814	+2,9	0,5	1,
971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,
972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,
973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,
974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,
975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,
976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,
977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,
1981	1 727	-0,9	1722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,
1982	1 712	-0,9	1711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,
1988	1 610	-1,0	1617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,
1996	1 516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,
1999	1 483	-0,7	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,0	7,4	8,
2000	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,4	8,
2001	1 449	-0,8	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,
2002	1 449	-0,7	1 436	-0,8	34 800	-1,1	9,1	8,
2003	1 433	-0,6	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,1	
2004	1 428	-0,5	1 431	-0,4	34777	-0,1	10,5	8,
2005	1 428	-0,4	1 424	-0,4	34 736	+0,5	9,8	8,
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	35 359	+0,5	8,3	
2007								8,
	1 412	-0,3	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,
2009	1 409	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,
2010	1 408	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,
2011	1 408	+0,0	1 413	+0,3	36 554	+1,4	5,7	6,
2012	1 410	+0,1	1 413	+0,0	36 933	+1,0	5,5	5,
2013	1 411	+0,1	1 413	+0,0	36 993	+0,2	5,3	5,
2014	1 411	+0,0	1 412	-0,1	36993	+0,0	5,2	5,
2015	1 411	+0,0	1 411	-0,1	36993	+0,0	5,1	5,
2016	1 411	-0,0	1 411	-0,1	36 993	+0,0	5,0	4,
2017	1 410	-0,0	1 410	-0,0				
2018	1 410	-0,0	1 409	-0,0				
2019	1 409	-0,0	1 409	-0,0				

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinier te \ Bev\"{o}lkerungsvor ausberechnung \ des \ Statistischen \ Bundesamtes; \ Variante \ 1-W1.$ 

 $<sup>{}^2\,</sup>Erwerbs lose nquote nach \,Definition \,der \,International \,Labour \,Organization \,(ILO).$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 3}\,{\rm NAIRU}$  - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0 +2,3		279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8 +2,4		299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,2
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 257,0	+1,2	440,7	+6,4	2,4
2012	12 411,1	+1,3	448,8	+1,9	2,4
2013	12 565,7	+1,2	467,4	+4,1	2,5
2014	12 730,0	+1,3	480,6	+2,8	2,5
2015	12 906,4	+1,4	494,3	+2,8	2,5
2016	13 092,1	+1,4	508,3	+2,8	2,5

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4392
1981	-7,4270	-7,4291
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4072
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3815
1986	-7,3718	-7,3675
1987	-7,3662	-7,3526
1988	-7,3450	-7,3364
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3015
1991	-7,2573	-7,2841
1992	-7,2459	-7,2680
1993	-7,2510	-7,2538
1994	-7,2351	-7,2411
1995	-7,2238	-7,2299
1996	-7,2171	-7,2197
1997	-7,2052	-7,2102
1998	-7,2001	-7,2009
1999	-7,1966	-7,1916
2000	-7,1770	-7,1817
2001	-7,1639	-7,1720
2002	-7,1615	-7,1629
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1399
2006	-7,1223	-7,1328
2007	-7,1056	-7,1265
2008	-7,1082	-7,1213
2009	-7,1474	-7,1175
2010	-7,1296	-7,1132
2011	-7,1152	-7,1088
2012	-7,1192	-7,1041
2013	-7,1088	-7,0984
2014	-7,0975	-7,0921
2015	-7,0866	-7,0851
2016	-7,0760	-7,0777

Tahel	lle 12:	Preise	ınd l	Öhne
1411	IIC 1/	FIEIVEI		

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah	
1960	24,2		27,7		83,9		
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9	
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6	
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3	
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4	
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0	
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7	
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2	
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4	
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6	
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7	
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3	
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9	
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8	
1974		+7,3	46,3		333,1	+10,6	
	47,1			+8,0			
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5	
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1	
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4	
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8	
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3	
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7	
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9	
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1	
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2	
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9	
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0	
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3	
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5	
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2	
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6	
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2	
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0	
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5	
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4	
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6	
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7	
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8	
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3	
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0	
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5	
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8	
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9	
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6	
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2	
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3	
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7	
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5	
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6	
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6	
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1	
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5	
2011	105,4	+0,8	108,5	+2,1	1 317,1	+4,4	
2012	107,0	+1,5	110,8	+2,1	1 361,5	+3,4	
2013	108,7	+1,6	112,8	+1,8	1 395,4	+2,5	
2014	110,2	+1,4	114,7	+1,7	1 428,1	+2,3	
2015	111,7	+1,4	116,7	+1,7	1 462,7	+2,4	
2016	113,3	+1,4	118,7	+1,7	1 498,4	+2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,3	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-1,2	-5,5	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	-2,7	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,9	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,8	-4,9	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+0,3	-8,4	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,3	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-0,8	-5,8	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,0	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,3	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-1,0	-5,5	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1

### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,2	7,6	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,6	10,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,7	9,9	7,7	9,5	12,6	17,7	19,7	19,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	21,7	24,4	25,1
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,7	10,2	10,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	6,7	7,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,8	9,8	9,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,8	5,2	5,9
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,5	6,6	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,4	5,7	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,9	15,5	15,1
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,5	13,2	12,7
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	9,1	9,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,9	7,7
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,7	9,2	7,6	9,6	10,1	10,2	11,0	11,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	11,2	12,0	11,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,4	6,0	7,5	7,6	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	14,8	13,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,4	13,8	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,7	9,8	9,6
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	7,4	7,2	7,1
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,5	7,7	7,7
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,7	7,2	7,2
Ungarn	-	-	9,8	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	10,9	10,6	9,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	8,0	8,5	8,4
EU	9,4	7,3	10,7	8,8	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	10,3	10,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	8,2	8,0

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

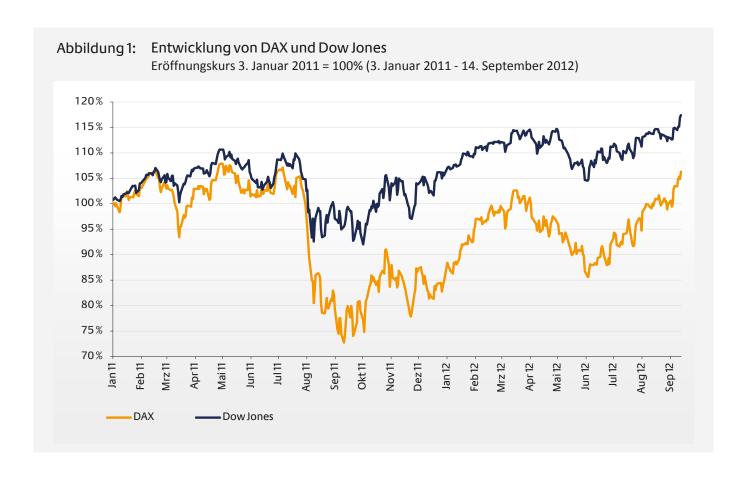
	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des no Bruttoinlan	ominalen Idprodukts	3
	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,2	+4,1	+7,2	+10,1	+7,1	+7,7	3,7	4,6	4,0	1,7
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+4,0	+3,9	+6,9	+8,4	+4,8	+6,4	4,7	5,5	4,8	1,9
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+4,5	+6,7	-2,2	-5,6	-5,9	-5,2
Asien	+9,7	+7,8	+7,3	+7,9	+5,7	+6,5	+5,0	+4,6	3,2	1,8	1,2	1,4
darunter												
China	+10,4	+9,2	+8,2	+8,8	+3,3	+5,4	+3,3	+3,0	5,1	2,8	2,3	2,6
Indien	+10,6	+7,2	+6,9	+7,3	+12,0	+8,6	+8,2	+7,3	-3,3	-2,8	-3,2	-2,9
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,1	+6,6	+5,1	+5,4	+6,2	+6,0	0,8	0,2	-0,4	-0,9
Korea	+6,3	+3,6	+3,5	+4,0	+2,9	+4,0	+3,4	+3,2	2,9	2,4	1,9	1,5
Thailand	+7,8	+0,1	+5,5	+7,5	+3,3	+3,8	+3,9	+3,3	4,1	3,4	1,0	1,4
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,7	+4,1	+6,0	+6,6	+6,4	+5,9	-1,1	-1,2	-1,8	-2,0
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+4,2	+4,0	+10,5	+9,8	+9,9	+9,9	0,6	-0,5	-0,7	-1,1
Brasilien	+7,5	+2,7	+3,0	+4,1	+5,0	+6,6	+5,2	+5,0	-2,2	-2,1	-3,2	-3,2
Chile	+6,1	+5,9	+4,3	+4,5	+1,4	+3,3	+3,8	+3,0	1,5	-1,3	-2,4	-2,4
Mexiko	+5,5	+4,0	+3,6	+3,7	+4,2	+3,4	+3,9	+3,0	-0,3	-0,8	-0,8	-0,9
Sonstige												
Türkei	+9,0	+8,5	+2,3	+3,2	+8,6	+6,5	+10,6	+7,1	-6,3	-9,9	-8,8	-8,2
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,7	+3,4	+4,3	+5,0	+5,7	+5,3	-2,8	-3,3	-4,8	-5,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2012.

	••	
T       47		
	I IDARSICHT WAITTINGNO	marvta
Tabelle II.	Übersicht Weltfinanz	lliainte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.09.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	13 593	12 218	+11,3	10 655	13 593
Euro Stoxx 50	2 595	2317	+12,0	1 995	3 068
Dax	7 412	5 8 9 8	+25,7	5 072	7 528
CAC 40	3 582	3 160	+13,3	2 782	4 157
Nikkei	9 159	8 455	+8,3	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.09.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	1,87	1,89	-	1,39	3,78
Deutschland	1,65	1,83	-0,2	1,14	3,49
Japan	0,81	0,99	-1,1	0,73	1,36
Vereinigtes Königreich	1,94	1,95	+0,1	1,42	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.09.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dollar/Euro	1,31	1,29	+1,2	1,21	1,49
Yen/Dollar	78,38	76,86	+2,0	75,79	85,39
Yen/Euro	102,24	100,20	+2,0	94,63	122,80
Pfund/Euro	0,81	0,84	-3,3	0,78	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8	7,1	5,9	5,5	5,3
OECD	+3,6	+3,1	+1,2	+2,0	+1,2	+2,5	+2,3	+2,0	6,8	5,7	5,4	5,2
IWF	+3,6	+3,1	+0,6	+1,5	+1,2	+2,5	+1,9	+1,8	7,1	6,0	5,6	5,5
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0	9,6	9,0	8,2	8,0
OECD	+3,0	+1,7	+2,4	+2,6	+1,6	+3,1	+2,3	+1,9	9,6	8,9	8,1	7,6
IWF	+3,0	+1,7	+2,1	+2,4	+1,6	+3,1	+2,1	+1,9	9,6	9,0	8,2	7,9
Japan												
EU-KOM	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,5	-0,7	+2,0	+1,5	-0,7	-0,3	-0,2	-0,2	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,4	-0,7	+2,0	+1,7	-0,7	-0,3	+0,0	+0,0	5,1	4,5	4,5	4,4
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9	9,8	9,7	10,2	10,3
OECD	+1,6	+1,7	+0,6	+1,2	+1,7	+2,3	+2,4	+1,8	9,4	9,3	9,8	10,0
IWF	+1,4	+1,7	+0,5	+1,0	+1,7	+2,3	+2,0	+1,6	9,8	9,7	9,9	10,1
Italien												
EU-KOM	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3	8,4	8,4	9,5	9,7
OECD	+1,8	+0,5	-1,7	-0,4	+1,6	+2,9	+3,3	+2,3	8,4	8,4	9,4	9,9
IWF	+1,8	+0,4	-1,9	-0,3	+1,6	+2,9	+2,5	+1,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0	7,8	8,0	8,5	8,4
OECD	+2,1	+0,7	+0,5	+1,9	+3,3	+4,5	+2,6	+1,9	7,9	8,1	8,6	9,0
IWF	+2,1	+0,7	+0,8	+2,0	+3,3	+4,5	+2,4	+2,0	7,9	8,0	8,3	8,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,2	+2,5	+2,2	+2,6	+1,8	+2,9	+2,3	+2,2	8,0	7,5	6,9	6,6
IWF	+3,2	+2,5	+2,1	+2,2	+1,8	+2,9	+2,2	+2,0	8,0	7,5	7,4	7,3
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8	10,1	10,2	11,0	11,0
OECD	+1,9	+1,5	-0,1	+0,9	+1,6	+2,7	+2,4	+1,9	9,9	10,0	10,8	11,1
IWF	+1,9	+1,4	-0,3	+0,9	+1,6	+2,7	+2,0	+1,6	10,1	10,1	10,9	10,8
EZB	+1,7	+1,5	-0,1	+1,1	+1,6	+2,7	+2,4	+1,6	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9	9,7	9,7	10,3	10,3
IWF	+2,0	+1,6	+0,0	+1,3	+2,0	+3,1	+2,3	+1,8	_	-	_	

Quellen:

EU-KOM:Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2012.$ 

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senauote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien	20.0		2012	20.0	20.0		20.2		20.0		2012	
EU-KOM	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8	8,3	7,2	7,6	7,9
OECD	+2,2	+2,0	+0,4	+1,3	+2,3	+3,5	+2,9	+1,9	8,3	7,2	7,5	7,8
IWF	+2,3	+1,9	+0,0	+0,8	+2,3	+3,5	+2,4	+1,9	8,3	7,2	8,0	8,3
Estland		,-			,-	-,-	,	,-	- 77	•		-,-
EU-KOM	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4	16,9	12,5	11,6	10,5
OECD	+2,3	+7,6	+2,2	+3,6	+2,7	+5,1	+3,9	+3,0	16,8	12,5	11,4	10,4
IWF	+2,3	+7,6	+2,0	+3,6	+2,9	+5,1	+3,9	+2,6	17,3	12,5	11,3	10,0
Finnland												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	8,4	7,8	7,9	7,7
OECD	+3,7	+2,9	+0,9	+2,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	8,4	7,8	7,9	7,8
IWF	+3,7	+2,9	+0,6	+1,8	+1,7	+3,3	+2,9	+2,1	8,4	7,8	7,7	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,6	17,7	19,7	19,6
OECD	-3,5	-6,9	-5,3	-1,3	+4,7	+3,1	+0,8	-0,5	12,5	17,6	21,2	21,6
IWF	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,5	17,3	19,4	19,4
Irland												
EU-KOM	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6
OECD	-0,4	+0,7	+0,6	+2,1	-1,6	+1,2	+2,0	+1,2	13,6	14,5	14,5	14,4
IWF	-0,4	+0,7	+0,5	+2,0	-1,6	+1,1	+1,7	+1,2	13,6	14,4	14,5	13,8
Luxemburg												
EU-KOM	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0	4,6	4,8	5,2	5,9
OECD	+2,7	+1,6	+0,6	+2,2	+2,8	+3,7	+3,1	+2,3	5,8	5,7	6,3	6,6
IWF	+2,7	+1,0	-0,2	+1,9	+2,3	+3,4	+2,3	+1,6	6,2	6,0	6,0	6,0
Malta												
EU-KOM	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2	6,9	6,5	6,6	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,3	+2,1	+1,2	+2,0	+2,0	+2,4	+2,0	+1,9	6,9	6,4	6,6	6,5
Niederlande												
EU-KOM	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8	4,5	4,4	5,7	6,2
OECD	+1,6	+1,3	-0,6	+0,7	+0,9	+2,5	+2,4	+1,5	4,4	4,4	5,3	5,7
IWF	+1,6	+1,3	-0,5	+0,8	+0,9	+2,5	+1,8	+1,8	4,5	4,5	5,5	5,5
Österreich												
EU-KOM	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0	4,4	4,2	4,3	4,2
OECD	+2,5	+3,0	+0,8	+1,6	+1,7	+3,6	+2,3	+1,8	4,4	4,1	4,6	4,8
IWF	+2,3	+3,1	+0,9	+1,8	+1,7	+3,6	+2,2	+1,9	4,4	4,2	4,4	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Portugal												
EU-KOM	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1	12,0	12,9	15,5	15,1
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	-0,9	+1,4	+3,6	+3,1	+0,7	10,8	12,8	15,4	16,2
IWF	+1,4	-1,5	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,2	+1,4	10,8	12,7	14,4	14,0
Slowakei												
EU-KOM	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9	14,4	13,5	13,2	12,7
OECD	+4,2	+3,3	+2,6	+3,0	+0,7	+4,1	+3,2	+2,3	14,4	13,5	14,0	13,5
IWF	+4,2	+3,3	+2,4	+3,1	+0,7	+4,1	+3,8	+2,3	14,4	13,4	13,8	13,6
Slowenien												
EU-KOM	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7	7,3	8,2	9,1	9,4
OECD	+1,4	-0,2	-2,0	-0,4	+2,1	+2,1	+2,4	+1,4	7,2	8,2	8,8	9,2
IWF	+1,4	-0,2	-1,0	+1,4	+1,8	+1,8	+2,2	+1,8	7,3	8,1	8,7	8,9
Spanien												
EU-KOM	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1	20,1	21,7	24,4	25,1
OECD	-0,1	+0,7	-1,6	-0,8	+2,0	+3,1	+1,6	+2,1	20,1	21,6	24,5	25,3
IWF	-0,1	+0,7	-1,8	0,1	+2,0	+3,1	+1,9	+1,6	20,1	21,6	24,2	23,9
Zypern												
EU-KOM	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5	6,2	7,8	9,8	9,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,1	+0,5	-1,2	+0,8	+2,6	+3,5	+2,8	+2,2	6,2	7,8	9,5	9,6

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirts chafts ausblick (WEO), April 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7	10,2	11,2	12,0	11,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,4	+1,7	+0,8	+1,5	+3,0	+3,4	+2,1	+2,3	10,3	12,5	12,5	12,0
Dänemark												
EU-KOM	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5	7,5	7,6	7,7	7,6
OECD	+1,3	+1,0	+0,8	+1,4	+2,3	+2,8	+2,7	+1,9	7,3	7,4	7,6	7,5
IWF	+1,3	+1,0	+0,5	+1,2	+2,3	+2,8	+2,6	+2,2	7,5	6,1	5,8	5,5
Lettland												
EU-KOM	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1	18,7	16,1	14,8	13,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	+5,5	+2,0	+2,5	-1,2	+4,2	+2,6	+2,2	19,0	15,6	15,5	14,6
Litauen												
EU-KOM	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9	17,8	15,4	13,8	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,4	+5,9	+2,0	+2,7	+1,2	+4,1	+3,1	+2,5	17,8	15,5	14,5	13,0
Polen												
EU-KOM	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9	9,6	9,7	9,8	9,6
OECD	+3,9	+4,4	+2,9	+2,9	+2,6	+4,2	+3,9	+2,8	9,6	9,6	10,3	10,6
IWF	+3,9	+4,3	+2,6	+3,2	+2,5	+4,3	+3,8	+2,7	9,6	9,6	9,4	9,1
Rumänien												
EU-KOM	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4	7,3	7,4	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,6	+2,5	+1,5	3,0*	+6,1	+5,8	+2,9	+3,1	7,6	7,2	7,2	7,1
Schweden												
EU-KOM	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5	8,4	7,5	7,7	7,7
OECD	+5,8	+4,0	+0,6	+2,8	+1,2	+3,0	+1,4	+1,7	8,4	7,5	7,6	7,6
IWF	+5,8	+4,0	+0,9	+2,3	+1,9	+1,4	+2,5	+2,0	8,4	7,5	7,5	7,7
Tschechien												
EU-KOM	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2	7,3	6,7	7,2	7,2
OECD	+2,6	+1,7	-0,5	+1,7	+1,5	+1,9	+3,9	+2,1	7,3	6,7	7,0	6,9
IWF	+2,7	+1,7	+0,1	+2,1	+1,5	1,9*	+3,5	+1,9	7,3	6,7	7,0	7,4
Ungarn												
EU-KOM	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9	11,2	10,9	10,6	9,6
OECD	+1,2	+1,7	-1,5	+1,1	+4,9	+3,9	+5,7	+3,6	11,2	11,0	12,0	12,2
IWF	+1,3	+1,7	+0,0	+1,8	+4,9	+3,9	+5,2	+3,5	11,2	11,0	11,5	11,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012, Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung:	5,3 4,7 5,7 5,4 5,7 5,2 -3,2 -3,1 -3,1 -3,7 -3,1 -3,3 2,0 1,7 2,1 1,6			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013		
Deutschland														
EU-KOM	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7	83,0	81,2	82,2	80,7	5,8	5,3	4,7	4,5		
OECD	-4,3	-1,0	-0,9	-0,6	83,2	81,4	82,7	82,0	6,0	5,7	5,4	5,5		
IWF	-4,3	-1,0	-0,8	-0,6	83,2	81,5	78,9	77,4	6,1	5,7	5,2	4,9		
USA														
EU-KOM	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1	99,1	103,5	108,9	111,8	-3,3	-3,2	-3,1	-3,0		
OECD	-10,7	-9,7	-8,3	-6,5	98,3	102,7	108,6	111,2	-3,2	-3,1	-3,7	-4,3		
IWF	-10,5	-9,6	-8,1	-6,3	98,5	102,9	106,6	110,2	-3,2	-3,1	-3,3	-3,1		
Japan														
EU-KOM	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0	197,6	211,4	219,0	221,8	3,6	2,0	1,7	1,6		
OECD	-8,4	-9,5	-9,9	-10,1	192,7	205,5	214,1	222,6	3,6	2,1	1,6	1,9		
IWF	-9,4	-10,1	-10,0	-8,7	215,3	229,8	235,8	241,1	3,6	2,0	2,2	2,7		
Frankreich														
EU-KOM	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2	82,3	85,8	90,5	92,5	-2,2	-2,7	-2,4	-2,1		
OECD	-7,1	-5,2	-4,5	-3,0	82,7	86,2	91,6	93,5	-1,8	-2,1	-1,9	-1,7		
IWF	-7,1	-5,3	-4,6	-3,9	82,4	86,3	89,0	90,8	-1,7	-2,2	-1,9	-1,5		
Italien														
EU-KOM	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1	118,6	120,1	123,5	121,8	-3,5	-3,1	-2,2	-1,3		
OECD	-4,5	-3,8	-1,7	-0,6	118,7	120,0	123,1	122,5	-3,5	-3,1	-2,2	-1,7		
IWF	-4,5	-3,9	-2,4	-1,5	118,7	120,1	123,4	123,8	-3,5	-3,2	-2,2	-1,5		
Vereinigtes Königreich														
EU-KOM	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5	79,6	85,7	91,2	94,6	-3,3	-1,9	-1,7	-1,0		
OECD	-10,3	-8,4	-7,7	-6,6	75,7	82,9	89,6	94,1	-3,3	-1,9	-2,1	-1,0		
IWF	-9,9	-8,7	-8,0	-6,6	75,1	82,5	88,4	91,4	-3,3	-1,9	-1,7	-1,1		
Kanada														
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
OECD	-5,6	-4,5	-3,5	-2,4	84,0	83,8	84,5	81,4	-3,1	-2,8	-2,4	-2,3		
IWF	-5,6	-4,5	-3,7	-2,9	85,1	85,0	84,7	82,0	-3,1	-2,8	-2,7	-2,7		
Euroraum														
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9	85,6	88,0	91,8	92,6	0,1	0,1	0,6	1,0		
OECD	-6,2	-4,1	-3,0	-2,0	85,8	88,1	92,2	93,0	0,4	0,5	1,0	1,5		
IWF	-6,2	-4,1	-3,2	-2,7	85,7	88,1	90,0	91,0	0,3	0,3	0,7	1,0		
EU-27														
EU-KOM	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3	80,2	83,0	86,2	87,2	-0,3	0,0	0,3	0,7		
IWF	-6,5	-4,6	-3,6	-	79,8	82,3	83,7	-	-0,2	0,1	0,3	0,5		

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012, Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3	96,0	98,0	100,5	100,8	3,1	2,2	1,5	1,6
OECD	-3,9	-3,9	-2,8	-2,2	96,0	98,1	98,9	97,8	1,3	-0,8	-0,5	-0,3
IWF	-4,2	-4,2	-2,9	-2,2	96,2	98,5	99,1	98,5	1,5	-0,1	-0,3	0,4
Estland												
EU-KOM	0,2	1,0	-2,4	-1,3	6,7	6,0	10,4	11,7	3,8	0,6	-0,3	-0,3
OECD	0,3	1,0	-2,0	-0,3	6,7	6,0	8,7	8,8	3,6	3,2	1,0	0,7
IWF	0,4	1,0	-2,1	-0,5	6,7	6,0	5,7	5,4	3,6	3,2	0,9	-0,3
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4	48,4	48,6	50,5	51,7	1,4	-0,4	-0,6	-0,7
OECD	-2,9	-0,9	-0,7	0,0	48,4	48,6	50,6	53,2	1,7	-0,6	-1,1	-0,7
IWF	-2,8	-0,8	-1,4	-0,8	48,4	48,6	51,6	52,8	1,4	-0,7	-1,0	-0,3
Griechenland												
EU-KOM	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4	145,0	165,3	160,6	168,0	-12,3	-11,3	-7,8	-6,3
OECD	-10,5	-9,2	-7,4	-4,9	145,0	165,4	163,3	168,5	-10,1	-9,8	-7,6	-6,5
IWF	-10,6	-9,2	-7,2	-4,6	142,8	160,8	153,2	160,9	-10,0	-9,7	-7,4	-6,6
Irland												
EU-KOM	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5	92,5	108,2	116,1	120,2	0,5	0,0	1,6	3,1
OECD	-31,2	-13,0	-8,4	-7,6	92,5	108,2	115,7	120,9	0,5	0,1	1,3	2,0
IWF	-31,3	-9,9	-8,5	-7,4	92,5	105,0	113,1	117,7	0,5	0,1	1,0	1,7
Luxemburg												
EU-KOM	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2	19,1	18,2	20,3	21,6	7,7	7,1	4,5	4,9
OECD	-0,9	-0,6	-1,4	-1,1	24,7	23,9	26,0	28,7	7,7	7,1	3,5	4,2
IWF	-1,1	-0,7	-1,6	-2,0	-	-	-		7,7	6,9	5,7	5,6
Malta												
EU-KOM	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9	69,4	72,0	74,8	75,2	-6,4	-3,3	-3,2	-2,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,6	-3,0	-2,7	-2,4	-	-	-		-6,4	-3,2	-3,0	-2,9
Niederlande												
EU-KOM	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6	62,9	65,2	70,1	73,0	5,1	7,5	8,0	8,4
OECD	-5,0	-4,6	-4,3	-3,0	62,9	65,1	70,9	73,5	7,1	9,2	9,0	9,7
IWF	-5,1	-5,0	-4,5	-4,9	62,9	66,2	70,1	73,7	6,6	7,5	8,2	7,8
Österreich												
EU-KOM	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9	71,9	72,2	74,2	74,3	2,9	1,9	1,9	1,9
OECD	-4,5	-2,6	-2,9	-2,3	71,8	72,2	75,5	76,9	3,0	1,9	2,2	2,5
IWF	4,5	2,6	3,1	2,4	71,8	72,2	73,9	74,3	3,0	1,2	1,4	1,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatsscl	nuldenquot	e		Leistungs	)	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Portugal												
EU-KOM	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1	93,9	107,8	113,9	117,1	-9,7	-6,5	-3,6	-2,9
OECD	-9,8	-4,2	-4,6	-3,5	93,4	107,8	114,5	120,3	-10,0	-6,4	-4,0	-2,2
IWF	-9,8	-4,0	-4,5	-3,0	93,4	106,8	112,4	115,3	-10,0	-6,4	-4,2	-3,5
Slowakei												
EU-KOM	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9	41,1	43,3	49,7	53,5	-3,6	0,1	0,2	0,2
OECD	-7,7	-4,8	-4,6	-2,9	41,1	43,3	48,6	50,7	-2,5	0,1	1,5	2,3
IWF	-7,9	-5,5	-4,2	-3,7	41,1	44,6	47,1	48,8	-3,5	0,1	-0,4	-0,4
Slowenien												
EU-KOM	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8	38,8	47,6	54,7	58,1	-0,8	-1,1	-0,4	0,7
OECD	-6,0	-6,4	-3,9	-3,0	38,8	47,6	51,5	54,4	-0,8	-1,1	0,8	1,4
IWF	-5,4	-5,7	-4,6	-4,2	38,8	47,3	52,5	55,9	-0,8	-1,1	0,0	-0,3
Spanien												
EU-KOM	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3	61,2	68,5	80,9	87,0	-4,5	-3,9	-2,0	-1,0
OECD	-9,3	-8,5	-5,4	-3,3	61,2	68,5	81,1	84,1	-4,5	-3,5	-0,9	0,1
IWF	-9,3	-8,5	-6,0	-5,7	61,2	68,5	79,0	84,0	-4,6	-3,7	-2,1	-1,7
Zypern												
EU-KOM	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5	61,5	71,6	76,5	78,1	-8,7	-11,0	-7,7	-7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,3	-6,5	-3,7	-1,4	-	-		-	-9,9	-8,5	-6,2	-6,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	-3,1	-2,1	-1,9	-1,7	16,3	16,3	17,6	18,5	-0,4	0,8	0,6	-0,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-2,1	-1,9	-1,6	16,7	17,0	21,3	17,6	-1,3	1,9	2,1	1,6
Dänemark												
EU-KOM	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0	42,9	46,5	40,9	42,1	5,5	6,5	5,2	4,9
OECD	-2,7	-1,9	-3,9	-2,0	42,9	46,5	47,7	49,6	5,5	6,5	5,4	5,4
IWF	-2,7	-3,9	-5,9	-2,5	43,4	46,4	51,3	52,2	5,5	6,2	4,8	4,5
Lettland												
EU-KOM	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1	44,7	42,6	43,5	44,7	3,0	-1,2	-1,8	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,2	-3,4	-1,2	-0,5	39,9	37,8	39,1	41,6	3,0	-1,2	-1,9	-2,5
Litauen												
EU-KOM	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	38,0	38,5	40,4	40,9	1,1	-1,6	-2,0	-2,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-5,2	-2,9	2,6	38,0	39,0	40,9	41,2	1,5	-1,7	-2,0	-2,3
Polen												
EU-KOM	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5	54,8	56,3	55,0	53,7	-3,7	-4,3	-3,9	-4,2
OECD	-7,9	-5,1	-2,9	-2,2	54,9	56,4	56,0	55,4	-4,6	-4,3	-4,4	-4,1
IWF	-7,8	-5,2	-3,2	-2,8	54,9	55,4	55,7	55,2	-4,7	-4,3	-4,5	-4,3
Rumänien												
EU-KOM	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2	30,5	33,3	34,6	34,6	-3,9	-4,1	-5,0	-5,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,4	-4,1	-1,9	-1,0	31,2	33,0	34,2	33,0	-4,5	-4,2	-4,2	-4,7
Schweden												
EU-KOM	0,3	0,3	-0,3	0,1	39,4	38,4	35,6	34,2	6,8	6,4	5,8	5,9
OECD	-0,1	0,1	-0,3	0,3	39,4	38,4	37,6	35,7	6,9	7,2	6,5	6,3
IWF	-0,2	0,1	-0,1	0,5	39,4	37,4	35,5	33,5	6,3	6,7	3,0	2,9
Tschechien												
EU-KOM	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6	38,1	41,2	43,9	44,9	-4,4	-3,6	-3,2	-3,2
OECD	-4,8	-3,1	-2,5	-2,2	38,1	41,2	43,5	45,5	-3,8	-2,6	-0,2	-1,6
IWF	-4,8	-3,8	-3,5	-3,4	37,6	41,5	43,9	45,4	-3,0	-2,9	-2,1	-1,9
Ungarn												
EU-KOM	-4,2	4,3	-2,5	-2,9	81,4	80,6	78,5	78,0	1,0	0,9	2,2	3,7
OECD	-4,3	-4,2	-3,0	-2,9	81,0	80,2	79,7	78,8	1,2	1,3	2,7	3,8
IWF	-4,3	4,0	-3,0	-3,4	81,3	80,4	76,3	76,0	1,1	1,6	3,3	1,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, September 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X